

**einfach
POLITIK:**

Lexikon

A-Z



in einfacher Sprache



Liebe Leser und Leserinnen,

Politik ist, wenn Menschen miteinander reden und entscheiden. Politik ist auch, wenn Menschen Regeln für Gruppen finden oder Entscheidungen für Gruppen treffen.

Dabei geht es zum Beispiel um diese Fragen:

- Wie wollen wir das Klima schützen?
- Wie können möglichst viele Menschen eine gute Arbeit haben?
- Wie können die Schulen für Kinder besser werden?

Solche Fragen müssen wir gemeinsam besprechen und entscheiden. Die Fragen müssen politisch besprochen und entschieden werden. Dabei sind alle Bürgerinnen und Bürger wichtig.

Für Bürgermeister, Bundestagsabgeordnete oder Ministerinnen ist es nicht egal, was die Bürger und Bürgerinnen denken und meinen.

Wenn Sie über Politik lesen und hören oder darüber sprechen wollen, kann Ihnen dieses Lexikon helfen.

- Vielleicht haben Sie manche Wörter noch nie gehört.
- Vielleicht fragen Sie sich: Was bedeutet das Wort genau?
- Oder Sie wollen ein Wort im Freundeskreis, in der Schule oder in einem Kurs erklären.

Dafür gibt es das *einfach* POLITIK: Lexikon. Es erklärt viele Wörter.

Sie können Wörter im Inhaltsverzeichnis nachschlagen. Klicken Sie mit der Computermouse auf das Wort oder tippen Sie mit dem Finger darauf. Dann werden Sie zur Erklärung des Wortes weitergeleitet.

Die blau geschriebenen und unterstrichenen Wörter sind auch erklärt. Klicken oder tippen Sie darauf, auch dann werden Sie weitergeleitet.

Sie können auch einfach im Lexikon blättern und lesen, was für Sie interessant ist. Vielleicht möchten Sie den Text zu einem Wort ausdrucken. Sie können ihn dann auf Papier lesen – vielleicht mit Ihren Freundinnen und Freunden, in Ihrer Klasse oder Ihrem Kurs.

Viel Spaß!

Inhalt

A

<u>Abgeordnete</u>	Seite 11
<u>Algorithmus</u>	Seite 13
<u>Antisemitismus</u>	Seite 15
<u>Artensterben</u>	Seite 17
<u>Asyl</u>	Seite 19
Ausführende Gewalt, sehen Sie nach bei: <u>Exekutive</u>	
<u>Ausgleichsmandate</u>	Seite 20

B

<u>Barrierefreiheit</u>	Seite 21
<u>Behinderung</u>	Seite 23
<u>Berliner Mauer</u>	Seite 24
<u>Besatzungszone</u>	Seite 25
Bevölkerung , sehen Sie nach bei: <u>Bürger/Bürgerin</u>	
<u>Big Data</u>	Seite 27
<u>Binnenmarkt</u>	Seite 29
<u>Brexit</u>	Seite 31
<u>Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis</u>	Seite 32
<u>Briefwahl</u>	Seite 34
Bund, sehen Sie nach bei: <u>Bundesrepublik Deutschland</u>	
Bundeskabinett, sehen Sie nach bei: <u>Bundesregierung</u>	
<u>Bundeskanzler/Bundeskanzlerin</u>	Seite 36
<u>Bundesland</u>	Seite 37

<u>Bundesminister/Bundesministerin</u>	Seite 39
<u>Bundesministerium</u>	Seite 40
<u>Bundespräsident/Bundespräsidentin</u>	Seite 41
<u>Bundesrat</u>	Seite 43
<u>Bundesregierung</u>	Seite 44
<u>Bundesrepublik Deutschland</u>	Seite 45
<u>Bundesstaat</u>	Seite 47
<u>Bundestag</u>	Seite 49
Bundestagsabgeordnete, sehen Sie nach bei: <u>Abgeordnete</u>	
<u>Bundestagswahlen</u>	Seite 51
<u>Bundesverfassungsgericht</u>	Seite 52
<u>Bundesversammlung</u>	Seite 54
<u>Bürger/Bürgerin</u>	Seite 55
<u>Bürgermeister/Bürgermeisterin</u>	Seite 56
<u>Bürgerrechte</u>	Seite 57
D	
<u>Datenschutz</u>	Seite 58
DDR, sehen Sie nach bei: <u>Deutsche Demokratische Republik</u>	
<u>Demokratie</u>	Seite 60
<u>Demonstration</u>	Seite 61
<u>Deutsche Teilung</u>	Seite 62
<u>Deutsche Demokratische Republik</u>	Seite 64
<u>Digitalisierung</u>	Seite 66
<u>Diktatur</u>	Seite 68
<u>Direktkandidat/Direktkandidatin</u>	Seite 69

<u>Diskriminierung</u>	Seite 70
E	
<u>Erststimme</u>	Seite 72
<u>EU-Mitgliedstaaten</u>	Seite 74
<u>Euro</u>	Seite 76
Europaabgeordnete, sehen Sie nach bei: <u>Abgeordnete</u>	
<u>Europäische Kommission</u>	Seite 77
<u>Europäische Union</u>	Seite 78
<u>Europäischer Gerichtshof</u>	Seite 80
<u>Europäischer Rat</u>	Seite 81
<u>Europäisches Parlament</u>	Seite 82
<u>Europawahl</u>	Seite 84
<u>Exekutive</u>	Seite 86
F	
<u>Fake News</u>	Seite 87
Fernmeldegeheimnis, sehen Sie nach bei: <u>Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis</u>	
<u>Filterblase</u>	Seite 88
Flüchtling, sehen Sie auch nach bei: <u>Geflüchtete</u>	Seite 89
<u>Fraktion</u>	Seite 91
<u>Frauenwahlrecht</u>	Seite 92
<u>Fünf-Prozent-Hürde</u>	Seite 96
G	
<u>Geflüchtete</u>, sehen Sie auch nach bei: <u>Flüchtling</u>	Seite 98

<u>Gemeinde</u>	Seite 99
Gemeinderat/Stadtrat, sehen Sie nach bei: <u>Stadtrat/Gemeinderat</u>	
<u>Genfer Flüchtlingskonvention</u>	Seite 100
<u>Gericht</u>	Seite 101
<u>Geschlecht</u>	Seite 102
<u>Geschlechtergerechte Sprache</u>	Seite 105
<u>Geschlechtsbezeichnungen</u>	Seite 107
<u>Gesetz</u>	Seite 109
Gesetzgebende Gewalt, sehen Sie nach bei: <u>Legislative</u>	
<u>Gewaltenteilung</u>	Seite 110
<u>Gewaltmonopol</u>	Seite 112
<u>Gewerkschaft</u>	Seite 113
<u>Gleichheitsrecht</u>	Seite 115
<u>Grundgesetz</u>	Seite 116
<u>Grundrechte</u>	Seite 118
H	
<u>Haushaltsplan</u>	Seite 119
I	
<u>Industrialisierung/industrielle Revolution</u>	Seite 120
<u>Informationsfreiheit</u>	Seite 122
<u>Internet</u>	Seite 123
J	
<u>Judikative</u>	Seite 124

K

<u>Kandidat/Kandidatin</u>	Seite 125
<u>Kanzlermehrheit</u>	Seite 126
<u>Klimawandel</u>	Seite 127
<u>Koalition</u>	Seite 129
<u>Kommunalwahl</u>	Seite 130
<u>Kommunen</u>	Seite 132
<u>Konstruktives Misstrauensvotum</u>	Seite 133
<u>Körperliche Unversehrtheit</u>	Seite 134
<u>Kriegsdienstverweigerung</u>	Seite 135

L

Land/Länder, sehen Sie nach bei: <u>Bundesland</u>	
Landeskabinett, sehen Sie nach bei: <u>Landesregierung</u>	
<u>Landesminister/Landesministerin</u>	Seite 136
<u>Landesministerium</u>	Seite 137
<u>Landesregierung</u>	Seite 138
<u>Landtag</u>	Seite 139
Landtagsabgeordnete, sehen Sie nach bei: <u>Abgeordnete</u>	
<u>Landtagswahl</u>	Seite 140
<u>Legislative</u>	Seite 142

M

<u>Mehrheit</u>	Seite 143
<u>Meinungsfreiheit</u>	Seite 146
<u>Menschenrechte</u>	Seite 148

<u>Menschenwürde</u>	Seite 149
<u>Minderheitsregierung</u>	Seite 151
<u>Ministerpräsident/Ministerpräsidentin</u>	Seite 153
Ministerrat, sehen Sie nach bei: <u>Rat der Europäischen Union</u>	
N	
<u>Nachhaltigkeit</u>	Seite 154
<u>NATO</u>	Seite 155
O	
<u>Oberbürgermeister/Oberbürgermeisterin</u>	Seite 156
<u>Opposition</u>	Seite 157
P	
<u>Parlament</u>	Seite 158
<u>Parlamentarische Demokratie</u>	Seite 159
<u>Partei</u>	Seite 160
<u>Parteiprogramm</u>	Seite 161
<u>Petition/Petitionsrecht</u>	Seite 162
<u>Presse</u>	Seite 164
<u>Pressefreiheit</u>	Seite 165
R	
<u>Rassismus</u>	Seite 167
<u>Rat der Europäischen Union</u>	Seite 170
Rechtsprechende Gewalt, sehen Sie nach bei: <u>Judikative</u>	
<u>Rechtsstaat</u>	Seite 171
<u>Regierung</u>	Seite 172

<u>Religionsfreiheit</u>	Seite 173
<u>Republik</u>	Seite 174
S	
<u>Sexismus</u>	Seite 175
<u>Soziale Netzwerke</u>	Seite 178
<u>Sozialstaat</u>	Seite 180
<u>Staat</u>	Seite 182
<u>Staatsbürger/Staatsbürgerschaft</u>	Seite 183
<u>Staatsgrenze</u>	Seite 184
<u>Stadtrat/Gemeinderat</u>	Seite 185
T	
<u>Trans oder transgender</u>	Seite 186
<u>Treibhausgase/Treibhauseffekt</u>	Seite 187
U	
<u>Überhangmandat</u>	Seite 189
<u>UN-Behindertenkonvention</u>	Seite 190
V	
<u>Vereinte Nationen</u>	Seite 192
<u>Verfassung</u>	Seite 194
<u>Verfassungsorgane</u>	Seite 195
<u>Versammlungsfreiheit</u>	Seite 196
<u>Verschwörungstheorien</u>	Seite 198
Vollziehende Gewalt, sehen Sie nach bei: <u>Exekutive</u>	

W

Wahlen

Seite 201

Wahlkampf

Seite 203

Wahlkreis

Seite 204

Wahllokal

Seite 206

Wahlprogramm

Seite 208

Z

Zensur

Seite 210

Zweitstimme

Seite 211

Wer hat dieses Lexikon gemacht?

Seite 213

Wo findet man weitere *einfach* POLITIK: Angebote?

Seite 213

Abgeordnete

Bürger und Bürgerinnen werden im [Parlament](#) vertreten. Ihre Vertreter und Vertreterinnen heißen Abgeordnete. Die Wähler und Wählerinnen wählen die Abgeordneten bei einer [Wahl](#).

In einer [Demokratie](#) sind Abgeordnete Vertreter der [Bürger und Bürgerinnen](#). Abgeordnete arbeiten in einem Parlament. In den Parlamenten gibt es viel zu besprechen und zu entscheiden. Das können nicht alle Bürger und Bürgerinnen machen. Deshalb gibt es Abgeordnete. Abgeordnete werden immer für eine feste Zeit gewählt. Meistens sind das 4 oder 5 Jahre.

Abgeordnete werden in ein Parlament gewählt. Das Parlament kann das [Europäische Parlament](#), der [Bundestag](#) oder ein [Landtag](#) sein.

- Abgeordnete im Europäischen Parlament werden Europaabgeordnete genannt. Sie werden für 5 Jahre gewählt.
- Abgeordneten im Bundestag nennt man Bundestagsabgeordnete. Die Bürger und Bürgerinnen wählen die Bundestagsabgeordneten für 4 Jahre.
- Abgeordnete in einem Landtag werden Landtagsabgeordnete genannt. Die Wähler und Wählerinnen wählen sie bei einer [Landtagswahl](#). Sie wählen sie meist für 5 Jahre.

Abgeordnete haben unterschiedliche Aufgaben. In jedem Parlament sind die Aufgaben unterschiedlich.

Manche Aufgaben sind aber auch in allen Parlamenten ähnlich:

- Die Abgeordneten entscheiden über neue [Gesetze](#). Und sie können Gesetze ändern, die es schon gibt.
- Die Abgeordneten halten im Parlament Reden und sagen ihre Meinung zu wichtigen Fragen.
- Die Abgeordneten sprechen in ihren [Wahlkreisen](#) mit den Bürgern und Bürgerinnen.
- Die Abgeordneten arbeiten in Ausschüssen des Parlaments. In einem Ausschuss prüft und diskutiert eine Gruppe von Abgeordneten Gesetzesvorschläge. Ein Ausschuss ist für ein politisches Thema zuständig, zum Beispiel für Gesundheit oder Bildung.

- Die Abgeordneten entscheiden über den [Haushalt](#). Der Haushalt ist ein Gesetz, das festlegt, für was wie viel Geld ausgegeben werden darf.

Manche Aufgaben sind in den Parlamenten unterschiedlich:

- Die Abgeordneten im Bundestag wählen die [Bundeskanzlerin](#).
- Die Abgeordneten im Landtag wählen den [Ministerpräsidenten](#) oder die [Ministerpräsidentin](#).
- Die Abgeordneten im Europäischen Parlament wählen den Präsidenten oder die Präsidentin der [Europäischen Kommission](#) mit.
- Die Abgeordneten des Bundestags kontrollieren die [Bundesregierung](#). Die Abgeordneten der Landtage kontrollieren die [Landesregierung](#). Die Abgeordneten kontrollieren zum Beispiel, ob die [Regierung](#) das Geld auch so ausgegeben hat, wie das Parlament es beschlossen hat.

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments kontrollieren die Arbeit der Europäischen Kommission. Sie kontrollieren auch, ob sich die [Europäische Union](#) beim Geldausgeben an die Regeln hält.

Algorithmus

Ein Algorithmus ist eine Anleitung für Computer. Die Mehrzahl von Algorithmus ist Algorithmen.

Algorithmen sind Anleitungen für Computer. Anleitungen für Computer werden von Menschen programmiert. Algorithmen sagen Computern, was sie in welcher Reihenfolge machen müssen.

Mit einem Algorithmus kann ein Computer Schritt für Schritt eine Aufgabe lösen. Mit Algorithmen kann man auch Daten nach bestimmten Regeln auswerten.

Auswerten bedeutet: Die Algorithmen kombinieren Daten miteinander nach bestimmten Regeln. So entstehen neue Daten, die Menschen verstehen und die für bestimmte Menschen interessant sind. Solche Daten nennt man auch Informationen

Algorithmen können eine riesige Menge von Daten in sehr kurzer Zeit miteinander vergleichen. Und sie kommen dann zu einem bestimmten Ergebnis.

Zum Beispiel können Algorithmen Daten darüber sammeln, was Frauen in einem bestimmten Alter oft kaufen. So entstehen für Onlineshops Informationen darüber, was Frauen in diesem Alter interessiert. Wenn eine Frau dieses Alters dann auf der Webseite des Onlineshops ist, bekommt sie diese Produkte angezeigt. Vielleicht kauft sie dann ein solches Produkt und der Onlineshop hat Geld verdient.

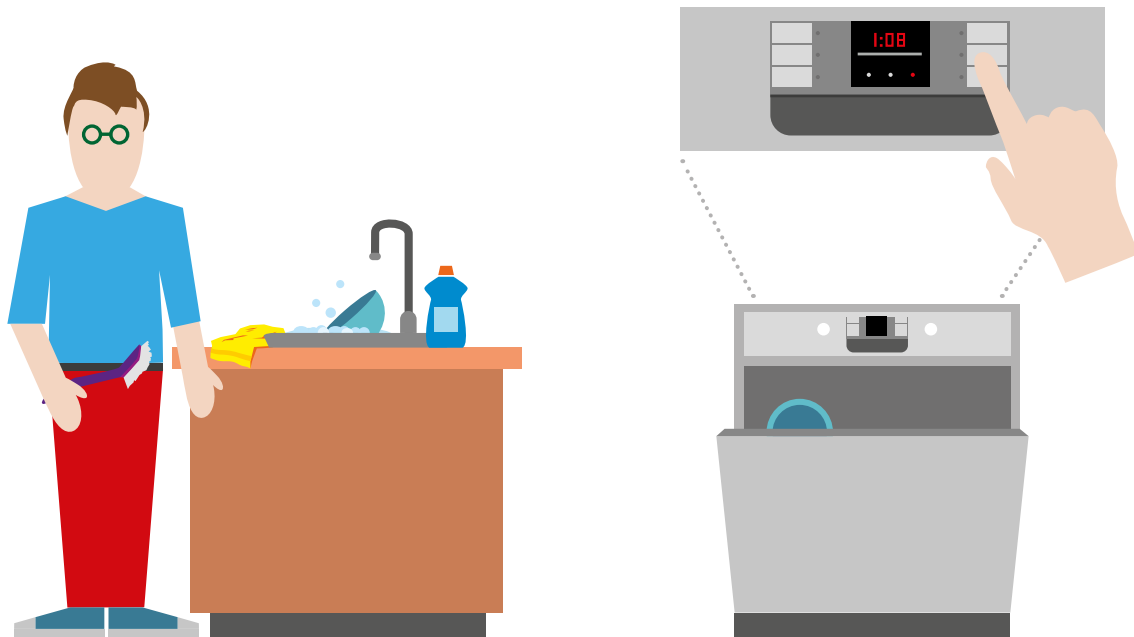
Wenn ein solcher Algorithmus sehr große Datenmengen verarbeitet, wird er immer besser. Er zeigt den Kunden und Kundinnen immer genauer an, was sie interessiert.

Man kann auch sagen, dass der Computer lernt.

Nicht nur Onlineshops verwenden Algorithmen. In der Medizin können Algorithmen dabei helfen, die Ursachen für bestimmte Krankheiten zu finden. Ein Algorithmus kann zum Beispiel auswerten, in welchem Alter Menschen eine bestimmte Krankheit besonders häufig bekommen.

Algorithmen werden auch in Unternehmen immer wichtiger. Zum Beispiel kann eine Kamera mit Algorithmen lernen. Sie kann lernen, wie kaputte

Produkte aussehen. Anschließend kann sie an einem Fließband diese Produkte aussortieren. Das muss dann kein Mensch mehr machen. Der Mensch kann dann an anderen Dingen arbeiten. Vielleicht gibt es dann aber auch weniger Arbeitsplätze, weil die Kamera die Arbeit des Menschen ersetzt.



Beim Abwaschen müssen Sie Schritt für Schritt vorgehen: Wasser einlassen, Spülmittel hinzufügen und so weiter. So arbeitet auch eine Spülmaschine. In Spülmaschinen ist ein kleiner Computer eingebaut. Ein Algorithmus in dem Computer bestimmt Schritt für Schritt die Aufgaben der Spülmaschine. Der Algorithmus ist die Anleitung für die Spülmaschine. Menschen schreiben und bestimmen den Algorithmus.

Auch Suchmaschinen nutzen Algorithmen. Zum Beispiel rechnen Algorithmen aus, welche Webseiten zuerst angezeigt werden.

Manche Dinge können Computer durch Algorithmen viel schneller und besser. Sie können zum Beispiel viele Daten in sehr kurzer Zeit verarbeiten. Sie können so Dinge herausfinden, die Menschen nicht in der gleichen Zeit herausfinden können.

Andererseits können sie auch Menschen ungerecht behandeln oder die Privatsphäre der Menschen einschränken.

Antisemitismus

Antisemitismus ist gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gegenüber Juden. Menschen, die antisemitisch sind, sind feindlich gegen Juden eingestellt. Antisemitismus kann verschiedene Formen haben. Antisemiten beschimpfen oder beleidigen Juden. Die Feindschaft führt manchmal auch zu Gewalt und Mord. Antisemiten erzählen Lügen über Juden und machen sie verantwortlich für das, was schlecht auf der Welt läuft.

Bestimmte Gruppen von Menschen werden öfter als andere ausgegrenzt und abgewertet. So eine Ausgrenzung heißt: gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Das bedeutet, dass man feindlich eingestellt ist gegen jeden, der zu einer bestimmten Gruppe gehört.

Von allen Mitgliedern der Gruppe sagen manche dann, dass sie bestimmte schlechte Eigenschaften haben. Man muss dann den Einzelnen nicht kennen. Man denkt: Er oder sie gehört zu dieser Gruppe. Dann muss er oder sie auch diese bestimmten schlechten Eigenschaften haben.

Menschen, die antisemitisch sind, sind feindlich gegen Juden eingestellt. Man nennt diese Menschen Antisemiten. Sie wollen Juden ausgrenzen. Das Judentum ist eine Religion und eine Lebensweise von Menschen. Wenn etwas schlecht läuft in der Welt, dann behaupten die Antisemiten: Die Juden sind schuld.

Antisemiten lügen auch oder erfinden Dinge, um Juden zu beschuldigen.

Antisemitismus kann verschiedene Formen haben. Menschen beschimpfen Juden oder beleidigen sie. Sie erzählen Lügen über Juden.

Manchmal zeigt sich Antisemitismus auch durch Gewalt gegen Juden. Antisemiten ermorden manchmal auch Menschen, nur weil sie Juden sind. Das ist in der Vergangenheit passiert und passiert auch noch heute.

Antisemitismus gab und gibt es in der Geschichte und in verschiedenen Regionen auf der Erde immer wieder. Die schlimmste Form von Antisemitismus gab es in Deutschland in der Zeit des Nationalsozialismus. Von 1933 bis

1945 hatte eine [Partei](#) in Deutschland die Macht. Diese Partei wird kurz NSDAP oder „die Nationalsozialisten“ genannt. Der Anführer der Partei war Adolf Hitler. Hitler herrschte als [Diktator](#). Das heißt, er durfte alles bestimmen.

Hitler und die Nationalsozialisten waren Antisemiten. Sie haben die Juden in Deutschland und Europa verfolgt und getötet. Viele Millionen Juden sind ermordet worden. Man nennt diesen Völkermord auch Holocaust oder Schoah.

In Deutschland ist es verboten, Menschen wegen ihres Glaubens oder ihrer Abstammung zu benachteiligen. Im [Grundgesetz](#) steht:

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Antisemitismus benachteiligt Juden. Diese Benachteiligung ist im Grundgesetz verboten. Trotzdem gibt es auch heute noch Antisemitismus.

Woher kommt der Begriff Antisemitismus?

Der Begriff besteht aus den Wörtern ‚anti‘ und ‚semitismus‘. Ein anderes Wort für ‚anti‘ ist das Wort ‚gegen‘. Semiten sind eine Gruppe von verschiedenen Völkern. Alle diese Völker sprechen eine semitische Sprache.

Semitische Sprachen sind zum Beispiel:

- Aramäisch
- Äthiopisch
- Arabisch
- Hebräisch

Hebräisch ist die Sprache der Juden. Wortwörtlich übersetzt heißt Antisemitismus also eigentlich „gegen die Semiten“. Gemeint ist aber nur Judenfeindlichkeit. Antisemitismus ist also Feindlichkeit gegen Menschen, die zum Judentum gehören. Es bedeutet zum Beispiel nicht Feindseligkeit gegen Araber oder Äthiopier.

Artensterben

Artensterben bedeutet, dass Tier- und Pflanzenarten aussterben. Das heißt, es gibt diese Tiere und Pflanzen dann nicht mehr.

Niemand weiß genau, wie viele Tier- und Pflanzenarten es auf der Welt gibt. Forscher und Forscherinnen schätzen, dass es etwa 8 Millionen Arten sind. Rund eine Million von diesen Arten sind vom Aussterben bedroht. Es gibt diese Tiere und Pflanzen nur noch sehr selten. Viele Tiere und Pflanzen sind schon ausgestorben. Es gibt diese Tiere und Pflanzen also nicht mehr.

Das ist eigentlich ein normaler Vorgang: In der Geschichte der Erde gab es immer wieder neue Arten und andere sind ausgestorben.

Aber heute sterben viel mehr Tier- und Pflanzenarten aus als früher. Gründe dafür sind der [Klimawandel](#), Umweltverschmutzung und unsere moderne Landwirtschaft.

Viele Tiere und Pflanzen finden keine Nahrung mehr. Oder sie haben nicht mehr genug Platz, um sich auszubreiten.

Der Eisbär ist zum Beispiel vom Aussterben bedroht. Der Eisbär lebt am Nordpol. Er jagt dort im Eis seine Nahrung. Durch den Klimawandel wird das Eis am Nordpol immer kleiner. So kann der Eisbär immer weniger Nahrung finden.

Auch der Meeresschildkröte schadet der Klimawandel. Wenn das Wasser wärmer wird, können sie sich nicht mehr so gut vermehren. Die Schildkröten sind auch noch aus anderen Gründen bedroht. In vielen Ländern werden sie von Menschen gefangen und getötet. Die Wasserschildkröte ist auch durch Umweltverschmutzung bedroht. Sie leidet an der Wasserverschmutzung durch Müll. Die Schildkröten fressen oft kleine Plastikstücke, die im Meer schwimmen. Davon können sie krank werden und sterben.

Beim Artensterben geht es aber nicht nur um große und bekannte Tiere wie Eisbär oder Meeresschildkröte.

Durch unsere moderne Landwirtschaft sind viele kleine Tiere gefährdet. In unserer Landwirtschaft wird oft auf sehr großen Flächen nur eine Pflanze angebaut, zum Beispiel Mais oder Raps. Das nennt man Monokulturen.

Die Landwirte versprühen auf ihren Feldern oft Insektengifte oder andere Mittel. So können sie mehr ernten und schützen die Pflanzen auf den Feldern vor Krankheiten und Insekten. Aber die Vögel finden dadurch nicht mehr genug Insekten zum Fressen. In Europa sind schon viele Vogelarten ausgestorben, die früher auf Feldern und Wiesen gelebt haben.

In den Monokulturen gibt es oft auch keine Hecken und keine Wildpflanzen mehr. Kleine Tiere können sich schlechter vor Raubvögeln verstecken. Die großen Erntemaschinen arbeiten sehr gründlich. Es bleiben zum Beispiel kaum Getreidereste auf den Feldern. Deshalb ist der Feldhamster vom Aussterben bedroht. Er findet kaum genug Nahrung und Versteckmöglichkeiten.

Aber auch noch kleinere Tiere als Vögel und Hamster sind vom Aussterben bedroht. Im Boden sterben zum Beispiel Bakterien, Insekten und Würmer durch die Gifte. Gerade diese kleinen Lebewesen sind für die Umwelt sehr wichtig. Sie lockern den Boden, bauen Schadstoffe ab und zersetzen alte Pflanzenteile.

Mehr Informationen zum Artensterben und was Menschen dagegen machen können, findet man auf bpb.de/einfach-erde-menschen.

Vom Aussterben bedroht:

Feldhamster



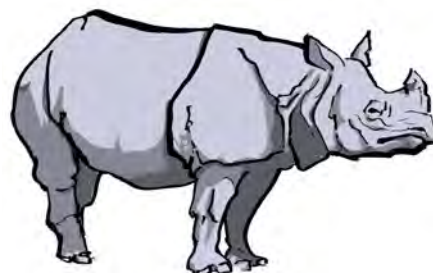
Bodensee-Vergissmeinnicht



Maivogel



Java-Nashorn



Asyl

In Gesetzen bedeutet Asyl vor allem Schutz vor Gefahr oder Verfolgung.

Das Wort Asyl kommt aus der griechischen Sprache. Das Wort Asyl bedeutet: Heim oder Unterkunft. In Artikel 16a (1) des deutschen [Grundgesetzes](#) steht: **Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.**

Ein Mensch kann einen Staat, in den er kommt, um Asyl bitten. Er bittet dann darum, dass er in diesem Staat sicher leben darf. Menschen, die Asyl bekommen, dürfen in einem sicheren [Staat](#) leben.



Illustrator: Andreas Thiel, © bpb

Politisch verfolgt bedeutet, dass ein Staat eine Person aus politischen Gründen verfolgt. Politisch Verfolgte leben in ihrem Staat in großer Gefahr. Ihre [Menschenrechte](#) werden nicht geachtet. Manche Menschen werden körperlich verletzt, gefoltert oder sogar getötet.

Für die politische Verfolgung gibt es verschiedene Gründe:

- eine andere politische Meinung als der Staat,
- eine Religion, die der Staat nicht möchte,
- Homosexualität oder [Transsexualität](#).

In Deutschland bekommen diese Menschen Asyl. Das heißt sie dürfen hier leben und arbeiten.

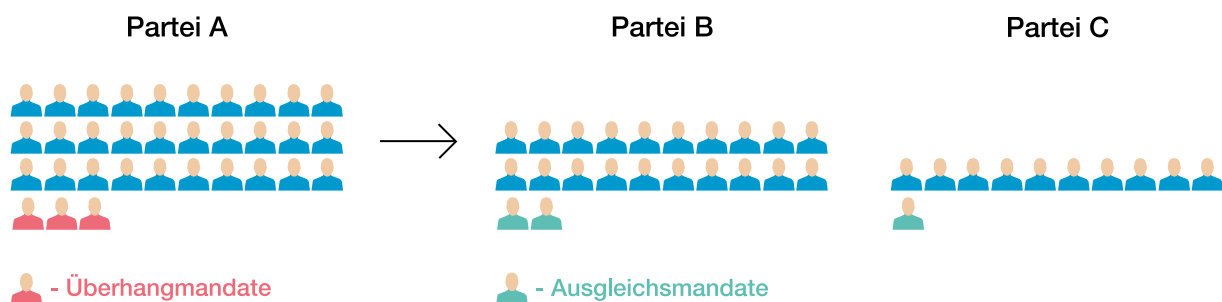
Dafür müssen sie aber erst vorher einen Asylantrag stellen. Dann prüft der Staat, ob die Person politisch verfolgt ist. Er prüft zum Beispiel auch, ob die Person schon in einem anderen Staat Asyl bekommen hat und aus einem sicheren Staat nach Deutschland gekommen ist.

Ausgleichsmandate

Ausgleichsmandate ermöglichen Parteien, zusätzliche Abgeordnete in ein Parlament zu schicken. Ausgleichsmandate gleichen die Überhangmandate anderer Parteien aus.

Ausgleichsmandate kann es immer dann geben, wenn Sie einen Direktkandidaten und die Liste einer Partei wählen können. Das ist zum Beispiel bei der Bundestagswahl so. Dann passiert manchmal Folgendes: 33 Abgeordnete einer Partei kommen durch die Erststimme in das Parlament.

Nach der Ausrechnung der Zweitstimme bekommt die Partei aber eigentlich nur 30 Sitze im Parlament. Das sind 3 Sitze weniger, als die Partei nach der Erststimme bekommen müsste.



Diese 3 zusätzlich gewählten Abgeordneten dürfen aber trotzdem in das Parlament. Man nennt das Überhangmandate. Es kommen dann mehr Abgeordnete in das Parlament als eigentlich geplant.

Dann dürfen auch die anderen Parteien mehr Abgeordnete in das Parlament schicken. Das nennt man Ausgleichsmandate.

Es wird genau berechnet, wie viele Abgeordnete die anderen Parteien zusätzlich in das Parlament schicken dürfen. Keine Partei hat so Vorteile durch die Überhangmandate.

Es gibt unterschiedliche Regelungen über Ausgleichsmandate. Manchmal wird über diese Regelungen gestritten.

Barrierefreiheit

Etwas ist dann barrierefrei, wenn Menschen mit und ohne Behinderung es in allgemein üblicher Weise nutzen können.

Barriere bedeutet Hindernis.

Für behinderte Menschen bedeutet Barrierefreiheit also zum Beispiel dass sie

- ohne Hindernisse alle Häuser und alle Wege benutzen können,
- ohne Hindernisse Geldautomaten, Handys und das Internet nutzen können,
- ohne Hindernisse Briefe, Zeitungen und andere Texte verstehen können und ohne Hindernisse in die Schule, zu Konzerten oder Ärzte und Ärztinnen gehen können.



Leichte oder einfache Sprache hilft Menschen, die Probleme beim Lesen schwerer Texte haben.

Rampen, Aufzüge oder Häuser ohne Stufen helfen Menschen, die einen Rollstuhl benutzen.

Beispiele für Barrierefreiheit sind:

- Ampeln mit Geräusch für blinde Menschen.
- Häuser ohne Stufen und mit Aufzügen.
- Hilfe durch einen Gebärdensprachdolmetscher, einen Blindenhund oder jemanden, der einen Text vorliest.
- Rückzugsräume auf Veranstaltungen mit großen Menschenmengen wie zum Beispiel große Konzerte oder in der Schule.

Manche Barrieren kann man sehen, zum Beispiel Stufen. Viele Barrieren sind aber auch unsichtbar. Manche Menschen finden es zum Beispiel sehr schwer irgendwo anzurufen. Das Telefonieren ist für sie ein großes Hindernis. Sie rufen dann vielleicht nicht in einer Arztpraxis an, wenn sie dringend einen Termin benötigen. Können sie auch eine E-Mail schreiben, ist die Praxis für sie barrierefreier. Sie können dann leichter einen Termin vereinbaren.



Gebärdensprache hilft gehörlosen Menschen. Sie können dann die Nachrichten im Fernsehen verstehen.

Behinderung

Behindert ist ein Mensch nicht, weil er einen Rollstuhl benutzt, nur langsam lernt, nicht sprechen, nicht sehen oder nicht hören kann. Ein Mensch wird behindert, wenn es nur Treppen gibt, wenn Texte zu schwer sind oder niemand genau zuhört.

Manche Menschen können nicht so gut laufen, sprechen, hören, sehen oder lernen wie viele andere Menschen. Sie haben eine Beeinträchtigung. Sie brauchen zum Beispiel einen Rollstuhl, nutzen Gebärdensprache oder brauchen einen Stock, um ihren Weg zu finden. Manche Menschen brauchen auch mehr Zeit oder die Hilfe von anderen Menschen, zum Beispiel beim Lesen.

Eine Beeinträchtigung allein macht aber noch keine Behinderung. Eine Behinderung entsteht durch die Beeinträchtigung einer Person und durch die Hindernisse oder Barrieren in der Umwelt und bei den Menschen.

Treppen oder schwere Texte können zum Beispiel Hindernisse sein. Sie sind Hindernisse in der Umwelt.

Zu einer Behinderung gehört noch eine andere Art von Hindernissen. Diese Hindernisse haben mit Menschen zu tun. Sie haben damit zu tun, was Menschen über behinderte Menschen denken oder welche Vorurteile sie haben. Zum Beispiel sprechen manche Menschen lieber mit Assistenten und Assistentinnen statt behinderte Menschen selbst zu fragen. Oder sie denken, behinderte Menschen können keine Vorträge halten oder haben nichts Wichtiges zu sagen.

Gegen die Hindernisse kann man etwas tun.

Wenn jemand kaum lesen kann, ist ein Buch schwer zu lesen. Wenn das Buch aber einen einfachen Text und Bilder hat oder es auch ein Hörbuch gibt, kann der Mensch viel leichter die Information bekommen. Das Buch ist kein Hindernis mehr.

Berliner Mauer

Die Berliner Mauer war eine Mauer, die Westberlin von Ostberlin und der [DDR](#) trennte.

1945 haben die Siegermächte den 2. Weltkrieg beendet. Die Siegermächte waren Frankreich, England, die USA und die Sowjetunion. Sie haben Deutschland untereinander aufgeteilt. 1949 entstand in Westdeutschland die [Bundesrepublik Deutschland](#) und in Ostdeutschland die DDR.

Berlin war eine Ausnahme. Die Siegermächte teilten Berlin in vier Teile auf. Die Teile wurden Sektoren genannt. Der sowjetische Sektor wurde Teil der DDR. Dieser Teil hieß Ostberlin oder Berlin, Hauptstadt der DDR. Der US-amerikanische, der britische und der französische Sektor zusammen wurden Westberlin genannt.

Westberlin gehörte aber nicht zur Bundesrepublik Deutschland. Es gehörte auch nicht zur DDR. Die USA, England und Frankreich kontrollierten Westberlin.

In den ersten Jahren der Teilung Deutschlands flohen viele DDR-Bürger und Bürgerinnen in die [Bundesrepublik](#). Sie suchten dort ein besseres Leben als in der [DDR](#). Die Regierung der DDR wollte nicht, dass die Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik ziehen.

Deshalb bauten sie ab 1961 eine Grenze. Die Grenze war mit Mauern, Zäunen und Stacheldraht befestigt. Man konnte nicht ohne große Gefahr über die Grenze. Die Grenze trennte die DDR von der Bundesrepublik und Westberlin. Zu dieser Grenze gehörte auch eine Mauer um Westberlin. Die Mauer war drei Meter hoch. Sie war stark bewacht.

Viele Menschen wollten nicht mehr in der DDR leben, da es viel Überwachung und Unterdrückung gab. Einige von ihnen versuchten, über die Mauer zu kommen. Mehrere Hundert Menschen starben an der Berliner Mauer und der Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik.

Andere Menschen fingen an, friedlich zu [demonstrieren](#). Durch diese Demonstrationen setzten die Menschen durch, dass die Grenzen am 9. November 1989 geöffnet wurden. Man sagt auch: Am 9. November 1989 ist die Mauer gefallen.

Besatzungszone

Eine Besatzungszone ist ein Gebiet in einem Staat. Ein anderer Staat kontrolliert dieses Gebiet.

In Deutschland meint man mit „Besatzungszonen“ meist die vier Besatzungszonen nach dem Zweiten Weltkrieg.

Der Zweite Weltkrieg dauerte von 1939 bis 1945. Deutschland hat den Krieg begonnen. Die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion haben den Krieg gewonnen. Darum heißen sie auch Siegermächte.

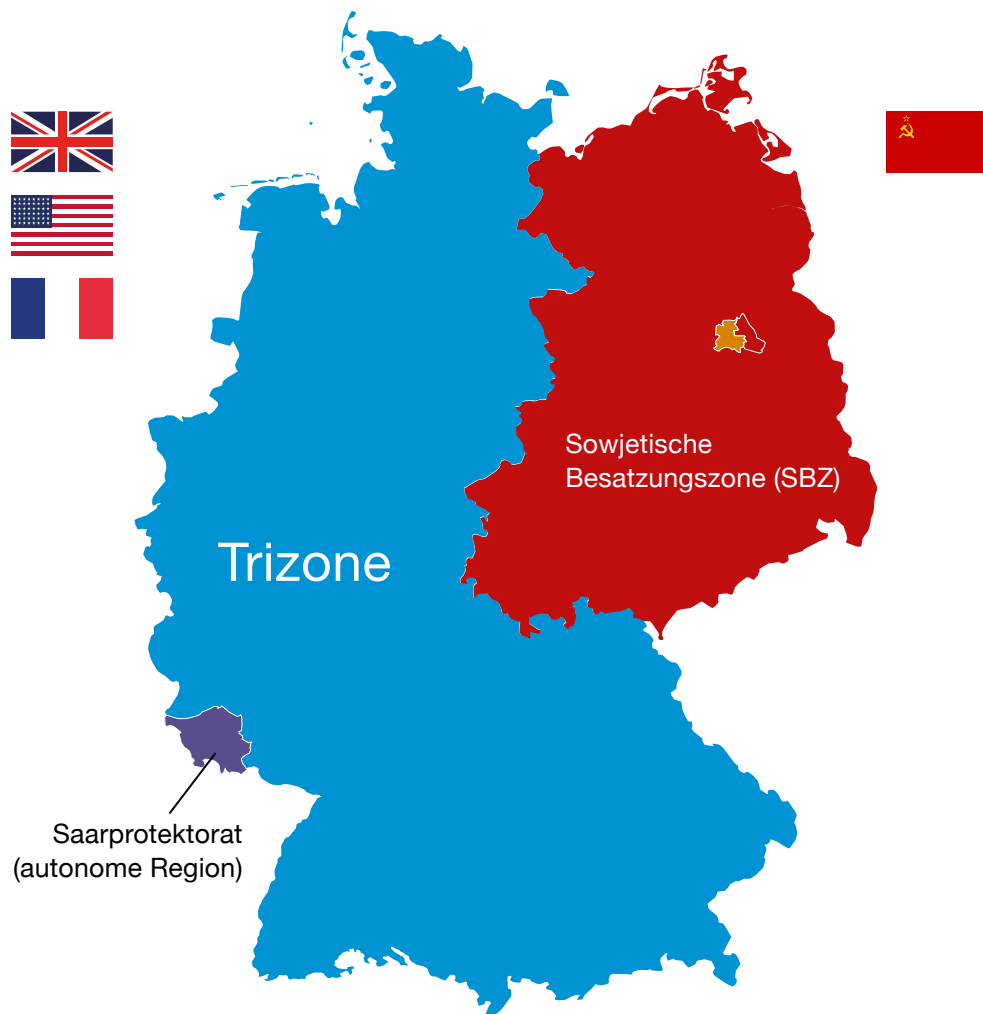
Nach 1945 haben die Siegermächte Deutschland in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Jede Siegermacht hat eine Zone kontrolliert.



Besatzungszonen in Deutschland 1945–1949.

In ihren Besatzungszonen organisierten die Siegermächte die Politik und die Wirtschaft.

1947 wurden die britische und die US-amerikanische Zone zusammengeschlossen. Diese gemeinsame Zone hieß „Bizone“. 1948 kam auch die französische Zone dazu, aber ohne das Saarland. So entstand die „Trizone“.



Die Trizone in entstand 1948. Die USA, Großbritannien und Frankreich haben ihre Zonen zusammengeschlossen. Für das Saarland und für Berlin gab es besondere Regeln.

1949 gründeten die Siegermächte in dem Gebiet der Trizone die [Bundesrepublik Deutschland](#). Seit 1957 gehört auch das Saarland zur Bundesrepublik Deutschland.

In der sowjetischen Besatzungszone entstand 1949 die [Deutsche Demokratische Republik](#).

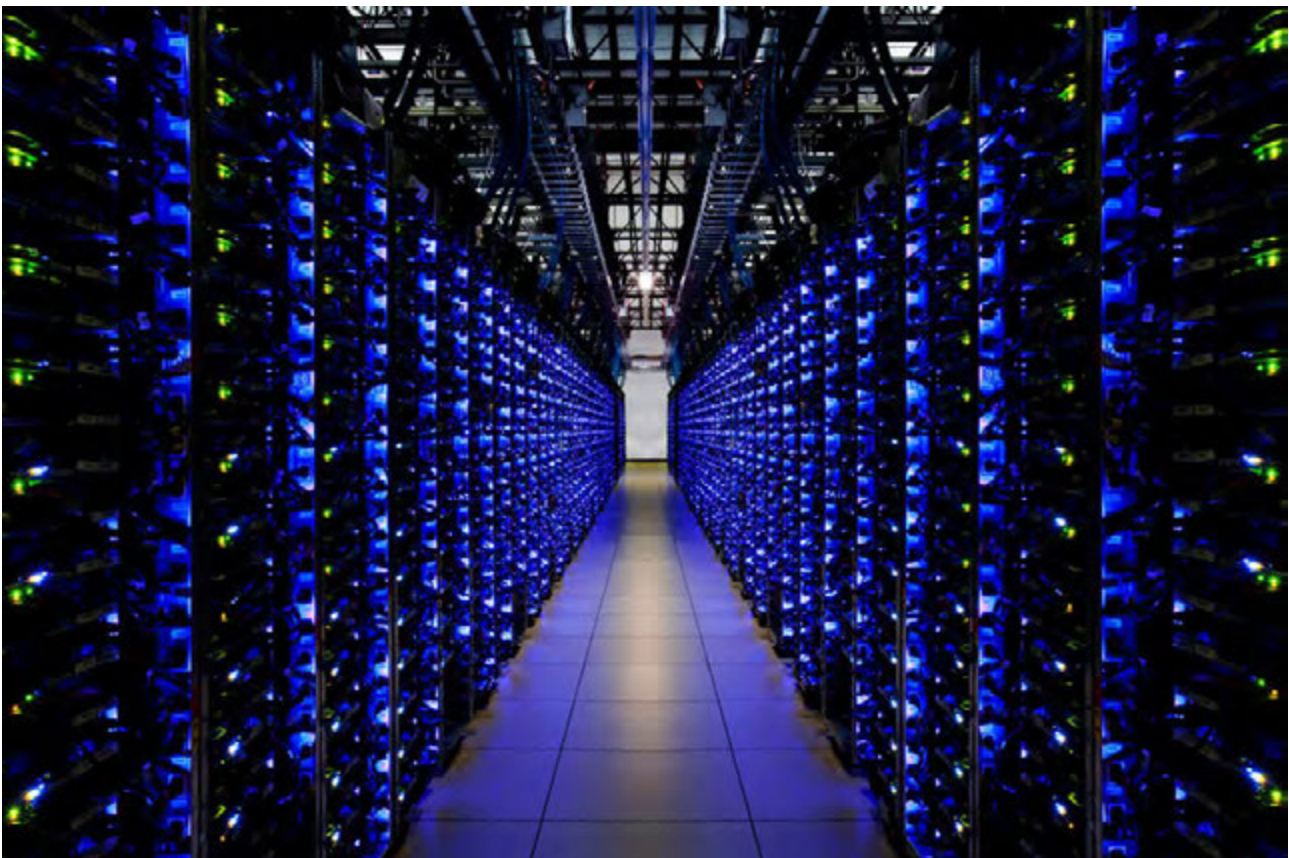
Big Data

Big Data nennt man die riesigen Mengen von Daten, die mithilfe von Computern gesammelt werden. **Big Data** nennt man auch die Technik, die diese Daten auswertet.

Überall im Internet sammeln Computer auf der ganzen Welt riesige Datenmengen. Solche riesigen Datenmengen entstehen zum Beispiel in Online-shops durch Suchmaschinen wie Google oder durch Fitnessarmbänder.

Die Menge an Daten nimmt jeden Tag zu. Bei Google suchen jeden Tag Menschen etwas Neues. Sie bestellen etwas in Onlineshops oder ihr Fitnessarmband sammelt Daten.

Computer sammeln nicht nur diese Daten. Computer können die Daten auch auswerten.



Einblick in das Rechenzentrum von Google in Georgia, USA. Hier werden die großen Datenmengen der Google-Nutzer gespeichert.

Kein Mensch kann alle diese Daten lesen, sortieren oder auswerten. Aber Computer können dies tun. Sie können in den Daten Zusammenhänge finden, die Menschen ohne Computer nie gefunden hätten.

Big Data nennt man also beides zusammen:

- die in kurzer Zeit produzierten riesigen Datenmengen und
- die Technik, die diese Daten auswertet.

Binnenmarkt

Binnenmarkt nennt man den Markt in einem einzelnen Staat oder einer Gemeinschaft von Staaten, in dem die gleichen Regeln gelten.

Der Markt ist der Ort, an dem mit Waren gehandelt wird. Ein Beispiel für einen Markt ist der Wochenmarkt. Auf jedem Wochenmarkt gibt es andere Regeln. Zum Beispiel gibt es Regeln darüber, wann die Verkaufsstände auf- und abgebaut sein müssen.

Waren können auch von Menschen eines Staates an Menschen eines anderen Staates verkauft werden. Zum Beispiel können Autos aus Deutschland in die USA verkauft werden. Die USA haben aber ganz andere Regeln für das Verkaufen von Autos. Deswegen sagt man, dass die USA ein eigener Markt sind. Wer zum Beispiel Autos in die USA verkaufen will, muss die Regeln für das Verkaufen in den USA kennen.

Der Markt in einem einzelnen Staat nennt man Binnenmarkt.
„Binnen“ heißt „innerhalb“.

Wenn ein Mann und eine Frau aus demselben Staat miteinander handeln, gelten für beide die gleichen Regeln. Man kann auch sagen: Sie handeln innerhalb des gleichen Marktes.



Auch den gemeinsamen Markt in der [Europäischen Union \(EU\)](#) nennt man Binnenmarkt. In der ganzen EU gelten die gleichen Regeln für das Kaufen, Verkaufen und Herstellen von Waren. Alle Staaten der EU haben die gleichen Regeln. Deshalb ist die EU ein gemeinsamer Markt.

Den gemeinsamen Markt in der EU nennt man EU-Binnenmarkt.

- Waren können von einem [EU-Staat](#) in den anderen transportiert werden.
- Lkws werden zum Beispiel an den Grenzen in der Regel nicht kontrolliert.
- Händler müssen in der EU keinen Zoll zahlen. Die Händler müssen kein Geld zahlen, wenn sie ihre Waren in den EU-Staaten verkaufen. Wenn China Waren in die EU verkaufen will, gelten in jedem EU-Staat die gleichen Zölle.
- In der EU gibt es auch Regeln, die die Käufer und Käuferinnen schützen.

Käufer und Käuferinnen, die die gekauften Waren selbst nutzen oder verbrauchen, werden auch Verbraucher und Verbraucherinnen genannt. Regeln, die diese Käufer und Käuferinnen schützen, heißen Regeln zum Verbraucherschutz.

Brexit

Brexit nennt man den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union.

Brexit setzt sich aus zwei Wörtern zusammen: Britain + Exit -> Brexit.
 Britain ist das englische Wort für (Groß-)Britannien.
 Exit ist das englische Wort für Ausgang oder Austritt.

Ende Januar 2020 hat **Großbritannien** die EU verlassen. Großbritannien ist ein Name, den die meisten benutzen, wenn sie das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland meinen. Das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland besteht aus England, Schottland, Wales und Nordirland.

Im Juni 2016 haben die Bürger und Bürgerinnen von Großbritannien über die Frage abgestimmt: „Soll Großbritannien die EU verlassen oder soll es in der EU bleiben?“ Das Ergebnis war: „Großbritannien soll die EU verlassen.“

Ende Januar 2020 ist Großbritannien aus der EU ausgetreten. Seit Anfang Februar 2020 hat die EU 27 Mitglieder.



Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis

Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis schützt den Austausch von Nachrichten zwischen einem Sender und einem Empfänger. Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis schützt schriftliche Nachrichten, Nachrichten über das Internet oder über das Telefon. Auch der Inhalt von Paketen und Päckchen ist geschützt.

In Artikel 10 des Grundgesetzes steht:

„(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.

(2) Beschränkungen dürfen nur aufgrund eines Gesetzes angeordnet werden. (...)“

Das **Briefgeheimnis** schützt schriftliche Mitteilungen. Dazu gehören z.B.. Briefe und Telegramme.

Das **Postgeheimnis** schützt die Übermittlung von Nachrichten und Gütern per Post. Dazu gehören z.B. Briefe, Pakete und Päckchen.

Das **Fernmeldegeheimnis** schützt Nachrichten, die auf elektronischem Weg versendet werden. Es schützt z.B. E-Mail, Nachrichten-Apps und Chats über das Internet. Das Fernmeldegeheimnis schützt auch Nachrichten über das Telefon.

Manchmal gelten auch mehrere Schutzrechte zusammen:

Angenommen, man verschickt ein Paket per Post. In dem Paket sind vielleicht ein Geschenk und ein geschriebener Gruß. Dann gilt für dieses Paket mit dem schriftlichen Gruß das Postgeheimnis und das Briefgeheimnis.

Manchmal ist es auch nicht ganz eindeutig, ob in einer Situation das Briefgeheimnis gilt oder nicht. Zum Beispiel bei einer Geburtstagskarte in einem nicht verschlossenen Umschlag.

Briefe und andere Post sind auf ihrem Weg vom Sender bis zum Empfänger geschützt. Die Postbotin zum Beispiel darf die Post nicht öffnen und auch nicht lesen.

Sie darf auch nicht über die Post sprechen. Eine Postbotin darf niemandem erzählen, von wem man Post bekommt. Auch die Polizei darf nicht einfach die Post öffnen und lesen.

Eltern, Freundinnen oder Betreuer dürfen die Post nicht einfach öffnen und lesen. Das ist verboten. Sie brauchen dazu Ihre Erlaubnis.

Auch Nachrichten auf elektronischem Weg sind geschützt:

- Telefongespräche
- SMS
- E-Mails
- Nachrichten aus Nachrichten-Apps.

Diese Nachrichten sind privat. Nur der Empfänger oder die Empfängerin darf entscheiden:

- Darf jemand meine Nachrichten lesen oder hören?
- Wer darf meine Nachrichten lesen oder hören?



Illustrator: Andreas Thiel, © bpb

Ohne Erlaubnis darf niemand private elektronische Nachrichten lesen oder hören. Der Staat muss dafür sorgen, dass die Nachrichten geheim bleiben. Auch die Polizei darf Nachrichten nicht lesen oder abhören.

Für den Schutz von Nachrichten zwischen einem Sender und einem Empfänger gibt es nur wenige Ausnahmen. Die Ausnahmen sind durch Gesetze geregelt.

Hier sind zwei Beispiele:

- In bestimmten Fällen darf ein Richter oder eine Richterin die Post öffnen oder öffnen lassen. Sie darf das zum Beispiel, um Beweise für ein schweres Verbrechen zu finden.
- Oder wenn es einen Verdacht gibt, dass der Besitzer des Telefons einen anderen Menschen getötet hat oder einen Terroranschlag plant. Dann darf die Polizei nur mit Genehmigung von einem Richter Nachrichten lesen oder abhören.

Briefwahl

Wähler und Wählerinnen können auch mit einem Brief an Wahlen teilnehmen. Das nennt man Briefwahl.

Bei Wahlen entscheiden Wähler und Wählerinnen, wer in einer Gemeinschaft Wichtiges bestimmen darf. Es gibt verschiedene Arten von Wahlen. Es gibt zum Beispiel die Europawahl, Bundestagswahl, Landtagswahl und die Kommunalwahl.

Wählen kann man in einem Wahllokal. Manche Wähler und Wählerinnen können aber nicht zum Wahllokal gehen.

Zum Beispiel wenn sie am Wahltag

- im Urlaub sind,
- einen Termin haben
- oder krank sind.

Dafür gibt es die Briefwahl. Dann können die Wähler und Wählerinnen vor dem Wahltag wählen. Sie können per Post oder im Wahlamt wählen.

Man muss die Briefwahl zuerst beantragen.

Dafür gibt es zwei Möglichkeiten:

1. Jeder Wähler und jede Wählerin bekommen eine Wahlbenachrichtigung. Auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigung kann man die Briefwahl beantragen. Dazu wird die Rückseite ausgefüllt und zurück an die Wahlbehörde geschickt. Die Adresse der Wahlbehörde steht auf der Wahlbenachrichtigung.
2. Die Briefwahl kann auch im Internet beantragt werden.

Dann schickt die Wahlbehörde dem Wähler oder der Wählerin die Unterlagen zur Wahl zu. Zu den Unterlagen gehört auch eine Anleitung. Die Anleitung erklärt, wie die Briefwahl funktioniert. Es ist wichtig die Anleitung genau zu lesen, denn die Briefwahl ist bei jeder Wahl ein bisschen anders.

Bei allen Wahlen braucht man für die Briefwahl:

1. Einen Stimmzettel.
2. Einen Umschlag für den Stimmzettel. Dieser Umschlag ist bei den meisten Wahlen blau.

3. Einen Wahlschein. Manchmal gibt es auch einen Umschlag für den Wahlschein. Dieser Umschlag ist bei den meisten Wahlen weiß.
4. Einen Umschlag mit der Adresse der Wahlbehörde. Dieser Umschlag ist bei den meisten Wahlen rot.

Die Briefwahl läuft so ab:



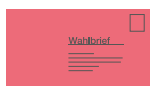
1. Zuerst stimmt man auf dem Stimmzettel ab.
2. Der angekreuzte Stimmzettel kommt dann in den leeren Briefumschlag für den Stimmzettel.
3. Man klebt den Briefumschlag zu. Das ist wichtig, weil die Wahl geheim ist.



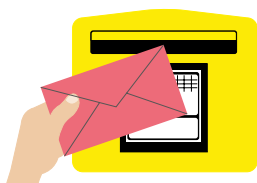
4. Man muss den Wahlschein unterschreiben. Die Unterschrift bedeutet: Der Wähler oder die Wählerin hat selbst gewählt. Oder: Jemand anderes hat den Stimmzettel ausgefüllt. Er hat aber so gewählt, wie es der Wähler wollte.



5. Der unterschriebene Wahlschein und der zugeklebte Umschlag mit dem Stimmzettel kommen in den Umschlag mit der Adresse der Wahlbehörde.



6. Dieser Umschlag kommt in einen Briefkasten der Post. Man braucht keine Briefmarke. Eine Briefwahl kostet nichts. Der Wahlbrief sollte spätestens drei Tage vor der Wahl abgeschickt werden. Der Brief muss bis 18 Uhr am Wahltag angekommen sein. Dann werden die Stimmen gezählt.



7. Der Umschlag kann auch beim Wahlamt abgegeben werden.

Bundeskanzler / Bundeskanzlerin

Die Bundeskanzlerin ist die Chefin der Regierung. Bundeskanzler oder Kanzlerin können Frauen, Männer oder andere Menschen sein.

Weil Angela Merkel von 2005 bis 2021 Bundeskanzlerin war, schreiben wir in diesem Lexikon Bundeskanzlerin.

Die Kanzlerin leitet die Regierung. Sie hat viel Verantwortung in der Politik.

- Die Kanzlerin gibt die Richtlinien vor und sagt, was gemacht wird, wenn es zu einem Streit in der Regierung kommt.
- Die Kanzlerin schlägt dem Bundespräsidenten vor, wer Minister oder Ministerin werden soll.
- Die Kanzlerin kann den Bundespräsidenten auch bitten, Minister und Ministerinnen zu entlassen. Der Bundespräsident ernennt oder entlässt dann Minister oder Ministerinnen, wie die Kanzlerin es vorgeschlagen hat.

Wahl der Bundeskanzlerin

Nach der Bundestagswahl wählen die Abgeordneten im Bundestag die Kanzlerin. Die Kanzlerin muss vom Bundestag mit einer absoluten Mehrheit gewählt werden. Die absolute Mehrheit wird deshalb auch „Kanzlermehrheit“ genannt. Im dritten Wahlgang gilt diese Regel nicht mehr.

Wenn eine neue Bundeskanzlerin vom Bundestag gewählt ist, dann wird sie vom Bundespräsidenten zur Kanzlerin ernannt. Der Bundestag kann die Kanzlerin entlassen, wenn er gleichzeitig einen neuen oder eine neue wählt. Eine solche Abstimmung nennt man konstruktives Misstrauensvotum.



Bundesland

Ein Bundesland ist ein Teil eines [Bundesstaates](#). Bundesländer haben eigene [Parlamente](#) und eigene [Regierungen](#).

Mehrere Bundesländer zusammen bilden einen Bundesstaat.
Deutschland ist ein Bundesstaat.

Zu Deutschland gehören diese 16 Bundesländer:

- Baden-Württemberg
- Bayern
- Berlin
- Brandenburg
- Bremen
- Hamburg
- Hessen
- Mecklenburg-Vorpommern
- Niedersachsen
- Nordrhein-Westfalen
- Rheinland-Pfalz
- Saarland
- Sachsen
- Sachsen-Anhalt
- Schleswig-Holstein
- Thüringen

Jedes Bundesland hat ein eigenes [Parlament](#). Die Parlamente eines Bundeslandes nennt man meistens [Landtag](#). Jedes Bundesland hat eine eigene Regierung: [die Landesregierung](#).

Für manche Dinge gibt es in den Bundesländern auch eigene Gesetze. Diese Gesetze gelten nur in dem Bundesland. Zum Beispiel werden die Gesetze für Schulen in den Bundesländern gemacht.



Illustrator: Andreas Thiel, © bpb

Bundesminister/Bundesministerin

Die Bundesminister und Bundesministerinnen sind Teil der Bundesregierung.

Die Minister und Ministerinnen haben verschiedene Aufgaben.

Zum Beispiel:

- Der Finanzminister verwaltet das Geld und kümmert sich um die Steuern.
- Die Verteidigungsministerin ist für die Bundeswehr zuständig.

Die Bundeskanzlerin kann entscheiden, wie viele Bundesminister und Bundesministerien es geben soll und welche Aufgaben sie haben. Die Kanzlerin schlägt dem Bundespräsidenten vor, wer Minister oder Ministerin werden soll. Um gut arbeiten zu können, muss die Bundeskanzlerin häufig Absprachen und Vorschläge berücksichtigen.

Der Bundespräsident ernennt dann die Minister und Ministerinnen. Bundesminister und Bundesministerinnen leiten ein Bundesministerium.



Tafel mit Schriftzug und Bundesadler am Eingang des Bundesministeriums der Verteidigung in Berlin.

Bundesministerium

Die Bundesministerien gehören zur Exekutive des Bundes. Jedes Ministerium ist für einen bestimmten Bereich zuständig.

Nach der Wahl entscheidet die Bundeskanzlerin, welche Bundesministerien es geben soll. Ein Bundesminister oder eine Bundesministerin leitet ein Bundesministerium. Der Bundesminister oder die Bundesministerin trifft die wichtigen Entscheidungen über die Arbeit ihres Bundesministeriums.

Bundesministerien leiten auch bestimmte Einrichtungen des Staates. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat leitet zum Beispiel die Bundespolizei.

Im Dezember 2021 gibt es folgende Bundesministerien:

- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
- Bundesministeriums der Finanzen
- Bundesministeriums des Innern und für Heimat
- Auswärtiges Amt
- Bundesministerium der Justiz
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- Bundesministerium der Verteidigung
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen, Jugend
- Bundesministerium für Gesundheit
- Bundesministerium für Digitales und Verkehr
- Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
- Bundesministerium für Bildung und Forschung
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Die Bundesministerien haben auch eine Seite in Leichter Sprache. Dort kann man mehr über ihre Aufgaben und ihre Arbeit erfahren. Wenn Sie mehr wissen wollen, klicken Sie einfach auf das Ministerium. Dann öffnet sich eine neue Seite.

Bundespräsident/Bundespräsidentin

Der Bundespräsident oder die Bundespräsidentin ist das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland.

Bundespräsident kann ein Mann oder eine Frau werden. Bisher waren nur Männer Bundespräsident in Deutschland. Darum schreiben wir in diesem Text ‚Bundespräsident‘.

Der Bundespräsident hat diese Aufgaben:

- Er vertritt den Bund völkerrechtlich.
- Er unterschreibt Gesetze und gibt sie bekannt.
- Er nimmt an Veranstaltungen teil und hält Reden. Damit kann er die Bürger und Bürgerinnen und Politiker und Politikerinnen auf ein Thema aufmerksam machen.
- Er ernennt den die Bundeskanzlerin. Der Bundestag muss die Bundeskanzlerin aber vorher gewählt haben.
- Der Bundespräsident ernennt auch Minister und Ministerinnen.
- Sie werden ihm aber von der Bundeskanzlerin vorgeschlagen.
- Der Bundespräsident ernennt auch Bundesrichter und Bundesrichterin, Bundesbeamte und Bundesbeamtinnen, Offiziere und Unteroffiziere.
- Die Ernennung wird ihm aber zum Beispiel von einem Minister oder einer Ministerin vorgeschlagen.
- Er kann Gefangene begnadigen. Das heißt, er kann bestimmen, dass eine Person aus dem Gefängnis freikommt.

Außerdem vertritt der Bundespräsident Deutschland im Ausland. Er besucht andere Staaten und hält Reden. Und er schließt Verträge mit anderen Staaten.

Der Bundespräsident repräsentiert den deutschen Staat. Das bedeutet, dass der Bundespräsident nicht viel Macht hat. Er entscheidet nicht über den Inhalt der Politik.

Beispiele dafür sind:

- Der Bundespräsident bestimmt nicht, was in Gesetzen stehen soll. Er unterschreibt die Gesetze nur.
- Der Bundespräsident bestimmt nicht, was in Verträgen mit anderen Staaten steht. Er unterschreibt sie nur.

- Er wählt auch nicht die Minister, die Bundesrichter, die Bundesbeamten, die Offiziere und Unteroffiziere aus. Er wählt auch nicht die Bundeskanzlerin.

In Artikel 54 des deutschen Grundgesetzes, Absatz 1 steht: „**Der Bundespräsident wird [...] von der Bundesversammlung gewählt.**“

Die [Bundesversammlung](#) trifft sich nur zur Wahl des Bundespräsidenten.

Wer Bundespräsident in Deutschland werden will, muss über 40 Jahre alt sein und muss in Deutschland wählen dürfen. Der Bundespräsident hat eine **Amtszeit** von fünf Jahren. Das heißt, er wird für fünf Jahre zum Bundespräsidenten gewählt. Danach kann die Bundesversammlung ihn nur noch einmal wählen.

Der Bundespräsident ist eines der fünf [Verfassungsorgane](#).



Das Schloss Bellevue in Berlin ist der Amtssitz des deutschen Bundespräsidenten.
Aufnahmedatum 18. Juli 2021.

Bundesrat

Der Bundesrat ist die Vertretung der Bundesländer beim Bund.

In Artikel 50 des deutschen Grundgesetzes steht: „**Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit.**“

Die 16 Bundesländer sind im Bundesrat vertreten. Im Bundesrat entscheiden die Bundesländer in der Bundespolitik mit.

Der Bundesrat besteht aus Mitgliedern der Landesregierungen. Im Bundesrat gibt es insgesamt 69 Stimmen. Das bedeutet: Es gibt 69 Plätze.

Die Bundesländer haben unterschiedlich viele Stimmen im Bundesrat. Bundesländer mit vielen Bürgern und Bürgerinnen haben mehr Stimmen. Bundesländer mit weniger Bürgern und Bürgerinnen haben weniger Stimmen.

- Nordrhein-Westfalen hat zum Beispiel 6 Stimmen, da dort die meisten Einwohner leben.
- Bremen hat nur 3 Stimmen, weil es die wenigsten Einwohner hat.

Jedes Bundesland hat aber mindestens 3 Stimmen im Bundesrat. Der Bundesrat macht zusammen mit dem Bundestag die Gesetze. Der Bundesrat stimmt über Gesetze ab, die der Bundestag vorher beschlossen hat. Der Bundesrat kann auch Vorschläge für Gesetze machen. Der Bundestag muss dann über die Vorschläge beraten und entscheiden.

Die Gesetze, die Bundestag und Bundesrat zusammen machen, gelten in ganz Deutschland.

Der Bundesrat gehört zu den fünf obersten Verfassungsorganen.

Bundesregierung

Die Bundesregierung setzt die Entscheidungen des Bundestages um und macht ihm Vorschläge für Gesetze und Verträge.

Die Bundesregierung ist Teil der vollziehenden Gewalt. Sie hat die Aufgabe die Gesetze auszuführen, die der Bundestag beschließt. Statt „ausführen“ kann man auch „vollziehen“ sagen. Deshalb spricht man von der ausführenden oder vollziehenden Gewalt.

Die Bundesregierung schlägt Bundesrat und Bundestag auch Gesetze vor. Oder sie bereitet in Verhandlungen mit anderen Staaten Verträge vor.

Im Artikel 62 des deutschen Grundgesetzes steht: „**Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und aus den Bundesministern.**“

Zu der Regierung gehören:

- der Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin,
- die Bundesminister und Bundesministerinnen.

Die Bundeskanzlerin leitet die Regierung. Sie entscheidet auch, welche Ministerien es gibt und wer Minister oder Ministerin werden soll.

Die Minister und Ministerinnen haben verschiedene Aufgaben.

Zum Beispiel:

- Der Finanzminister verwaltet das Geld.
- Die Verteidigungsministerin ist für die Bundeswehr zuständig.

Manchmal nennt man die Bundesregierung auch Bundeskabinett oder nur Kabinett. Das Kabinett trifft sich einmal in der Woche. Es berät sich und trifft Entscheidungen für Deutschland.

Das Kabinett überlegt zum Beispiel:

- Welche Probleme gibt es in Deutschland?
- Wie können wir die Probleme lösen?
- Brauchen wir ein neues Gesetz?

Das Kabinett kann aber nur einen Vorschlag für ein Gesetz machen.

Der Bundestag und der Bundesrat entscheiden dann über den Vorschlag.

Die Bundesregierung ist eines der fünf Verfassungsorgane.

Bundesrepublik Deutschland

Bundesrepublik Deutschland ist der offizielle Name für den Staat Deutschland.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Bundestaat, ein demokratischer Staat, ein Rechtsstaat, ein Sozialstaat und eine Republik.

Die Bundesrepublik Deutschland besteht heute aus 16 Bundesländern.

Diese Bundesländer gibt es:

- Bayern
- Baden-Württemberg
- Berlin
- Brandenburg
- Bremen
- Hamburg
- Hessen
- Mecklenburg-Vorpommern
- Niedersachsen
- Nordrhein-Westfalen
- Rheinland-Pfalz
- Saarland
- Sachsen
- Sachsen-Anhalt
- Schleswig-Holstein
- Thüringen

Die Bundesrepublik Deutschland wurde am 24. Mai 1949 gegründet.

Von 1939 bis 1945 war Krieg in Deutschland und der Welt. Dieser Krieg heißt „Zweiter Weltkrieg“. Deutschland hat den Krieg begonnen. Die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion haben den Krieg gewonnen. Darum nannte man sie auch Siegermächte.

Nach 1945 haben die Siegermächte Deutschland in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Jede Siegermacht hat eine Zone kontrolliert.

Die USA, Frankreich und Großbritannien haben ihre Zonen zu einem Staat vereint. Dieser Staat hieß „Bundesrepublik Deutschland“.

Von 1945 bis 1990 war Deutschland geteilt. Die „Bundesrepublik Deutschland“ war einer von zwei deutschen Staaten. Der andere Staat hieß „[Deutsche Demokratische Republik](#)“. Ein kürzerer Name ist „DDR“. Seit 1990 ist Deutschland wieder vereint. Die Zeit der „[deutschen Teilung](#)“ war damit überwunden. Ganz Deutschland heißt jetzt „Bundesrepublik Deutschland“.

Bis 1990 war Bonn die Hauptstadt der Bundesrepublik. Seit 1991 ist Berlin die Hauptstadt der Bundesrepublik.

Wenn man die Bundesrepublik Deutschland als einen Staat meint, dann sagt man auch manchmal **Bund**. Man meint dann nicht die einzelnen [Bundesländer](#). Man meint die ganze Bundesrepublik.



Dies sind die Umrisse der Bundesrepublik Deutschland. So wird Deutschland auf Karten gezeichnet. Die Umrisse sind schwarz-rot-gold ausgemalt worden. Schwarz-rot-gold sind die Farben der Flagge der Bundesrepublik Deutschland.

Bundesstaat

Ein Bundesstaat ist ein Staat, in dem mehrere **(Bundes-)Länder** zusammen einen gemeinsamen **Staat** bilden.

Die einzelnen Länder schließen sich zusammen zu einem Bundesstaat. Sie haben eine gemeinsame **Regierung** und auch gemeinsame **Gesetze**.

Die **Bundesrepublik Deutschland** ist ein Bundesstaat. Sie besteht aus 16 Bundesländern.



Illustrator: Andreas Thiel, © bpb

Jedes Bundesland hat eine eigene Regierung und Gesetze, die nur in dem Bundesland gelten. Der Bundesstaat Deutschland hat auch eine Regierung, und Gesetze, die im ganzen Bundesstaat gelten.

Die Bundesländer können mitbestimmen, was in den Gesetzen des Bundesstaates steht. Dafür gibt es den [Bundesrat](#). Er vertritt die [Landesregierungen](#).

Der Bund und die Länder arbeiten eng zusammen. Es ist genau festgelegt: Für den Bereich der Bildung macht zum Beispiel das Bundesland die Gesetze. Für den Bereich Verteidigung macht zum Beispiel der Bund die Gesetze.

Bundestag

Der Bundestag ist das vom Volk gewählte Parlament der Bundesrepublik Deutschland.

Das Wort Parlament bedeutet „Ausprache“. Das merkt man auch im Bundestag: Die Abgeordneten sagen dort ihre Meinung zu wichtigen Fragen und streiten miteinander. Das nennt man Bundestagsdebatte. Und die Abgeordneten treffen wichtige Entscheidungen. Man kann auch sagen: Der Bundestag fasst Beschlüsse.

Das sind die Aufgaben des Bundestags:



- Der Bundestag beschließt neue [Gesetze](#) oder ändert Gesetze, die es schon gibt. Diese Gesetze gelten für alle Menschen in Deutschland.
- Der Bundestag genehmigt Verträge mit anderen [Staaten](#), zum Beispiel die UN-Behindertenrechtskonvention.
- Der Bundestag entscheidet über den [Haushalt](#), also darüber wie viel Geld für was ausgegeben wird.
- Der Bundestag wählt den [Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin](#).
- Der Bundestag kontrolliert die [Bundesregierung](#). Die Bundesregierung muss dem Bundestag sagen, was die Bundesregierung getan hat und was sie tun will.
- Der Bundestag entscheidet über den Einsatz der Bundeswehr.

Der Bundestag wird vom Volk gewählt. Die deutschen [Bürger und Bürgerinnen](#) wählen die Abgeordneten im Bundestag. Der Bundestag besteht aus allen Abgeordneten. Der Bundestag wird alle vier Jahre gewählt. In besonderen Fällen auch nach kürzerer Zeit.

Der Bundestag gehört zu den fünf [Verfassungsorganen](#).

Bundestagswahlen

Die Wahl eines Parlaments der Bundesrepublik Deutschland.

Das deutsche Volk wählt den Bundestag. Alle, die wählen gehen, entscheiden mit, wer die Bürger und Bürgerinnen im Bundestag vertritt. Der Bundestag entscheidet über wichtige Fragen, die alle Bürger und Bürgerinnen betreffen. Bei den Wahlen entscheiden die Wähler und Wählerinnen auch über Ideen und Vorstellungen zur Zukunft. Es wird bei der Wahl entschieden, welche Ideen im Bundestag eine wichtige Rolle spielen werden.

Bei der Bundestagswahl gelten die demokratischen Grundregeln. Die Wahlen sind allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim. Mehr Informationen hierzu gibt es bei dem Wort Wahlen.

Wer darf wählen?

Bei der Bundestagswahl müssen Wähler und Wählerinnen

- mindestens 18 Jahre alt sein,
- die deutsche Staatsbürgerschaft haben,
- einen Wohnsitz in Deutschland haben. (Es kann hier auch Ausnahmen geben)

Wer wird gewählt:

Bei Bundestagswahlen müssen Kandidaten und Kandidatinnen

- mindestens 18 Jahre alt sein,
- die deutsche Staatsbürgerschaft haben.

Wie viele Stimmen hat jeder Wähler und jede Wählerin:

Jeder Wähler und jede Wählerin hat zwei Stimmen. Man nennt sie Erststimme und Zweistimme.

Wie oft findet die Bundestagswahl statt?

Alle vier Jahre. Es gibt auch Ausnahmen.

Die Wähler und Wählerinnen können per Briefwahl oder in einem Wahllokal wählen. Mehr Informationen zur Bundestagswahl gibt es auf der Seite „einfach POLITIK: Die Bundestagswahlen“.

Bundesverfassungsgericht

Das Bundesverfassungsgericht wacht über die Einhaltung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Es ist ein Gericht und ein Verfassungsorgan.

Das Bundesverfassungsgericht schützt das Grundgesetz.

Das Bundesverfassungsgericht ist eines der fünf obersten Verfassungsorgane. Die vier anderen Verfassungsorgane sind der Bundestag, der Bundesrat, der Bundespräsident und die Bundesregierung. Manchmal streiten sich zum Beispiel zwei Verfassungsorgane mit einander.

Sie streiten sich zum Beispiel darüber, ob ein Gesetz gegen das Grundgesetz verstößt.



Das Bundesverfassungsgericht verkündet ein Urteil.

Sie können dann beim Bundesverfassungsgericht klagen. Wer wann klagen kann, dafür gibt es genaue Regeln. Das Bundesverfassungsgericht prüft, ob gegen das Grundgesetz verstoßen wurde.

Das Bundesverfassungsgericht hat noch andere Aufgaben. Der [Staat](#) darf niemanden in seinen [Grundrechten](#) verletzen. Eine wichtige Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts ist, dieses Recht zu schützen.

Nehmen wir zum Beispiel an, eine Person ist davon überzeugt, dass der Staat ihre Grundrechte verletzt. Diese Person kann sich beim Bundesverfassungsgericht beschweren.

Sie kann eine Verfassungsbeschwerde einreichen. Die Person kann so den Schutz ihrer Grundrechte fordern. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet dann, ob der Staat die Grundrechte verletzt hat. Vorher prüft das Bundesverfassungsgericht aber, ob es zuständig ist oder ob ein anderes Gericht darüber entscheiden muss.

Das Bundesverfassungsgericht hat seinen Sitz in Karlsruhe. Es besteht aus 16 Richtern und Richterinnen. Sie werden immer für 12 Jahre gewählt. Nach 12 Jahren können sie nicht nochmal gewählt werden. 8 Richter und Richterinnen werden vom Bundestag gewählt. Und 8 Richter und Richterinnen werden vom Bundesrat gewählt.

Im Juli 2021 heißt der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Stephan Harbarth.

Bundesversammlung

Die Bundesversammlung wählt den Bundespräsidenten oder die Bundespräsidentin.

Die Bundesversammlung trifft sich nur zur Wahl des Bundespräsidenten.

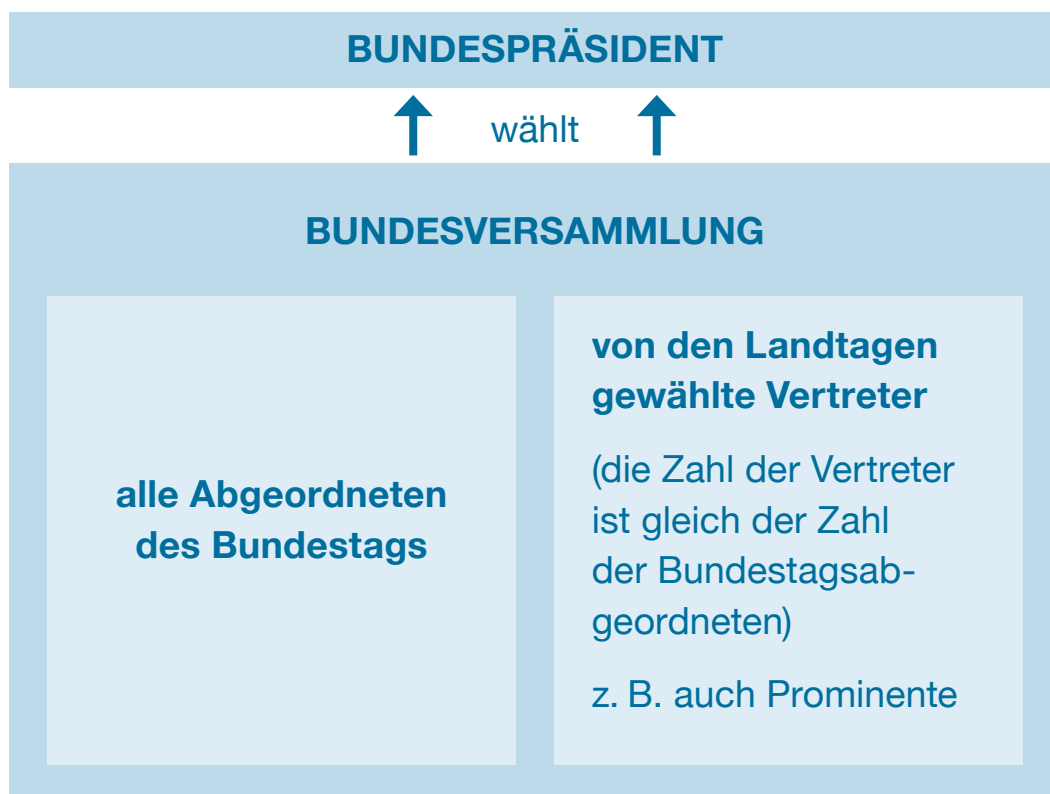
Die Bundesversammlung besteht aus

- allen Mitgliedern des Deutschen Bundestages und
- einer gleichen Zahl von Mitgliedern, die in den Bundesländern gewählt wurden.

Diese können auch Künstler und Künstlerinnen oder Sportler und Sportlerinnen sein. Die Parlamente der Bundesländer wählen diese Personen.

Die Zusammensetzung der Bundesversammlung soll die Gemeinsamkeit von Bund und die Bundesländern zeigen. Beide wählen gemeinsam den Bundespräsidenten.

Die Bundesversammlung trifft sich immer dann, wenn ein neuer Bundespräsident gewählt werden muss.



Bürger/Bürgerin

Die Bürger und Bürgerinnen sind Menschen, die die Staatsbürgerschaft eines Staates haben. Gemeinsam bilden die Bürger und Bürgerinnen den Staat. Manchmal sprechen Menschen auch von Bürger und Bürgerinnen einer Stadt oder Gemeinde.

Alle Menschen, die in einem Staat wohnen, sind die Einwohner oder Einwohnerinnen des Staates. Alle Einwohner und Einwohnerinnen gemeinsam sind die Bevölkerung eines Staates. Aber nicht alle Einwohner oder Einwohnerinnen haben die Staatsbürgerschaft des Staates.

Wer einen deutschen Personalausweis hat oder haben kann, der hat die deutsche Staatsangehörigkeit. Menschen, die die deutsche Staatsangehörigkeit haben, dürfen wählen, wenn sie mindestens 18 Jahre alt sind. Bei manchen Wahlen darf man auch wählen, wenn man mindestens 16 Jahre alt ist.

Die Menschen, die den Staat Deutschland bilden, sind die Bürger und Bürgerinnen von Deutschland. Sie haben die Bürgerrechte.

Alle Bürger und Bürgerinnen gemeinsam bilden also eine Gemeinschaft. Diese Gemeinschaft heißt Staat.

Auch die, die die Gemeinschaft der Stadt oder Gemeinde bilden, nennt man Bürger und Bürgerinnen.

Man kann auch sagen, dass Bürger und Bürgerinnen einer Stadt oder Gemeinde alle sind, die in der Stadt oder Gemeinde bei der Kommunalwahl wählen dürfen.

Bürgermeister/Bürgermeisterin

Der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin leitet die Politik in einer Stadt oder Gemeinde.

Die Bürger und Bürgerinnen wählen meist den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin der Stadt oder Gemeinde direkt. Manchmal entscheidet auch der Stadtrat oder Gemeinderat, wer Bürgermeister oder Bürgermeisterin werden soll.

Der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin leitet in einer Stadt oder Gemeinde die Verwaltung. Er trifft wichtige Entscheidungen.

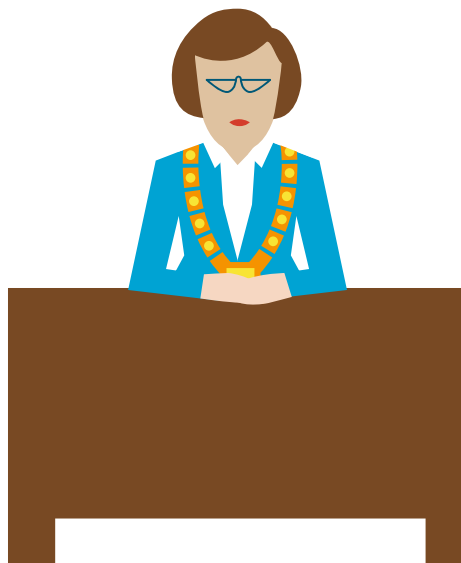
Er oder sie entscheidet aber nicht allein. Auch der Stadtrat oder der Gemeinderat trifft wichtige Entscheidungen.

Zum Beispiel:

- Soll die Stadt Geld für einen neuen Spielplatz ausgeben?
- Wo soll die Stadt einen Spielplatz bauen?

Der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin vertritt die Stadt oder Gemeinde auch nach außen, wenn zum Beispiel eine neue Schule eröffnet wird oder bekannte Gäste die Stadt besuchen.

Die Bürgermeister in großen Städten heißen Oberbürgermeister oder Oberbürgermeisterin.



Bürgerrechte

Bürgerrechte sind Grundrechte, die alle Bürger und Bürgerinnen eines Staates haben.

Die Grundrechte sind die wichtigsten Rechte, die Menschen in Deutschland gegenüber dem Staat haben. Menschenrechte und Bürgerrechte sind Grundrechte.

Menschenrechte gelten für alle Menschen.

Bürgerrechte gelten nur für die Bürger und Bürgerinnen eines Staates. Sie gelten nicht für Menschen, die einen Pass oder Personalausweis eines anderen Staates haben, aber keinen deutschen Pass oder Personalausweis.

Die Versammlungsfreiheit ist zum Beispiel ein Bürgerrecht. Jeder Bürger und jede Bürgerin hat das Recht, zu demonstrieren. Dies nennt man Versammlungsfreiheit.



Illustrator: Andreas Thiel, © bpb

Auf der Demonstration darf er oder sie seine oder ihre Meinung sagen. Auch Ausländer und Ausländerinnen, die in Deutschland wohnen, haben das Recht, ihre Meinung zu sagen.

Aber in einigen Fällen gilt: Der Staat darf einem Ausländer oder einer Ausländerin verbieten, in Deutschland zu demonstrieren. Zum Beispiel darf der Staat verhindern, dass ein Mitglied einer ausländischen Regierung in Deutschland demonstriert.

Datenschutz

Datenschutz ist der Schutz von Daten und Informationen über eine Person. Niemand darf Daten und Informationen ohne Erlaubnis weitergeben und verwenden.

Jede Person hat das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.

Das heißt, jede Person darf selbst bestimmen,

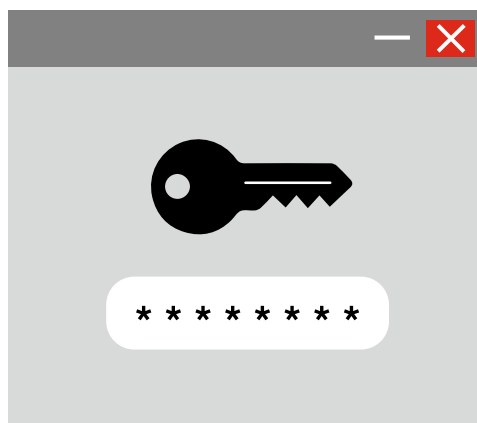
- ob und wem sie ihre Daten weitergibt,
- ob und wem sie erlaubt, ihre Daten zu verwenden.

Keine Firma und keine Person dürfen ohne Erlaubnis Daten über eine Person sammeln und weitergeben. Das ist nur erlaubt, wenn die Person ausdrücklich einverstanden ist.

Die Privatsphäre und die Persönlichkeit einer Person sind geschützt. Privat ist das, was nicht öffentlich ist. Das Private geht nur die Person etwas an. Privat ist zum Beispiel das, was die Person nur ihrem besten Freund oder ihrer besten Freundin erzählen würden.

Für besseren Datenschutz sind drei Dinge wichtig:

1. Es ist wichtig, dass es [staatliche](#) oder [europäische](#) Regeln und [Gesetze](#) für den Datenschutz gibt. Dies sind zum Beispiel die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) oder das Bundesdatenschutzgesetz.
2. Es ist wichtig, dass sich Anbieter freiwillig an bestimmte Regeln halten.
3. Es ist wichtig, dass Nutzer und Nutzerinnen sich überlegen, wann und wo sie ihre Daten nennen und welche Dienste sie nutzen.



Besonders im Internet werden viele Daten gesammelt. Inzwischen bieten auch große Konzerne wie Google oder Facebook immer mehr Möglichkeiten, die Privatsphäre zu schützen. Andere Nutzer und Nutzerinnen können dann nur bestimmte Inhalte sehen. Die Konzerne sammeln die Daten aber weiterhin.

Auch Passwörter sind wichtig für den Datenschutz. Es ist sicherer, für unterschiedliche Dienste auch unterschiedliche Passwörter zu nutzen.

Nutzer und Nutzerinnen können nicht verhindern, dass im Internet Daten über sie gesammelt werden. Aber sie können versuchen darauf zu achten, wo sie welche Information über sich angeben.

Demokratie

Demokratie kommt aus der griechischen Sprache. Es bedeutet „Herrschaft des Volkes“.

Das Volk sind alle [Bürger und Bürgerinnen](#). In einer Demokratie entscheidet das Volk. Die [Bundesrepublik Deutschland](#) ist eine Demokratie.

Im [Grundgesetz](#) steht in Artikel 20, Absatz 2, was Demokratie in Deutschland bedeutet:

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen [...] ausgeübt.“



Illustrator: Andreas Thiel, © bpb

Das deutsche Grundgesetz legt fest: "Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat."

Zu einer Demokratie gehört heute aber mehr als nur die Wahlen und Abstimmungen des Volkes. Zur Demokratie in Deutschland gehört auch, dass der Staat die Grundrechte und Gesetze achtet und dass die [Gerichte](#) unabhängig sind.

Auch in der [Europäischen Union](#) gehören zur Demokratie die Achtung der Menschenrechte und der Gesetze sowie unabhängige Gerichte.

Demonstration

Eine Demonstration ist eine Versammlung, auf der eine Gruppe von Menschen ihre Meinung öffentlich äußert.

Alle [Bürgerinnen und Bürger](#) Deutschlands dürfen sich versammeln und demonstrieren. Das ist ein [Grundrecht](#).



Illustrator: Andreas Thiel, © bpb

Der [Staat](#) schreibt manchmal vor, was die Menschen bei der Demonstration beachten müssen. Zum Beispiel sagt die Polizei, wo genau die Menschen demonstrieren dürfen. Sie will damit zum Beispiel verhindern, dass es Gewalt gibt. Wenn die Menschen auf der Demonstration die Regeln nicht beachten, kann die Polizei die Demonstration verbieten.

Demonstrationen sind in einer [Demokratie](#) wichtig:

Es gibt unterschiedliche Meinungen im Volk. Manche Meinungen sind die Meinung einer Mehrheit. Es sind dann viele Menschen dieser Meinung. Andere Meinungen vertreten die Minderheit. Es sind dann weniger Menschen dieser Meinung.

In einer Demokratie dürfen auch die Menschen ihre Meinung äußern, die nicht zu einer Mehrheit gehören, zum Beispiel auf einer Demonstration. Dadurch wird ihre Meinung bekannt. Andere Menschen lernen die Meinung dann kennen. Sie können dann ihre Meinung ändern und die andere Meinung vielleicht übernehmen. Manchmal wird diese Meinung dann irgendwann zu einer Mehrheit im Volk.

Deutsche Teilung

Von 1949 bis 1990 gab es zwei deutsche Staaten.

Deutschland war in zwei Teile geteilt. 1949 bis 1990 war deshalb die Zeit der „deutschen Teilung“.

Von 1939 bis 1945 war Krieg in Deutschland und der Welt: Dieser Krieg war der Zweite Weltkrieg. Deutschland hat den Krieg begonnen. Die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion haben den Krieg gewonnen. Darum heißen sie auch Siegermächte.

Nach 1945 haben die Siegermächte Deutschland in vier [Besatzungszonen](#) aufgeteilt. Jede Siegermacht kontrollierte eine Zone.

Die USA, Frankreich und Großbritannien vereinten ihre Zonen zu einem Staat. Dieser Staat hieß „Bundesrepublik Deutschland“.



Bürger aus dem Westen Berlins winken am 30.09.1961 ihren Verwandten in Ostberlin zu.

Die Sowjetunion wollte nicht, dass ihre Zone Teil des Staates „Bundesrepublik“ wurde. Sie errichtete einen eigenen Staat in ihrer Zone: Dieser Staat hieß „Deutsche Demokratische Republik“.

Viele Menschen zogen aus der DDR in die Bundesrepublik. Sie suchten dort ein besseres Leben als in der DDR. Die Regierung der DDR wollte nicht, dass die Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik ziehen. Deshalb bauten sie ab 1961 eine Grenze. An der Grenze gab es Mauern, Zäune und Stacheldraht. Man konnte nicht ohne große Gefahr über die Grenze. Die Grenze trennte die DDR von der Bundesrepublik und Westberlin. Zur Grenze gehörte eine Mauer durch Berlin: die [Berliner Mauer](#).

Viele Menschen wollten nicht mehr in der DDR leben, weil es viel Überwachung und Unterdrückung gab. Die Menschen fingen an, friedlich zu [demonstrieren](#). Durch diese Demonstrationen erreichten die Menschen ihr Ziel. Die DDR öffneten am 9. November 1989 die Grenzen. Man sagt auch: Die Mauer ist gefallen.

Ein Jahr später haben sich die DDR und die Bundesrepublik zu einem Staat vereint. Seit dem 3. Oktober 1990 heißt ganz Deutschland: Bundesrepublik Deutschland. Ein Feiertag erinnert an die deutsche Einheit.

Der 3. Oktober ist der Nationalfeiertag in Deutschland. Er heißt „Tag der Deutschen Einheit“.

Deutsche Demokratische Republik

Von 1949 bis 1990 gab es zwei deutsche Staaten. Einer der zwei deutschen Staaten war die „Deutsche Demokratische Republik“.

Die Abkürzung für „Deutsche Demokratische Republik“ war „DDR“. Der andere Staat hieß „Bundesrepublik Deutschland“. Seit 1990 ist Deutschland wieder vereint. Ganz Deutschland heißt jetzt „Bundesrepublik Deutschland“.

Geschichte

Von 1939 bis 1945 war Krieg in Deutschland und der Welt: Dieser Krieg heißt der Zweite Weltkrieg. Deutschland hat den Krieg begonnen. Die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion haben den Krieg gewonnen. Darum heißen sie auch Siegermächte.

Nach 1945 haben die Siegermächte Deutschland in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Jede Siegermacht kontrollierte eine Zone.

Die USA, Frankreich und Großbritannien haben ihre Zonen zu einem Staat vereint. Dieser Staat hieß „Bundesrepublik Deutschland“.

Die Sowjetunion wollte nicht, dass ihre Zone Teil des Staates „Bundesrepublik“ wurde. Sie hat einen eigenen Staat in ihrer Zone errichtet: Dieser Staat hieß „Deutsche Demokratische Republik“. Ein kürzerer Name ist DDR.

Die DDR wurde am 7. Oktober 1949 gegründet.

Zur DDR gehörten Ostberlin und das Gebiet der heutigen Bundesländer:

- Brandenburg,
- Mecklenburg-Vorpommern,
- Sachsen,
- Sachsen-Anhalt,
- Thüringen.

Die Politik in der DDR bestimmte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Die Partei hieß kurz SED. Die SED übte eine Parteidiktatur aus. Das bedeutet, dass es keine freien Wahlen, keine Meinungsfreiheit und keine Demokratie gab.

Viele Menschen zogen aus der DDR in die Bundesrepublik. Sie suchten dort ein besseres Leben als in der DDR. Die Regierung der DDR wollten nicht,

dass die Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik ziehen. Deshalb befestigten sie 1961 die Grenze mit Mauern, Zäunen und Stacheldraht. Man konnte nicht ohne große Gefahr über die Grenze.

Die Grenze trennte die DDR von der Bundesrepublik und Westberlin. Zur Grenze gehörte eine Mauer durch Berlin: die [Berliner Mauer](#).

Viele Menschen wollten nicht mehr in der DDR leben, da es viel Überwachung und Unterdrückung gab. Die Menschen fingen an friedlich zu [demonstrieren](#).

Durch diese Demonstrationen erreichten die Menschen ihr Ziel. Die Regierung der DDR öffnete am 9. November 1989 die Grenzen. Man sagt auch: Die Mauer ist gefallen.

Ein Jahr später haben sich die DDR und die Bundesrepublik zu einem Staat wiedervereint. Die [deutsche Teilung](#) war vorbei. Seit dem 3. Oktober 1990 heißt ganz Deutschland: Bundesrepublik Deutschland.



Rede von Michael Gorbatschow auf dem Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Gorbatschow war Staatschef der Sowjetunion und Parteichef der Kommunistischen Partei.

Digitalisierung

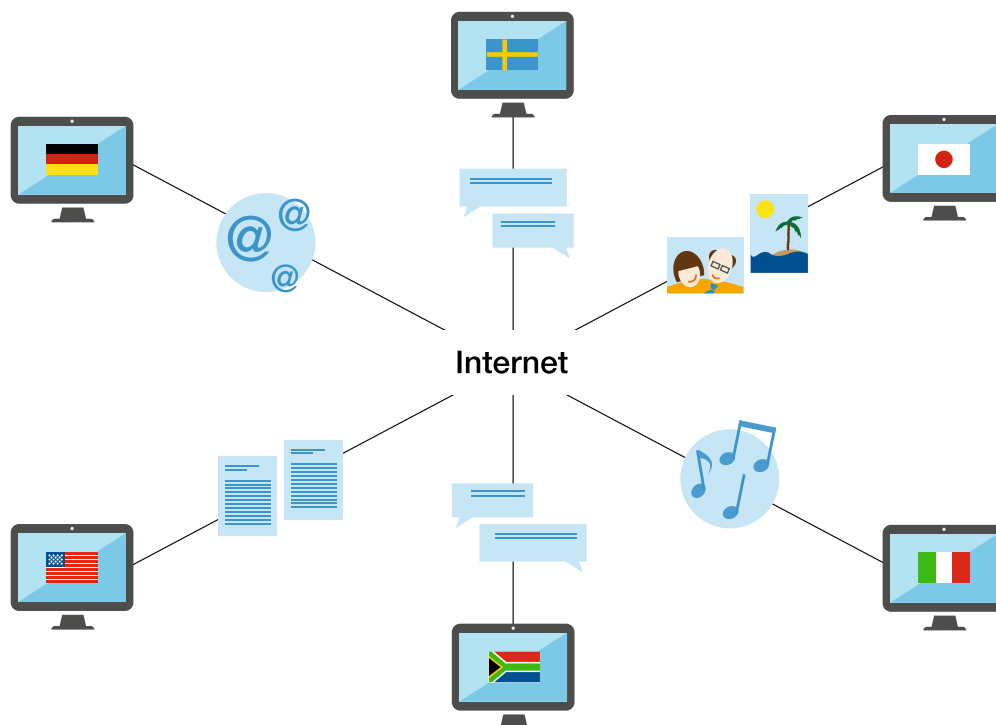
Digitalisierung ist der Name für eine bestimmte Entwicklung: In immer mehr Dingen werden Computer eingebaut. Über die ganze Welt verteilt, sind Dinge miteinander verbunden und können sich mithilfe ihrer Computer austauschen.

1. Es gibt immer mehr digitale Geräte.

Digitale Geräte sind Geräte, in denen Computer eingebaut sind. Sie verstehen die Computersprache, also die Sprache der Nullen und Einsen. Die Sprache der Computer hat nur zwei Zeichen, nämlich die Zeichen 0 und 1.

Früher mussten Menschen im Büro vieles selbst ausrechnen und aufschreiben. Menschen mussten Geldbeträge selbst ausrechnen. Oder sie mussten in einer Fabrik Geräte selbst zusammenbauen.

Heute machen Computer so etwas automatisch, Schritt für Schritt nacheinander, wenn sie einen Befehl dazu bekommen. Die Geräte können allein arbeiten. Sie halten sich dabei genau an eine Anleitung. Die Anleitung ist von Menschen gemacht.



2. Digitale Geräte tauschen sich aus.

Die meisten digitalen Geräte tauschen sich miteinander aus. Der Computer wandelt zum Beispiel Bilder und Texte in viele Nullen und Einsen um. Diese können nun zwischen Computern hin und her geschickt werden. Sie tauschen sich über das [Internet](#) aus. Die digitalen Geräte sind miteinander vernetzt.

3. Es gibt immer mehr digitale Inhalte:

MP3s, Inhalte von digitalen Notizbüchern auf dem Handy oder digitale Akten im Büro. Es gibt auch immer mehr digitale Inhalte im Internet. Es gibt viel mehr digitale Inhalte, als Menschen wissen oder lesen können.

4. Die Daten können auch immer besser ausgewertet werden.

Zum Beispiel können Computer aus ganz vielen Wetterdaten immer besser errechnen, wie morgen das Wetter wird.

Mehr über die Digitalisierung erfahren Sie hier:

[einfach POLITIK: Smartphone und andere Computer](#)

Diktatur

Diktatur bedeutet, dass eine Person oder eine kleine Gruppe von Menschen allein herrscht. So eine Gruppe kann zum Beispiel eine [Partei](#) sein. In einer Diktatur ist die Herrschaft der Person oder der Partei nicht begrenzt. Es gibt zum Beispiel keine [Gewaltenteilung](#).

In der Diktatur bestimmen die Herrschenden allein, was die Polizei und andere im [Staat](#) tun sollen. Man kann auch sagen: Sie haben allein die Macht. Sie machen, was sie wollen.

In einer Diktatur gibt es keine [Gewaltenteilung](#) und keine freien [Wahlen](#). Dadurch unterscheidet sich eine Diktatur von einer [Demokratie](#), wie es sie zum Beispiel in Deutschland gibt. Solange die Diktatur besteht, kann das Volk die Herrschenden nicht abwählen.

Wer in einer Diktatur etwas Schlechtes über die Herrschenden sagt, kommt oft ins Gefängnis. Auch Gewalt gegen Menschen, die eine andere Regierung wollen, gehört meist zum Alltag einer Diktatur. In einer Diktatur hält die herrschende Person oder die Partei sich nicht an Gesetze und an die Erklärung der [Menschenrechte](#).

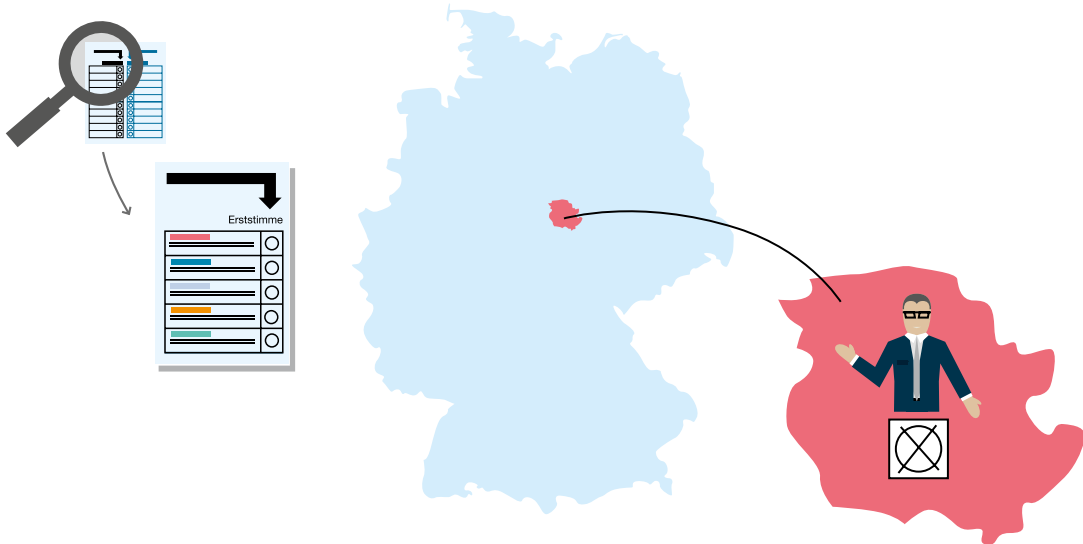
In Deutschland gab es von 1933 bis 1945 eine Diktatur. Die Nationalsozialisten und ihr „Führer“ Adolf Hitler hatten allein die Macht. Sie haben sehr viele Menschen umbringen lassen.

Als Beispiel für die Diktatur einer Partei kann man die [Deutsche Demokratische Republik](#), die DDR, nennen. Die Partei, die bestimmte, war die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die SED. Deshalb spricht man von der SED-Diktatur. In der DDR gab es zum Beispiel keine demokratischen Wahlen, keinen [Rechtsstaat](#) und keine [Meinungsfreiheit](#).

Direktkandidat/Direktkandidatin

Direktkandidaten sind Kandidaten in einem Wahlkreis. Die Kandidaten möchten in das Parlament gewählt werden. Der Direktkandidat mit den meisten Stimmen ist direkt im Parlament. Direktkandidaten können Frauen, Männer oder andere Menschen sein.

Es gibt verschiedene politische Wahlen. Zum Beispiel werden der Bundestag und die Landtage gewählt. Bei vielen dieser Wahlen können die Bürger und Bürgerinnen eine Person wählen, die ihren Wahlkreis im Parlament vertritt.



Bei den Wahlen bewerben sich mehrere Personen für die Aufgabe. Ein anderes Wort für ‚sich bewerben‘ ist kandidieren. Deshalb heißen diese Personen auch Kandidaten oder Kandidatinnen. Der Kandidat oder die Kandidatin mit den meisten Stimmen wird Abgeordneter oder Abgeordnete im Parlament. Man nennt sie Wahlkreisabgeordnete.

Die Bürger und Bürgerinnen wählen Wahlkreisabgeordnete direkt. Ein Kandidat, den Bürger und Bürgerinnen in einem Wahlkreis gewählt haben, kommt direkt in den Bundestag oder den Landtag. Es ist egal, wie viel Stimmen die Partei des Kandidaten bekommen hat. Deswegen heißen die Wahlkreiskandidaten auch Direktkandidaten.

Aus jedem Wahlkreis gibt es einen Direktkandidaten. So sind die Bürger und Bürgerinnen aus jeder Region im Parlament vertreten.

Diskriminierung

Diskriminierung bedeutet die Benachteiligung, Abwertung, Verletzung und Ausgrenzung von einzelnen Personen oder Gruppen.

Oft werden Menschen als Gruppen gesehen. Zum Beispiel als Juden, Schwarze, Muslime oder Sinti und Roma. Gehört jemand zu dieser Gruppe, kann das ein Grund für Diskriminierung sein.

Sinti und Roma sind eine Gruppe von Menschen, die schon lange in Deutschland leben und oft Diskriminierung erfahren. Ein diskriminierendes Wort für Sinti und Roma ist „Zigeuner“. Deshalb ist das Wort in Anführungsstrichen und wir benutzen im Artikel das Wortpaar Sinti und Roma.

Grund für die Diskriminierung kann auch ein bestimmtes Merkmal sein. Zum Beispiel eine Behinderung, das Geschlecht oder eine psychische Krankheit. Auch eine bestimmte Hautfarbe, ein bestimmter Name oder eine bestimmte Haarfarbe kann Grund für Diskriminierung sein. Wer diskriminiert, beachtet nicht die Persönlichkeit des einzelnen Menschen.

Er oder sie denkt dann:

- Jemand gehört zum Beispiel zu den Juden, Muslimen, Sinti und Roma, zu den Frauen oder zu den Schwarzen.
- Dann muss die Person auch bestimmte schlechte Eigenschaften haben. Oder dann müssen auch bestimmte Vorurteile gelten.
- Dann ist die Person weniger wert.

Diskriminierung hat bestimmte Folgen.

Hier sind einige Beispiele:

- Die Person bekommt keinen Arbeitsplatz oder schlechter eine Wohnung.
- Sie verdient vielleicht weniger Geld oder bekommt schlechtere Noten in der Schule.

- Vielleicht findet sie schlechter Freunde und Freundinnen oder jemanden zum Reden.
- Die Person erlebt vielleicht Gewalt, wird beschimpft, geschlagen oder sogar ermordet.

Diskriminierung kann also sehr unterschiedlich sein. Diskriminierung zum Beispiel aufgrund der Hautfarbe, des Namens oder der Herkunft heißt [Rassismus](#). Diskriminierung aufgrund des Geschlechts heißt [Sexismus](#). Auch Juden und Jüdinnen werden häufig diskriminiert. Die Feindschaft gegen Juden und Jüdinnen heißt [Antisemitismus](#).

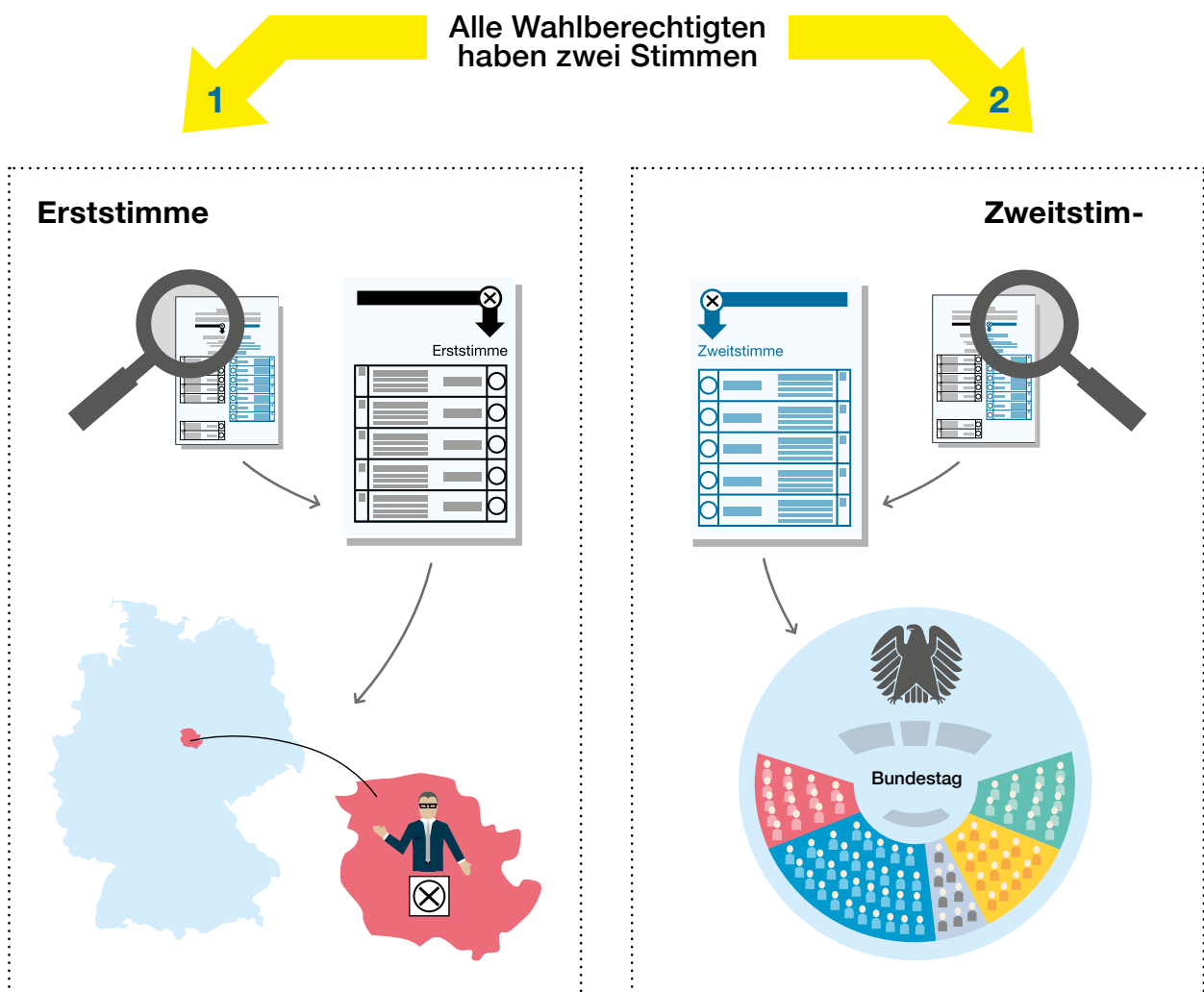
Oft ist Diskriminierung verletzend. Betroffene Personen fühlen sich abgewertet. Und sie fühlen sich unerwünscht und ausgeschlossen. Das kann traurig oder wütend machen.

Erststimme

Wählerinnen und Wähler wählen mit der Erststimme eine Person aus ihrem Wahlkreis.

Es gibt verschiedene Regeln für die Organisation von Wahlen. Bei vielen politischen Wahlen in Deutschland werden ähnliche Regeln benutzt. Zum Beispiel sind die Regeln bei der Bundestagswahl und den Landtagswahlen in manchen Bundesländern ähnlich. Bei diesen Wahlen haben die Wähler und Wählerinnen eine Erststimme und eine Zweitstimme.

Es gibt aber auch andere Regeln für Wahlen: Im Bundesland Saarland oder bei der Europawahl haben die Wähler und Wählerinnen nur eine Stimme. Sie können trotzdem gleich viel mitentscheiden.



Bei Wahlen mit einer Erststimme und einer Zweitstimme wird mit der Erststimme eine Person aus dem Wahlkreis gewählt. Diese Person soll ihren Wohnort im [Parlament](#) vertreten. Meistens schlagen die [Parteien](#) diese Personen vor.

Die Person mit den meisten Stimmen in einem Wahlkreis, wird [Abgeordneter](#) im Parlament. Man nennt sie [Direktkandidaten](#). Aus jedem Wahlkreis kommt mindestens ein Abgeordneter ins Parlament. Dadurch ist jede Region im Parlament vertreten. Dafür ist die Erststimme wichtig.

EU-Mitgliedstaaten

EU-Mitgliedstaaten sind alle Staaten, die Teil der Europäischen Union sind.

In Europa gibt es eine besondere Gemeinschaft: die Europäische Union. Statt Europäische Union zu sagen, kann man auch die Abkürzung „EU“ verwenden. Staaten in der EU heißen EU-Mitgliedstaaten.

Diese Staaten und ihre Bürger und Bürgerinnen gehören zur EU:

- Belgien
- Bulgarien
- Dänemark
- Deutschland
- Estland
- Finnland
- Frankreich
- Griechenland
- Niederlande
- Italien
- Irland
- Kroatien
- Lettland
- Litauen
- Luxemburg
- Malta
- Österreich
- Polen
- Portugal
- Rumänien
- Schweden
- Slowakei
- Slowenien
- Spanien
- Tschechien
- Ungarn
- Zypern

Die Zahl der Mitglieder der EU ist nicht endgültig festgelegt. Serbien möchte zum Beispiel gerne Mitglied der EU werden.

Es kann auch passieren, dass ein Staat die EU verlässt. Großbritannien hat zum Beispiel Ende Januar 2020 die EU verlassen. Großbritannien ist ein Name, den die meisten benutzen, wenn sie das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland meinen. Das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland besteht aus England, Schottland, Wales und Nordirland.

Im Juni 2016 haben die [Bürger und Bürgerinnen](#) von Großbritannien über die Frage abgestimmt: „Soll Großbritannien die EU verlassen oder soll es in der EU bleiben?“ Das Ergebnis war: „Großbritannien soll die EU verlassen.“

Ende Januar 2020 ist Großbritannien aus der EU ausgetreten. Seit 1. Februar 2020 hat die EU 27 Mitglieder.



Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (2021).

Euro

Der Euro ist die Währung für viele Staaten der Europäischen Union.

19 Staaten der Europäischen Union haben das gleiche Geld. Man sagt auch, sie haben dieselbe Währung. Diese Währung heißt Euro. Deutschland hat auch den Euro. Seit 2002 gibt es Euromünzen und Euroscheine.

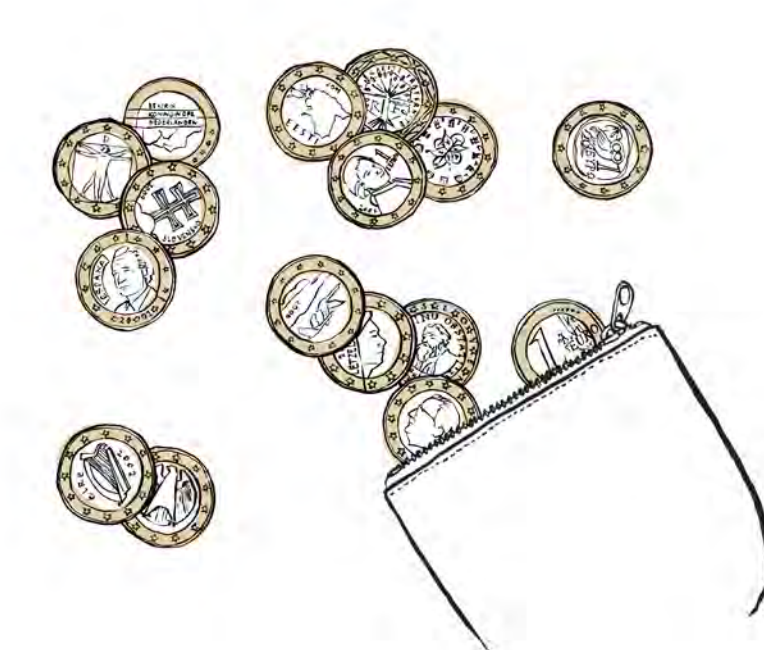
Wenn man in diesen Staaten Urlaub macht, muss man kein Geld wechseln. Ein Deutscher macht zum Beispiel Urlaub in Frankreich. Er kann dort mit dem Euro bezahlen wie in Deutschland.

In einigen Staaten der EU gibt es den Euro nicht. Wenn Sie zum Beispiel nach Schweden reisen, brauchen Sie schwedische Kronen. Das ist die Währung in Schweden.

Der Euro macht auch den Handel in der EU einfacher. Nehmen wir als ein Beispiel eine Firma, die in Deutschland Möbel baut. Sie kauft Holz aus Finnland und bezahlt das Holz mit Euro. Die Firma verkauft die hergestellten Möbel nach Italien. Sie bekommt für die Möbel von den Käufern Euro.

Das Kaufen und Verkaufen ist leichter, weil die Firma nicht Geld wechseln muss.

Weil fast alle das gleiche Geld haben, gibt es bestimmte Regeln in der Europäischen Union. Kein Staat darf zum Beispiel zu viele Schulden machen.



Europäische Kommission

Die Europäische Kommission ist die Verwaltung der Europäischen Union.

Die Europäische Kommission ist eine wichtige Einrichtung der Europäischen Union. Die Abkürzung für „Europäische Union“ ist EU. Die Europäische Kommission achtet darauf, dass sich alle Staaten an die Regeln der EU halten. Deshalb nennt man die Europäische Kommission auch die „Hüterin der Verträge“.

Die Europäische Kommission macht Vorschläge für neue Gesetze in der EU. Deswegen sagt man auch, dass die Kommission der „Motor“ der EU ist. Die Europäische Kommission achtet darauf, dass die Staaten der EU Probleme gemeinsam lösen.

Der Chef oder die Chefin der Europäischen Kommission heißt auch Präsident oder Präsidentin der Europäischen Kommission. Die Staats- und Regierungschefs bestimmen eine Person und das Europäische Parlament stimmt dann über den Vorschlag ab.

In der Europäischen Kommission arbeiten viele Menschen. Diese kommen aus allen Staaten der Europäischen Union. Die Mitglieder der Europäischen Kommission heißen Kommissare und Kommissarinnen. Aus jedem EU-Staat kommt ein Kommissar oder eine Kommissarin. Die Regierungen schlagen Personen vor, die Kommissar werden sollen. Aber der Europäische Rat und das Europäische Parlament entscheiden, wer Kommissar wird. Die Regierungen allein dürfen es nicht entscheiden.

Die Kommissare und Kommissarinnen und der Präsident der Europäischen Kommission arbeiten nicht für einen einzelnen EU-Staat. Sie arbeiten für die gesamte EU. Sie setzen sich für die Interessen der gesamten EU ein. Deshalb setzt sich häufig die Europäische Kommission für die gemeinsamen Interessen der EU ein und verteidigt die europäischen Werte.

Europäische Union

Die Europäische Union ist ein Zusammenschluss von europäischen Staaten. 2021 sind 27 Staaten Mitglied der Europäischen Union.

Deutschland ist ein Staat. Der offizielle Name ist [Bundesrepublik Deutschland](#). Frankreich und Italien sind auch Staaten. Frankreich, Deutschland, Italien und andere Staaten in Europa haben sich zusammengeschlossen.

Ein Zusammenschluss von mehreren Staaten heißt Union.

Der Zusammenschluss der Staaten in Europa heißt Europäische Union.

Man kann auch EU sagen.

Der Zusammenschluss hat Vorteile für die Staaten. Durch die Zusammenarbeit können sie Probleme besser lösen. Und sie können gemeinsam Ziele besser erreichen.

Gründung der EU

Im Zweiten Weltkrieg sind über 60 Millionen Menschen gestorben.

Viele Städte in Europa wurden zerstört. In den Staaten Europas dachten viele Menschen: „So etwas soll **nie wieder** passieren.“

Das war ein wichtiger Grund, warum sich mehrere europäische Staaten zusammengeschlossen haben. Die ersten Staaten waren: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande.

Noch nie gab es zwischen diesen Staaten eine so lange Zeit Frieden. Seit über 70 Jahren ist Frieden zwischen den EU-Staaten. Aber schon in der Nachbarschaft der EU sterben Menschen durch Waffen, zum Beispiel in der Ukraine oder in Syrien.

Ein anderer wichtiger Grund für den Zusammenschluss der EU-Staaten war: Die Staaten wollten in der Wirtschaft enger zusammenarbeiten.

Zusammenwachsen von Wirtschaft und Menschen

Heute arbeiten die EU-Staaten sehr eng in der Wirtschaft zusammen. Viele Sachen, die in Deutschland hergestellt werden, werden in andere EU-Staaten verkauft, zum Beispiel nach Italien oder Polen. In Deutschland werden Sachen verkauft, die in Italien oder Polen oder anderen EU-Staaten hergestellt wurden. Durch die Zusammenarbeit wachsen die Wirtschaft und der Wohlstand.

Menschen aus Deutschland arbeiten in anderen EU-Staaten. Menschen aus anderen EU-Staaten arbeiten in Deutschland. In der Wirtschaft und in vielen anderen Lebensbereichen sind so die Staaten eng miteinander verbunden. Auch deshalb halten die EU-Staaten Frieden untereinander.

Die EU ist wie eine Baustelle, auf der Handwerker arbeiten. Ein Handwerker kann allein auf der Baustelle arbeiten. Wenn aber viele Handwerker zusammenarbeiten, schaffen sie gemeinsam mehr. Sie können zum Beispiel gemeinsam schwere Sachen tragen. Viele Arbeiten auf der Baustelle funktionieren gemeinsam besser.

Auch die Staaten der EU wollen zusammenarbeiten, damit es ihnen besser geht. Der Zusammenschluss hilft den Staaten und den Bürgern und Bürgerinnen, die dort leben. Die Staaten haben deshalb gemeinsame Ziele vereinbart. Sie wollen zum Beispiel den Frieden sichern und in der Wirtschaft zusammenarbeiten.



Europäischer Gerichtshof

Der Europäische Gerichtshof ist das höchste Gericht in der Europäischen Union.

Der Gerichtshof der Europäischen Union trifft seine Entscheidungen auf der Grundlage des Europarechts. Europarecht sind die Regeln, die für alle Staaten der Europäischen Union gelten.

Staaten der Europäischen Union können sich an den Europäischen Gerichtshof wenden, damit ein Streit entschieden wird. Wenn zum Beispiel ein Staat der EU sich mit einem anderen streitet, dann kann der europäische Gerichtshof über den Streit eine Entscheidung treffen. Der Europäischen Gerichtshof entscheidet dann, ob einer der Staaten das Europarecht nicht beachtet hat.

Aber auch ein Bürger oder eine Bürgerin der EU kann sich an den Europäischen Gerichtshof wenden. Vielleicht ist eine Bürgerin überzeugt, dass die Europäische Union in ihrem Fall gegen das Europarecht verstoßen hat. Dann kann sie sich beim Europäischen Gerichtshof beschweren. Wer sich an den Europäischen Gerichtshof wendet, muss einige Regeln beachten.

Der Europäischen Gerichtshof ist in Luxemburg. Die Stadt Luxemburg ist die Hauptstadt des Staates Luxemburg. Aus jedem Staat der EU gehört ein Richter oder eine Richterin zum Europäischen Gerichtshof.



Europäischer Rat

Der Europäische Rat ist das Treffen von den Staatschefs und Regierungschefs und -chefinnen der [Europäischen Union](#). Er entscheidet über Ziele und wichtige Themen der EU.

In der EU gibt es zwei Räte mit einem sehr ähnlichen Namen.

Die beiden Räte heißen:

- der Europäische Rat,
- der Rat der Europäischen Union.

In den beiden Räten sind die Vertreter und Vertreterinnen der Regierungen der EU-Staaten. Im Europäischen Rat treffen sich die Männer und Frauen, die die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten sind. Im Rat der Europäischen Union treffen sich die Minister und Ministerinnen der EU-Staaten. Er wird deshalb auch [Ministerrat](#) genannt.

Der Europäische Rat ist also der Rat, in dem die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten zusammenarbeiten. Zum Beispiel die Bundeskanzlerin von Deutschland und der Präsident von Frankreich. Beide sind mit den anderen Staatschefs und Regierungschefs der EU-Staaten im Europäischen Rat.

Der Europäische Rat trifft sich in Brüssel. Brüssel ist eine Stadt in Belgien. In Brüssel sind die meisten Einrichtungen der EU. Der Europäische Rat entscheidet über die Ziele in der EU. Der Europäische Rat entscheidet, welche Themen in der EU wichtig sind.

Der Europäische Rat wählt den Präsidenten oder die Präsidentin des Europäischen Rates.

Mindestens viermal im Jahr treffen sich die Staatschefs und Regierungschefs und -chefinnen. Bei dem Treffen ist auch immer der Präsident der Europäischen Kommission dabei.

Der Europäische Rat hat auch einen Chef. Er leitet die Sitzungen.

Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament ist die Vertretung der Bürger und Bürgerinnen der Europäischen Union.

In der EU wird über viele Fragen entschieden. Die Bürger und Bürgerinnen in Europa können diese nicht alle miteinander beraten und entscheiden.

Darum wählen die Bürger und Bürgerinnen Abgeordnete. Die Abgeordneten vertreten die Bürger und Bürgerinnen im Europäischen Parlament.



Europäisches Parlament

Die Abgeordneten zusammen sind das **Europäische Parlament**. Aus jedem Land gibt es Abgeordnete. Kleinere Staaten senden weniger Abgeordnete. Größere Staaten senden mehr Abgeordnete. Aus Deutschland gibt es 96 Abgeordnete. Deutschland schickt die meisten Abgeordneten nach Straßburg. Deutschland ist das größte Land der EU. Aus allen Ländern zusammen sind über 700 Abgeordnete im Europäischen Parlament.

Das Europäische Parlament trifft sich in Straßburg und Brüssel. Straßburg ist eine Stadt in Frankreich. Brüssel ist die Hauptstadt von Belgien.

Die Bürger und Bürgerinnen der EU-Staaten wählen das Europäische Parlament. Die Wahl ist alle 5 Jahre.

Das macht das Europäische Parlament

- Es entscheidet mit dem [Ministerrat](#) über Gesetze in der EU.
 - Es muss zustimmen, wenn die EU einen Vertrag mit einem Staat schließen will, zum Beispiel mit den USA.
 - Es entscheidet über das Geld in der EU mit.
 - Es prüft, ob sich die EU beim Geldausgeben an die Regeln hält.
 - Es kontrolliert die Arbeit der [Europäischen Kommission](#).
- Die Europäische Kommission ist auch eine Einrichtung der EU.

Das Europäische Parlament ist für viele Menschen weit weg. Deshalb gibt es in jedem Staat **Verbindungsbüros zum Europäischen Parlament**.

Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dort beantworten Fragen zur Arbeit des Parlaments. Die deutschen Verbindungsbüros sind in Berlin und München.

Die Bürger und Bürgerinnen können den Abgeordneten aus ihrem Land schreiben. Die Adressen sagen Ihnen auch die deutschen Büros des Europäischen Parlaments.

Oder sie können mit den Abgeordneten reden. Die Parteien haben Bürgerbüros. Viele Europaabgeordnete laden Bürger und Bürgerinnen dorthin ein, um mit ihnen zu sprechen. Sie können in einem Parteibüro in ihrer Nähe nach den Sprechzeiten fragen.

Europawahl

Bei der Europawahl wählen die **Bürger und Bürgerinnen** das **Europäische Parlament**.

Alle 5 Jahre wählen die Bürger und Bürgerinnen der **Europäischen Union** ein neues Europäisches Parlament. Das nennt man Europawahl. Alle, die wählen gehen, entscheiden mit, wer die Bürger und Bürgerinnen im Europäischen Parlament vertritt.

Gewählt wird in allen **Staaten** der Europäischen Union. Die Europäische Union wird auch EU genannt. Die Regeln für die **Wahlen** sind in jedem Staat unterschiedlich. Mehr Informationen zur Europawahl in Deutschland gibt es auf der Internetseiten oder dem PDF **einfach Politik: Europa wählt** (www.bpb.de/einfach-fuer-alle).

In allen EU-Staaten gilt: Die Europawahlen sind allgemein, frei, geheim und direkt.

Allgemein bedeutet:

Alle EU-Bürger und EU-Bürgerinnen dürfen wählen, wenn sie alt genug sind. In fast allen Staaten gilt: Man muss 18 Jahre sein, um wählen zu dürfen. In Österreich darf man auch schon wählen, wenn man 16 Jahre alt ist.

Frei bedeutet:

Auf die Wähler und Wählerinnen darf kein Druck ausgeübt werden. Jeder darf frei entscheiden, was er oder sie wählt. Und es muss mehr als eine **Partei** oder mehr als ein **Kandidat** zur Wahl stehen.

Geheim bedeutet:

Nur die Wähler und Wählerinnen wissen, wen sie gewählt haben. Niemand darf bei der Wahl zuschauen. Niemand darf überprüfen, wen der Wähler oder die Wählerin gewählt hat. Der Wähler oder die Wählerin muss niemandem verraten, wen er oder sie gewählt hat.

Direkt bedeutet:

Man wählt eine Partei oder einen Kandidaten direkt. Man wählt keine Person, die dann für einen einen Kandidaten oder eine Partei wählt.

Es gibt auch Unterschiede zwischen den EU-Staaten bei den Europawahlen. Die Staaten dürfen zum Beispiel selbst entscheiden, wie alt ein Kandidat oder eine Kandidatin sein muss. Sie entscheiden auch, an welchem Wochentag die Wahl stattfindet. In Deutschland ist die Wahl an einem Sonntag. In Irland ist die Wahl an einem Freitag. Darum dauert die Europawahl mehrere Tage. Erst am Ende der Woche steht das Ergebnis fest.

Jeder Staat sendet eine bestimmte Anzahl von [Abgeordneten](#) in das Europäische Parlament. Staaten mit mehr Einwohnern senden mehr Abgeordnete. Staaten mit weniger Einwohnern senden weniger Abgeordnete.

Wähler und Wählerinnen bestimmen, wie viele Abgeordnete aus welchen Parteien kommen. Die Parteien mit den meisten Stimmen in ihrem Staat senden die meisten Abgeordneten. Parteien mit weniger Stimmen senden weniger Abgeordnete.

Die Abgeordneten schließen sich im Europäischen Parlament zu Gruppen zusammen. Diese Gruppen nennt man [Fraktionen](#).

In den Fraktionen im Europäischen Parlament sind Abgeordnete von unterschiedlichen Parteien aus mehreren Staaten. Die Abgeordneten der Parteien überlegen, mit welchen anderen Abgeordneten sie gut zusammenarbeiten können. Manche Parteien unterschiedlicher Staaten arbeiten schon lange zusammen.

Das Europäische Parlament möchte, dass Abgeordnete unterschiedlicher Staaten zusammenarbeiten. Die Abgeordneten diskutieren dann mehr darüber, was für die gesamte Europäische Union gut ist. Und sie diskutieren weniger über Vorteile für einen einzelnen Staat.

Wenn Abgeordnete aus vielen Staaten zusammenarbeiten, können sie die Probleme der anderen Staaten besser verstehen. Deshalb gibt es auch die Regel, dass zu einer Fraktion im Europäischen Parlament

Abgeordnete aus mindestens sieben EU-Staaten gehören müssen.

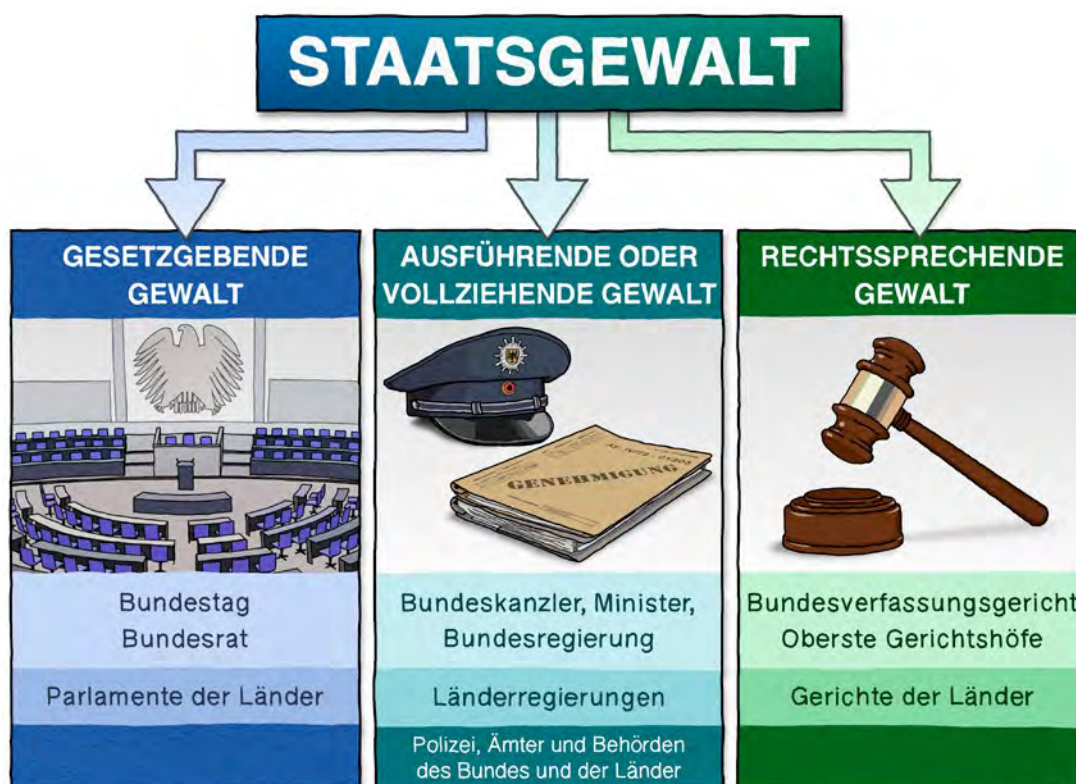
Zusammen versuchen die Abgeordneten einer Fraktion, die Ziele ihrer Parteien im Parlament durchzusetzen.

Exekutive

Der Begriff Exekutive kommt aus der lateinischen Sprache. Er bedeutet „ausführen“. Die Exekutive führt aus, was in Gesetzen steht. Andere Namen für „Exekutive“ sind „ausführende Gewalt“ oder „vollziehende Gewalt“.

Die Exekutive ist eine von drei Gewalten, die es in einem Staat mit Gewaltenteilung gibt.

Zur Exekutive gehört die Regierungen eines Staates. Die Regierung ist Chefin der Exekutive eines Staates. Zur Exekutive gehören zum Beispiel auch die Beamten und Beamtinnen in den Ämtern und auch die Polizei.



Illustrator: Andreas Thiel, © bpb

Fake News

Der Begriff „Fake News“ kommt aus der englischen Sprache und bedeutet gefälschte Nachrichten.

„Fake“ heißt „falsch“ oder „gefälscht“, das Wort „News“ heißt „Nachrichten“. Der Begriff Fake News bedeutet also „gefälschte Nachrichten“. Anders ausgedrückt: Fake News sind erfundene Nachrichten.

Manchmal ist ein Teil der Nachricht wahr. Ein anderer Teil ist aber erfunden. Die Nachricht bekommt so eine neue, falsche Bedeutung. Die ganze Nachricht stimmt dann nicht. Solche Nachrichten nennt man dann auch Fake News.

Auch Bilder kann man fälschen.

Im Internet gibt es häufig gefälschte Nachrichten. Und es finden sich dort auch gefälschte Bilder. Gefälschte Nachrichten oder Bilder werden auch in sozialen Netzwerken, zum Beispiel auf Facebook oder Twitter, verbreitet.

Es gibt unterschiedliche Gründe, warum Menschen Fake News schreiben und verbreiten. Manche Menschen erfinden **Fake News aus Hass**. Sie wollen dadurch andere Personen beleidigen und ausschließen. Manchmal wollen Menschen durch Fake News auch **politische Meinungen verändern**.

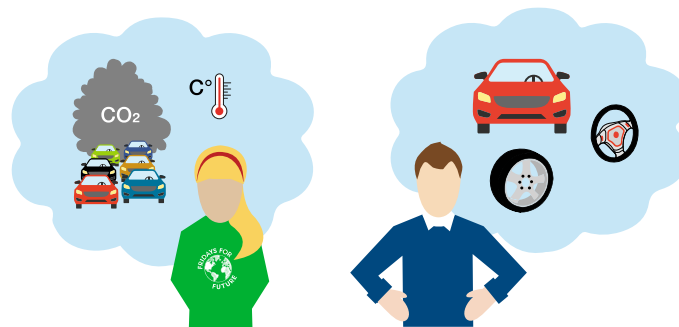
In einer [Demokratie](#) darf jeder seine Meinung offen sagen. Und jeder kann versuchen, andere Menschen von seiner Meinung zu überzeugen. Wer Fake News verbreitet, will seine eigene Meinung aber mit Lügen verbreiten. Das ist für eine Demokratie gefährlich.

Manche Menschen erstellen Fake News, **um Geld zu verdienen**.

Filterblase

Soziale Netzwerke sind so eingestellt, dass man sie gerne benutzt. Nutzerinnen und Nutzer sehen deshalb immer wieder ähnliche Sachen, wie sie sich vorher angesehen haben. Sie finden diese Sachen dann wahrscheinlich auch interessant. Menschen bekommen deshalb häufig Texte, Bilder oder Videos mit ähnlichen Inhalten angezeigt. Die Inhalte werden also ausgesucht, man kann auch sagen: Die Inhalte werden gefiltert. Der Filter der Webseite schafft sozusagen eine Blase. Dies nennt man „die Filterblase“.

Zwei Personen sehen in demselben [sozialen Netzwerk](#) ganz unterschiedliche Inhalte. Es gibt einen [Algorithmus](#), der entscheidet, welche Webseiten ein soziales Netzwerk einer Person anzeigt. Dieser Algorithmus rechnet aus, für welche Themen sich diese Person interessieren könnte.



Zum Beispiel ruft eine Person Angebote, Texte oder Webseiten zum [Klimawandel](#) oft auf. Deswegen bewertet der Algorithmus Angebote zum Klimawandel als besonders wichtig für diese Person. So bekommt sie auch häufig diese Webseiten angezeigt.

Diese Person bekommt vielleicht zusätzlich Artikel angezeigt, die andere Nutzer und Nutzerinnen mit demselben Alter interessieren. Oder sie bekommt Artikel angezeigt, die Menschen mit dem gleichen Geschlecht oder einer ähnlichen politischen Meinung aufgerufen haben.

Also sieht die Person nur bestimmte, vielleicht ähnliche Angebote, Texte oder Webseiten zu einem Thema. Es ist wie in einer kleinen Blase.

Andere Angebote, Texte oder Webseiten werden dieser Person also gar nicht angezeigt. Texte mit anderer Meinung sieht diese Person dann auch nicht.

Flüchtling

Flüchtlinge sind Menschen, die ihre Heimat verlassen, weil sie Angst um ihr Leben haben.

Flüchtlinge haben keine Hoffnung mehr auf ein menschenwürdiges Leben in ihrer Heimat.

Das bedeutet:

- Sie haben Angst, in ihrem Land nicht sicher leben zu können.
- Sie sind dort nicht gut versorgt.
- Ihnen fehlen zum Beispiel Essen, Trinken und Medizin.

Flüchtlinge sind auch Mütter oder Väter, Köche oder Lehrerinnen.

Die Flucht ist nur ein Teil ihres Lebens. Manche sagen deshalb: Es ist besser, [Geflüchtete](#) zu sagen als Flüchtlinge.

Flüchtlinge möchten ihre Heimat nicht verlassen. Sie sehen aber keine andere Möglichkeit.



Die meisten Menschen fliehen,

- weil in ihrer Heimat Krieg ist,
- weil sie in ihrer Heimat wegen ihrer Hautfarbe oder
- ihres Geschlechtes,
- ihrer politischen Ansicht oder
- ihrer Religion verfolgt werden.

Es gibt noch andere Gründe für Flucht:

- Hunger und Armut,
- Erdbeben oder Überschwemmungen.

Manche Menschen gehen auch freiwillig. Diese Menschen nennt man nicht Flüchtlinge. Sie heißen **Migranten**.

Auf der ganzen Welt waren im Jahr 2020 mehr als 82 Millionen Menschen auf der Flucht. Zum Vergleich: Deutschland hat 83 Millionen Einwohner.

Die meisten Flüchtlinge bleiben in ihrem Heimatland. Sie ziehen in ihrem Land an einen sicheren Ort. Diese Flüchtlinge heißen auch **Binnenflüchtlinge**.

Die anderen Flüchtlinge verlassen ihr Heimatland. Sie ziehen meistens in ein Nachbarland ihres Heimatlandes. Viele ziehen dort in ein **Flüchtlingslager**.

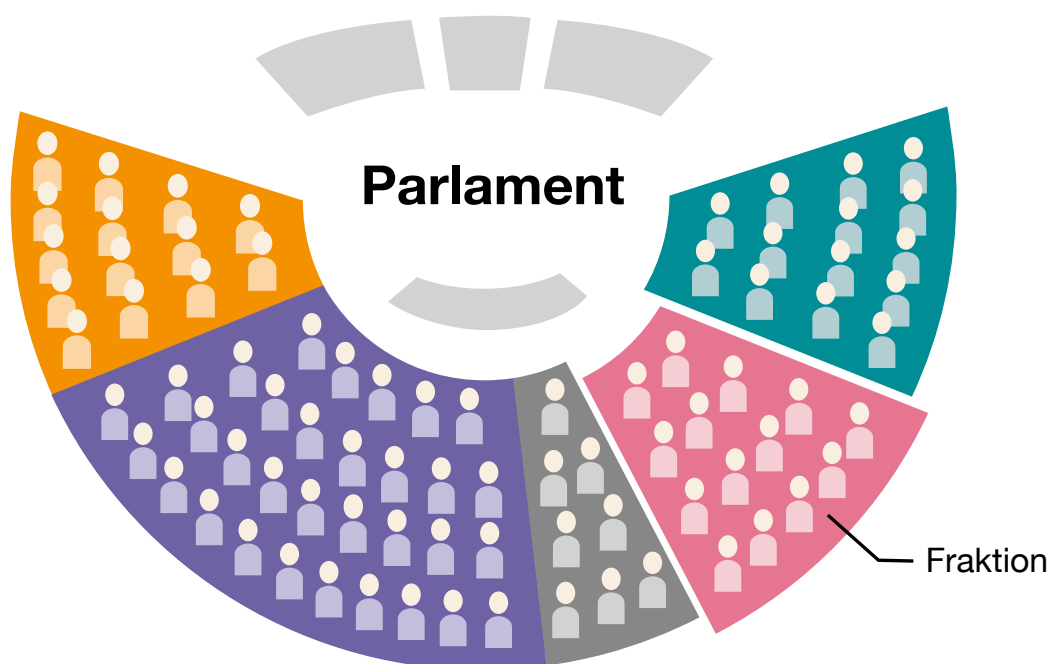
Nur ein sehr kleiner Teil der Flüchtlinge kommt nach Europa oder nach Deutschland.

Fraktion

Eine Fraktion ist ein Zusammenschluss von **Abgeordneten** aus der gleichen Partei oder von Abgeordneten mit ähnlichen Zielen.

Nach einer **Wahl** bilden sich Fraktionen im **Parlament**. In einer Fraktion sind Abgeordnete aus einer **Partei** oder Abgeordnete mit ähnlichen Zielen. Eine Fraktion arbeitet in einem Parlament zusammen. Sie möchte die Ziele ihrer Mitglieder durchsetzen.

Mehrere Fraktionen können zusammen eine **Koalition** bilden.



Frauenwahlrecht

Frauenwahlrecht ist das Recht von Frauen, wählen zu dürfen und gewählt zu werden.

Das Recht an einer Wahl teilzunehmen, ist ein Grundrecht. Jeder erwachsene deutsche Bürger und jede erwachsene deutsche Bürgerin dürfen wählen. Das war nicht immer so.

In Deutschland haben Frauen erst seit 1918 das Wahlrecht. Erst seit 1918 dürfen Frauen wählen und gewählt werden. Für eine lange Zeit durften Frauen auf der ganzen Welt nicht wählen.



Marke zum Kleben des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht, ca. 1909.

Viele Frauen haben auf der ganzen Welt für das aktive und passive Wahlrecht gekämpft.

Aktives Wahlrecht bedeutet:

Eine Person darf wählen gehen und ihre Stimme abgeben. Das aktive Wahlrecht heißt deshalb auch Stimmrecht.

Passives Wahlrecht bedeutet:

Eine Person kann bei einer Wahl gewählt werden. Sie kann Kandidat oder Kandidatin werden.

Vor über 150 Jahren haben Frauen angefangen für ihr Wahlrecht zu kämpfen. Seitdem haben Frauen in immer mehr Ländern der Welt für ihr Wahlrecht gekämpft.

Neuseeland war das erste Land, in dem Frauen wählen gehen durften. Sie dürfen dort seit 1893 wählen gehen. Seit 1919 dürfen Frauen in Neuseeland auch gewählt werden.

Seit 1902 haben Frauen auch in Australien das Wahlrecht.

Finnland war das erste Land in Europa, in dem es das Frauenwahlrecht gab. In Finnland haben Frauen seit 1906 das Wahlrecht.

In Deutschland haben Frauen seit 1918 das Wahlrecht. Bis dahin war es ein langer Weg.

Die Geschichte des Frauenwahlrechts

Vor ungefähr 200 Jahren war es in Deutschland selbstverständlich, dass Frauen sich allein um die Kinder und den Haushalt kümmern. Es war auch selbstverständlich, dass Frauen sich politisch nicht einmischen und nicht mitentscheiden.

Sie durften zum Beispiel nicht wählen und nicht gewählt werden. Auch öffentlich die eigene Meinung zu sagen, war für Frauen nicht selbstverständlich. Die meisten Menschen dachten, das ist die Aufgabe von Männern.

Einige Frauen wollten das ändern.

Im 19. Jahrhundert bildete sich eine starke Frauenbewegung in vielen Ländern. Das 19. Jahrhundert sind die Jahre 1800–1899. In vielen Ländern forderten die Frauen mehr Gleichberechtigung. Dazu gehörte auch Gleichberechtigung bei Wahlen. Gleichberechtigung bedeutet, Frauen und Männer haben die gleichen Rechte.

In Zeitungen wurden Texte veröffentlicht, die das Frauenwahlrecht forderten. Immer mehr Frauen schlossen sich zusammen. Sie gründeten Frauenvereine in vielen Ländern. Sie kämpften gemeinsam für das Wahlrecht.

Der Kampf für das Wahlrecht war überall etwas unterschiedlich. In Deutschland wurden Vorträge gehalten, Artikel geschrieben und Flugblätter verteilt.

Außerdem gab es Versammlungen und [Petitionen](#). So wollten die Frauen viele Menschen vom Frauenwahlrecht überzeugen.

In England gab es auch Versammlungen. Es gab aber auch mehr [Demonstrationen](#) und Proteste als in Deutschland. Dabei wurden zum Beispiel Fenster eingeschlagen und Brände gelegt.

So wollten die Frauen in England auf die schlechte Situation von Frauen aufmerksam machen.

Die Bewegung wurde immer größer. Frauen aus einigen Ländern der Welt fanden sich zusammen. 1904 versammelten sich zum Beispiel über 1000 Frauen in Berlin.

Sie diskutierten dort zum Beispiel über

- Bildung für Frauen,
- Arbeit und Berufe für Frauen und
- die Rechte der Frauen in den Gesetzen.

Sie gründeten dort den Weltverband für Frauenstimmrechte. Die Frauen versuchten viele Menschen vom Wahlrecht für Frauen zu überzeugen.

1914 begann der 1. Weltkrieg. Während des Krieges war der Kampf für das Frauenwahlrecht fast vergessen. 1917 hielt der deutsche Kaiser eine Rede. Dabei ging es auch um das Wahlrecht. Aber der Kaiser sprach nicht über das Frauenwahlrecht. Viele Menschen waren darüber wütend.

Viele Frauenvereine und Gruppen kamen jetzt wieder zusammen. Auch in Deutschland gingen die Frauen jetzt auf die Straße. Es gab Demonstrationen und Kundgebungen.

Der Krieg endete 1918. Der Kaiser wurde gestürzt und musste das Land verlassen. Ein Ergebnis der Novemberrevolution 1918 in Deutschland war, dass Deutschland keine Monarchie mehr war und es keinen Kaiser mehr gab.

Deutschland wurde eine [Demokratie](#) und führte auch das Frauenwahlrecht ein. Im Januar 1919 durften Frauen ab 20 Jahren in Deutschland zum ersten Mal wählen und gewählt werden.

Nach dem 1. Weltkrieg gab es in vielen anderen Ländern neue Regeln und [Gesetze](#). Es gab dann auch das Frauenwahlrecht. Zum Beispiel in: Ungarn,

Kanada, den USA und den Niederlanden. Seitdem haben immer mehr Länder das Frauenwahlrecht eingeführt.

Das war ein wichtiger Schritt zur gesetzlichen Gleichstellung von Frauen.

Heute sind in Deutschland Frauen gesetzlich gleichgestellt. Das bedeutet, dass Frauen und Männer die gleichen Rechte haben.



Bundeskanzlerin Angela Merkel, Franziska Giffey und andere 2018 bei einem Festakt zu 100 Jahre Frauenwahlrecht.

In Artikel 3 des [Grundgesetzes](#) steht:

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Gleichberechtigung von Frauen ist aber noch nicht überall erreicht. Bis dahin ist es noch ein langer Weg.

Fünf-Prozent-Hürde

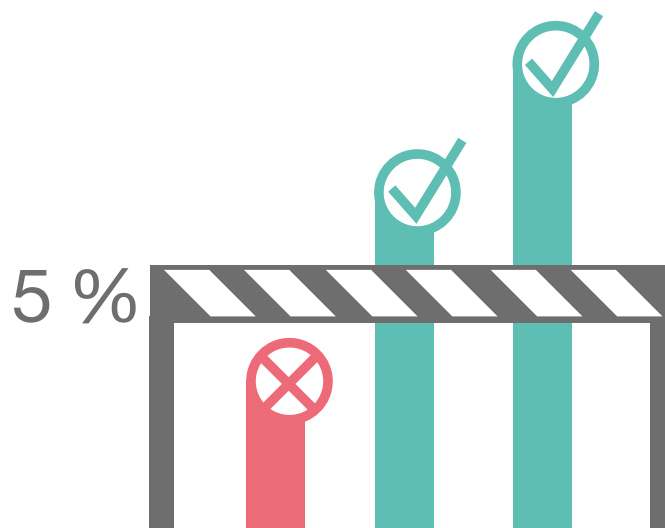
Bei einigen Wahlen in Deutschland, zum Beispiel bei der **Bundestagswahl**, gibt es für Parteien eine Hürde: Hat eine **Partei** bei einer Wahl nicht 5% der Stimmen bekommen, bekommt sie keine Sitze im **Parlament**.

5% spricht man „fünf Prozent“. Wenn eine **Partei** bei einer Wahl 5% der Stimmen bekommt, bedeutet das: 5 von 100 Wählern und Wählerinnen haben die Partei gewählt.

Wenn eine Partei weniger als 5% der Stimmen bekommt, haben weniger als 5 von 100 Wählern und Wählerinnen die Partei gewählt. Bei manchen Wahlen gilt die 5%-Hürde. Man nennt sie auch 5%-Sperrklausel.

Wenn mindestens 5% aller Wähler und Wählerinnen die Partei X gewählt haben, bekommt die Partei X Sitze im Parlament. Sie ist dann im Parlament mit Abgeordneten vertreten.

Haben weniger als 5% der Wähler und Wählerinnen, die an der Wahl teilgenommen haben, die Partei X gewählt, bekommt die Partei X keine Sitze im Parlament.



Die 5%-Hürde gilt nur für die Stimme, die für eine Partei abgegeben wird. Bei der [Bundestagswahl](#) ist das die [Zweitstimme](#). Die 5%-Hürde gilt nicht für die Stimme, die für eine Person abgegeben wird. Bei der Bundestagswahl ist das die [Erststimme](#). Hat der [Kandidat](#) einer Partei in einem [Wahlkreis](#) die meisten Erststimmen, dann bekommt dieser Kandidat einen Sitz im Parlament. Hat eine Partei in 3 Wahlkreisen die meisten Erststimmen bekommen, dann zählen auch ihre Zweitstimmen. Die Partei kann dann so viele Abgeordnete in das Parlament schicken, wie es der Anzahl ihrer Wählerstimmen entspricht.

Warum gibt es die 5%-Hürde?

Je mehr Parteien im Parlament sind, desto schwerer können die Abgeordneten Entscheidungen treffen. Denn wenn viele kleine Parteien im Parlament vertreten sind, wird es schwieriger, sich zu einigen. So ist es auch schwer, eine stabile [Regierung](#) zu bilden.

Außerdem vertritt das Parlament alle Wähler und Wählerinnen. Die Parteien im Parlament sollen nicht nur die besonderen Interessen einer ganz kleinen Gruppe von Wählern und Wählerinnen vertreten.

Die 5%-Hürde gibt es nicht bei allen Wahlen. Sie gilt bei der [Bundestagswahl](#) und bei [Landtagswahlen](#). Bei den meisten [Kommunalwahlen](#) gibt es keine 5%-Hürde. Bei der [Europawahl](#) gibt es keine 5%-Hürde.

Geflüchtete

Geflüchtete sind Menschen, die ihre Heimat verlassen, weil sie dort Angst um ihr Leben haben.

Geflüchtete haben keine Hoffnung mehr auf ein menschenwürdiges Leben in ihrer Heimat.

Das bedeutet:

- Sie haben Angst, in ihrem Land nicht sicher leben zu können.
- Sie sind dort nicht gut versorgt.
- Ihnen fehlen zum Beispiel Essen, Trinken und Medizin.

Statt Geflüchtete sagen die Menschen häufig „Flüchtlinge“.

Aber diese Menschen sind auch Mütter oder Väter, Köche oder Lehrerinnen. Die Flucht ist nur ein Teil ihres Lebens. Manche sagen deshalb: Es ist besser, Geflüchtete zu sagen als Flüchtlinge.

Bei dem Wort [Flüchtlinge](#) finden Sie mehr über Flucht und Menschen, die geflohen sind.



Gemeinde

Eine Gemeinde ist ein Dorf oder eine Stadt. Eine Gemeinde hat einen Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin und einen Gemeinde- oder Stadtrat.

Der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin leitet in einer Stadt oder Gemeinde die Verwaltung. Er oder sie trifft wichtige Entscheidungen.

Er oder sie entscheidet aber nicht allein. Auch der Stadtrat oder der Gemeinderat trifft wichtige Entscheidungen.

Zum Beispiel:

- Soll die Stadt Geld für einen neuen Spielplatz ausgeben?
- Wo soll die Stadt einen Spielplatz bauen?

Die Bürger und Bürgerinnen wählen den Stadtrat oder Gemeinderat und meist auch den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin. In vielen Gemeinden können Bürgerinnen und Bürger auch über wichtige Fragen direkt abstimmen. Dazu gibt es in den Bundesländern unterschiedliche Regeln.

Zu Gemeinden sagt man auch Kommunen.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es mehr als 11.000 (sprich: elf-tausend) Gemeinden.



Ortschild von Gronig. Gronig gehört zur Gemeinde Oberthal. Oberthal gehört zum Landkreis St. Wendel.

Genfer Flüchtlingskonvention

Die Genfer Flüchtlingskonvention ist eine Vereinbarung zwischen vielen Staaten. In der Vereinbarung stehen Rechte für Flüchtlinge.

Genf ist eine Stadt in der Schweiz. In Genf haben die Vereinten Nationen im Jahr 1951 aufgeschrieben, welche Rechte Flüchtlinge haben.

Flüchtlinge sind Menschen, die ihre Heimat verlassen, weil sie Angst um ihr Leben haben. Diese Vereinbarung heißt Genfer Flüchtlingskonvention.



Illustration: Cleeves

Sehr viele Staaten auf der ganzen Welt haben die Genfer Flüchtlingskonvention unterschrieben.

Die Staaten sagen mit der Unterschrift,

- dass sie sich an die Vereinbarung halten werden und
- dass sie die Rechte von Flüchtlingen achten werden.

Die Vereinten Nationen achten darauf, ob die Staaten sich an die Vereinbarung halten. Dazu schreiben die Staaten regelmäßig einen Bericht für die Vereinten Nationen.

Die Genfer Flüchtlingskonvention sagt zum Beispiel, dass Flüchtlinge nicht in Staaten zurückgeschickt werden dürfen, in denen sie bedroht werden. Die Genfer Flüchtlingskonvention gilt auch in der Bundesrepublik Deutschland und in den anderen Staaten Europas. Das ist ein Grund, warum Flüchtlinge in Deutschland Schutz bekommen.

Die Genfer Flüchtlingskonvention ist kein Gesetz. Flüchtlinge können in Deutschland nur die Rechte einklagen, die in den deutschen Gesetzen stehen.

Gericht

**Ein Gericht gehört zur rechtsprechenden Gewalt im Staat.
Die rechtsprechende Gewalt heißt auch Judikative.**

In Gerichten entscheiden Richter und Richterinnen, was nach dem Gesetz richtig ist. Ihre Entscheidungen nennt man Urteile oder Beschlüsse.

Richter und Richterinnen sind unabhängig. Das bedeutet, dass niemand ihnen vorschreiben darf, welche Entscheidung sie treffen sollen. Sie treffen ihre Entscheidungen unabhängig. Der Richter muss sich bei seiner Entscheidung aber an das Gesetz halten. Das Urteil muss das Gesetz beachten.

Nehmen wir zum Beispiel an: Herr Schmidt ist von einem Urteil betroffen. Herr Schmidt ist mit dem Urteil nicht einverstanden. Dann kann er Rechtsmittel einlegen. Das heißt: Herr Schmidt kann überprüfen lassen, ob das Urteil das Gesetz beachtet.

Vor Gericht sind die Regeln nicht einfach. Deshalb brauchen Menschen dort häufig Unterstützung. Die Menschen brauchen jemanden, der sich mit den Gesetzen auskennt. Diese Personen nennt man Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen. Rechtsanwälte unterstützen Menschen vor Gericht. Jeder hat vor Gericht das Recht auf einen Rechtsanwalt.

Es gibt viele unterschiedliche Gerichte. Sie haben unterschiedliche Aufgaben. Es gibt zum Beispiel Arbeitsgerichte. Das Arbeitsgericht entscheidet über Streitigkeiten bei Arbeitsverträgen.

Andere sehr wichtige Gerichte sind Verfassungsgerichte. Das Verfassungsgericht entscheidet über Streitigkeiten über das, was nach dem Grundgesetz gilt. Das Grundgesetz ist die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.

Es gibt Gerichte auf unterschiedlichen Ebenen.

Bundesgerichte sind zum Beispiel für die ganze Bundesrepublik Deutschland zuständig. Andere Gerichte sind für ein Bundesland oder einen Teil eines Bundeslandes zuständig. Der Europäische Gerichtshof ist für die ganze EU zuständig.

Geschlecht

Die meisten Menschen denken bei dem Wort Geschlecht an Männer und Frauen. Das Wort Geschlecht meint auch bestimmte Merkmale von Menschen.

Manche dieser Merkmale haben mit dem Körper zu tun. Sie haben mit der Fortpflanzung zu tun, also damit, wie Menschen Kinder bekommen. Zum Beispiel, ob jemand schwanger werden kann.

Die Merkmale machen aber auch, dass die meisten Menschen als Männer oder Frauen gesehen werden. Zum Beispiel tragen fast nur Männer Bärte und viele Männer haben kurze Haare.

Es gibt viele Möglichkeiten, wie man Geschlecht erklären kann. Darüber wird auch viel gestritten.

Das Geschlecht wird bei der Geburt in die Geburtsurkunde eingetragen. Nach der Geburt wird gesagt: „Es ist ein Junge“ oder „Es ist ein Mädchen“. Oft wird auch schon vor der Geburt gesagt: „Das Baby wird ein Junge“ oder „Das Baby wird ein Mädchen.“ Dabei sind die Geschlechtsorgane wichtig. Wenn ein Baby einen Penis und Hoden hat, dann wird gesagt: Es ist ein Junge. Wenn ein Baby eine Scheide, Eierstöcke und eine Gebärmutter hat, dann wird gesagt: Es ist ein Mädchen.

Es gibt auch Menschen, bei denen ist das anders. Sie haben zum Beispiel einen Penis und eine Gebärmutter. Oder sie haben Eierstöcke und Hoden. Sie sind **inter oder intergeschlechtlich**.

Das Geschlecht wird dann in die Geburtsurkunde eingetragen. Man kann auswählen zwischen „männlich“, „weiblich“ und „divers“. **Divers** bedeutet, dass man nicht männlich oder weiblich ist. Man kann den Eintrag in der Geburtsurkunde auch frei lassen. Das Geschlecht in der Geburtsurkunde entscheidet zum Beispiel, welche Behandlungen es bei Ärzten und Ärztinnen gibt.

Es gibt Menschen, die sagen: Bei mir wurde bei der Geburt das falsche Geschlecht in die Geburtsurkunde eingetragen. Das heißt **trans oder transgender**. Es gibt auch andere Möglichkeiten, sich mit seinem Geschlecht anders zu fühlen.

Zum Geschlecht gehört auch, was Menschen über Frauen und Männer denken:

- zum Beispiel, wie Frauen und Männer aussehen sollen und
- wie Frauen und Männer sich verhalten sollen,
- was Frauen und Männer mögen sollen oder
- was Frauen und Männer für Aufgaben übernehmen sollen.

Das kann man Geschlechterrolle nennen.

Hier sind einige Beispiele dafür, was typisch für eine Geschlechterrolle sein kann:

- Mädchen haben oft lange Haare und tragen manchmal Kleider.
- Jungen haben oft kurze Haare und tragen fast nie Kleider.
- Viele Frauen schminken sich, Männer schminken sich fast nie.

Im Lauf der Zeit ändert sich, wie Menschen über Frauen und Männer denken oder was in Gesetzen steht. In den 1960er-Jahren haben in Deutschland meistens die Männer eine Arbeit gehabt, mit der sie Geld verdienen. Frauen haben im Haushalt gearbeitet und sich um die Kinder gekümmert. Sie bekamen dafür kein Geld.

Heute ist das in Deutschland etwas anders. Heute arbeiten mehr Mütter auch für Geld als früher. Väter können sich heute auch um den Haushalt und die Kinder kümmern.

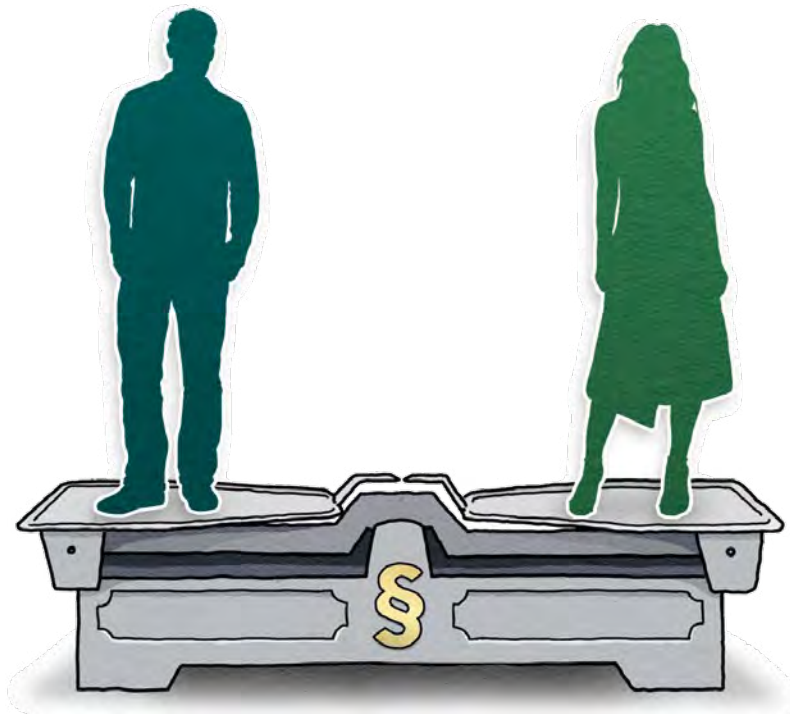
Heute sagen Menschen im Radio und Internet, in den Zeitungen und in Reden im Parlament auch häufig: Es ist nicht richtig, dass Männer nur das und Frauen nur etwas anderes tun sollen.

Anders als früher werden auch Frauen Pilotinnen und Soldatinnen. Männer werden auch Erzieher oder Krankenpfleger.

Trotzdem wundern sich Menschen manchmal, wenn Frauen Soldatinnen werden oder Männer Erzieher. Außerdem arbeiten in den meisten Familien immer noch Frauen mehr im Haushalt und bei der Betreuung der Kinder. Oder sie geben die Hausarbeit und Kinderbetreuung an andere Frauen ab. Geschlechterrollen ändern sich also nur langsam.

Auch die Sprache verändert sich. Wenn Sprache alle Geschlechter meint, heißt das [geschlechtergerechte Sprache](#).

Alle Menschen haben heute in Deutschland im [Grundgesetz](#) die gleichen Rechte. Niemand darf aufgrund seines Geschlechts diskriminiert werden. Doch leider passiert das trotzdem immer wieder. Dazu können Sie etwas im Artikel zu [Sexismus](#) lesen.



Illustrator: Andreas Thiel, © bpb

Zum Thema Geschlecht gibt es viele Diskussionen und Streit. Es gibt auch viele unterschiedliche Begriffe und Erklärungen für Geschlecht. Menschen haben viele unterschiedliche Meinungen zum Thema Geschlecht.

Manche Menschen in Deutschland finden es auch heute noch richtig, dass Frauen vor allem im Haushalt arbeiten. Oder sie finden es richtig, dass vor allem Männer Geld verdienen. Oder sie finden es falsch, wenn Frauen Soldatinnen oder Männer Erzieher werden.

Was Menschen über Männer und Frauen und über ihre Rechte denken, liegt auch an dem Staat, in dem man lebt. Zum Beispiel gibt es in Deutschland seit 1919 das [Frauenwahlrecht](#) und in der Schweiz erst seit 1971. Wie sich Begriffe und Gesetze zum Thema Geschlecht im Lauf der Zeit verändert haben, ist im Artikel [Geschlechtsbezeichnungen](#) erklärt.

Geschlechtergerechte Sprache

Wenn Sprache alle Geschlechter anspricht, heißt das „geschlechtergerechte Sprache“.

Viele Wörter in der deutschen Sprache gibt es in einer männlichen und in einer weiblichen Form. Zum Beispiel: Bürger und Bürgerin.

Beim Schreiben oder Sprechen benutzen viele Menschen aber nur die männliche Form eines Wortes. Vor allem, wenn sie die Mehrzahl meinen. Zum Beispiel sagen sie: „Die Bürger wählen den Bundestag.“ „Bürger“ ist die männliche Form. Ob Bürgerinnen auch gemeint sind, kann man dann an der Sprache nicht hören oder sehen.

Es gibt Bücher über die deutsche Sprache, zum Beispiel den Duden. Darin stehen Regeln für die deutsche Sprache. Früher stand in diesen Büchern, dass man mit der männlichen Form auch beide Geschlechter meint.

In den letzten Jahren gab es viel Kritik an dieser Regel. Viele sagen: Es ist ungerecht, nur die männliche Form zu nutzen. Man denkt öfter an Männer, wenn man nur die männliche Form benutzt.

Auch Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen haben erforscht, dass Menschen bei der männlichen Form weniger an Frauen denken.

Andere sagen: Es ist einfacher und schöner, nur die männliche Form zu nutzen. Es gibt viel Streit darüber.

Einiges hat sich geändert. Zum Beispiel steht im Duden auch die weibliche Form. Immer mehr Menschen achten beim Sprechen, Lesen oder Schreiben auf Geschlechter.

Dabei gibt es unterschiedliche Möglichkeiten.

Eine Möglichkeit ist, beide Formen zu benutzen:

- Bürger und Bürgerinnen.

Der Satz heißt dann: „Die Bürger und Bürgerinnen wählen den Bundestag.“

Das ist beim Sprechen und Schreiben manchmal lang. Darum benutzen manche Menschen Abkürzungen.

Sie schreiben dann

- BürgerInnen oder Bürger/-innen.

Diese Abkürzung meint Bürger und Bürgerinnen

Man kann auch so sprechen und schreiben, dass man zum Beispiel auch an trans oder inter Menschen denkt.

- Bürger*innen oder Bürger_innen sind Abkürzungen, die das zeigen.
- Die Form Bürger:innen ist auch eine Art der geschlechtergerechten Sprache. Gleichzeitig können Vorleseprogramme die Wörter oft gut vorlesen.
- Manchmal kann man auch neutrale Wörter verwenden, zum Beispiel Studierende oder Auszubildende. Manchmal gibt es aber auch keine neutralen Wörter, zum Beispiel bei Bürgern und Bürgerinnen.

Unsere Beispiele zeigen:

Was Menschen über Geschlecht und Sprache denken, ändert sich im Lauf der Zeit. Mit der Art, wie Sie schreiben oder sprechen, können Sie auch zeigen, wie Sie über das Thema Geschlecht denken.

Manche Formen sind vielleicht ungewohnt oder noch unbekannt. Wenn Sie einen Text schreiben, wählen Sie für Ihre Leser und Leserinnen eine bekannte Form. Oder Sie erklären die Schreibweise.

Wenn Sie Bürger und Bürgerinnen sagen, zeigen Sie: Mir sind auch die Bürgerinnen wichtig.

Wenn Sie Bürger*innen schreiben, zeigen Sie: Mir ist es wichtig, mit meiner Sprache alle Menschen anzusprechen. Mir ist auch wichtig, zum Beispiel an trans und inter Menschen zu denken.

Geschlechtsbezeichnungen

In Deutschland muss man einen Menschen nach der Geburt beim Standesamt anmelden. Das wird mit der Geburtsurkunde gemacht. In der Geburtsurkunde steht das Geschlecht, das Arzt, Ärztin oder die Hebamme bei der Geburt festgelegt haben. Der Text erklärt die Geschlechtsbezeichnungen in der Geburtsurkunde.

Es gibt die Geschlechtsbezeichnungen „männlich“, „weiblich“ und „divers.“ „Divers“ bedeutet hier „nicht eindeutig männlich oder weiblich“. Der Eintrag in der Geburtsurkunde kann bei intergeschlechtlichen Menschen auch frei bleiben. Dann wird kein Geschlecht angegeben.

Vor 2013 gab es nur die Möglichkeit „männlich“ oder „weiblich“ anzugeben. Das klingt einfach – ist es aber nicht immer.

Die meisten Menschen sind zufrieden mit dem Geschlecht, dass bei der Geburt festgelegt wurde. Sie fühlen sich als Frau und bei der Geburt wurde festgelegt: Sie sind weiblich. Sie fühlen sich als Mann und bei der Geburt wurde festgelegt: Sie sind männlich. Für diese Menschen ist der Geschlechtseintrag in ihrer Geburtsurkunde in Ordnung.

Bei manchen Menschen ist das aber nicht so einfach.

Zum Beispiel bei **intergeschlechtlichen Menschen**. Intergeschlechtliche Menschen haben zum Beispiel einen Penis und eine Gebärmutter oder Eierstöcke und Hoden.

Oder bei **trans Menschen**. Bei ihnen wurde bei der Geburt das falsche Geschlecht in der Geburtsurkunde eingetragen.

Es gibt auch noch andere Formen, sich mit seinem Geschlecht anders zu fühlen als die meisten Menschen. Manche Menschen sagen zum Beispiel, dass sie weder Mann noch Frau sind.

Diese Beispiele zeigen:

Es gibt Menschen, die können und wollen nicht „männlich“ oder „weiblich“ angeben. Manche Menschen wollen das Geschlecht im Lauf des Lebens wechseln. Manche Menschen sagen, dass sie weder Mann noch Frau sind.

Trans und inter Menschen und auch andere kämpfen immer wieder für ihre Rechte. Darum gibt es für sie auch immer mehr Möglichkeiten.

Zum Beispiel gibt es mehr Möglichkeiten in der Geburtsurkunde. Seit 2013 kann man in der Geburtsurkunde den Eintrag über das Geschlecht frei lassen. Eltern können den Eintrag frei lassen, wenn sie ein intergeschlechtliches Kind anmelden.

Seit 2018 gibt es auch die Möglichkeit, „männlich“, „weiblich“ oder „divers“ auszuwählen. Damit „divers“ eingetragen werden kann, muss aber ein Arzt oder eine Ärztin eine Bescheinigung geben.

Gesetz

Gesetze sind Regeln. Sie gelten in einem Land oder einem Staat. Sie gelten für alle Menschen, die in dem Land oder dem Staat sind.



Die Legislative beschließt neue Gesetze. Legislative bedeutet gesetzgebende Gewalt. Zur Legislative gehören der Bundestag, der Bundesrat oder die Landtage.

Alle Menschen müssen sich an die Gesetze halten. Sonst funktioniert das Zusammenleben in einer großen Gemeinschaft nicht.

Es gibt Gesetze, in denen steht, wann und wie jemand bestraft werden kann oder bestraft werden muss.

Diese Gesetze heißen Strafgesetze. Zum Beispiel können Personen verurteilt werden, als Strafe Geld zu bezahlen oder ins Gefängnis zu gehen. Wenn ein Mensch einen anderen schlägt und verletzt, verstößt er gegen ein Strafgesetz und kann eine Strafe bekommen.

Es gibt auch Gesetze, in denen steht,

- wer wie viele Steuern an den Staat bezahlen muss oder
- wann und wie der Staat einem Menschen helfen muss, der kein Geld verdienen kann.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es sehr viele Gesetze. Man kann sie in Büchern oder im Internet nachlesen.

Das wichtigste Gesetz in Deutschland ist das Grundgesetz.

Gewaltenteilung

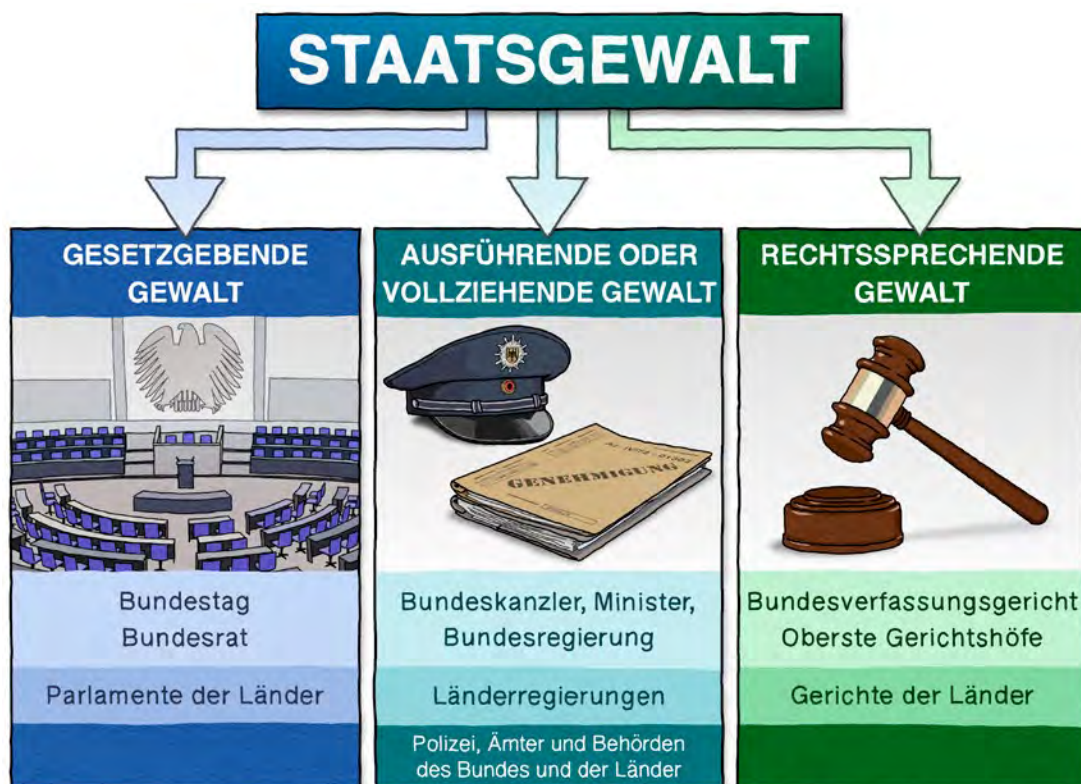
Gewaltenteilung nennt man die Aufteilung der Staatsgewalt in drei Teile. So hat niemand alle Macht allein.

In manchen Staaten bestimmt nur ein Herrscher. Oder es herrscht eine kleine Gruppe von Menschen. Sie bestimmen allein, was die Polizei und andere im Staat tun sollen. Man kann auch sagen: Sie haben allein die Macht. Es gibt keine Gewaltenteilung.

Die Mächtigen machen dann oft, was sie wollen. Zum Beispiel nehmen sie Dinge, sperren Menschen ein oder töten sie sogar. Deshalb gab es früher in Deutschland viel Gewalt. Deshalb gibt es in anderen Staaten auch heute noch viel Gewalt.

Damit dies nicht geschieht, soll dies beachtet werden:

- Nicht nur einer oder eine kleine Gruppe bestimmt über die Staatsgewalt.
- Die Staatsgewalt wird in drei Teile aufgeteilt. Es gibt eine Gewaltenteilung.



Illustrator: Andreas Thiel, © bpb

Die Staatsgewalt in der Bundesrepublik Deutschland ist in drei Teile aufgeteilt:

- Es gibt die gesetzgebende Gewalt.
Man nennt sie auch Gesetzgebung oder Legislative.
- Es gibt die ausführende oder vollziehende Gewalt.
Man nennt sie auch Exekutive.
- Es gibt die rechtsprechende Gewalt.
Man nennt sie auch Rechtsprechung oder Judikative.

Die Gewalten sollen sich gegenseitig kontrollieren. Wenige Menschen sollen nicht zu viel entscheiden können.

Gewaltmonopol

In der Bundesrepublik Deutschland hat der Staat das Gewaltmonopol. Das bedeutet, dass nur der Staat Gewalt anwenden darf. Und dies auch nur, wenn es wirklich nötig ist.

Das Wort Monopol kommt aus der griechischen Sprache. Es bedeutet übersetzt „Vorrecht“ oder „alleiniger Anspruch“. Gewaltmonopol bedeutet also das Vorrecht, Gewalt auszuüben.

In Deutschland hat der Staat das Gewaltmonopol. Nur der Staat darf Gewalt anwenden. Die Polizei gehört zum Staat. Sie darf Gewalt anwenden und damit zum Beispiel einen bewaffneten Bankräuber stoppen. Wenn Krieg ist gelten bestimmte Gesetze. Dann darf auch das Militär Gewalt anwenden.

Der Staat kann Gewalt mit oder ohne Waffen anwenden. Dabei muss der Staat sich aber an die Gesetze halten. Der Staat darf zum Beispiel nur dann Gewalt anwenden, wenn nichts anderes möglich ist. Und der Staat soll so vorsichtig wie möglich sein.

Das Gewaltmonopol in einem Staat ist auch für den einzelnen Menschen wichtig. Das zeigt dieses Beispiel: Herr Schmidt hat sein Fahrrad vor seinem Haus abgestellt. Der Nachbar von Herrn Schmidt nimmt sich das Rad. Der Nachbar sagt: Die laute Musik von Herrn Schmidt hat mich krank gemacht. Deshalb nehme ich jetzt das Fahrrad von Herrn Schmidt. Herr Schmidt sagt aber: Es ist mein Fahrrad, ich will es wiederhaben.

Damit nicht jeder gegen jeden kämpft, gilt die Regel: Nur der Staat darf das Fahrrad aus der Garage holen. Auch wenn der Nachbar das nicht will. Nur der Staat darf den Nachbarn von Herrn Schmidt in die Polizeiwache mitnehmen. Auch wenn er es nicht will und sich wehrt. Der Staat darf es dann, wenn es nötig ist. Wenn die Nachbarn sich zum Beispiel prügeln.

Herr Schmidt und sein Nachbar wissen, was der Staat kann und darf.

Weil der Staat das Gewaltmonopol hat, einigen sich Herr Schmidt und sein Nachbar wahrscheinlich friedlich.

Gewerkschaft

Eine Gewerkschaft ist eine Vereinigung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen.

Die Gewerkschaft vertritt die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Die Gewerkschaft verhandelt zum Beispiel mit den Arbeitgebern. Dabei kann es zum Beispiel um den Lohn gehen, um die Urlaubstage, die Pausen oder Fortbildungen.



Das Bild zeigt eine Demonstration von Mitgliedern der Gewerkschaft GDL (Gewerkschaft der Lokführer) am 24. August 2021.

Eine Gewerkschaft kann auch zum Streik aufrufen. Der Streik soll dabei helfen, Forderungen durchzusetzen. Eine Forderung kann zum Beispiel ein höherer Lohn sein. Bei einem Streik arbeiten die Menschen für eine bestimmte Zeit nicht.

Die Gewerkschaft kann auch bei größeren Problemen auf der Arbeit helfen. Sie berät die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen oder vermittelt einen Rechtsanwalt.

Und Gewerkschaften machen auch Politik. Sie mischen sich ein. Sie fordern zum Beispiel [Gesetze](#) zum Arbeitsschutz und einen höheren Mindestlohn.

Viele Gewerkschaften in [Deutschland](#) haben sich zusammengeschlossen: Der größte Zusammenschluss heißt Deutscher Gewerkschaftsbund. Die Abkürzung dafür ist DGB. Der DGB hat etwa 6 Millionen Mitglieder.

Außerdem gibt es noch viele andere, kleinere Gewerkschaften.

Gleichheitsrecht

Das Gleichheitsrecht im Grundgesetz sichert, dass alle Menschen gleich behandelt werden.

Im [Grundgesetz](#) stehen [Grundrechte](#). Zu den Grundrechten gehört das Gleichheitsrecht.

Artikel 3 im Grundgesetz ist ein Grundrecht und ein Gleichheitsrecht. Darin steht:

- „**(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.**
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. [...]
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.
Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Das Gleichheitsrecht im Grundgesetz kann man auch in anderen Artikel finden. Zum Beispiel zählt bei der [Wahl](#) zum [Bundestag](#) jede Stimme gleich viel. Alle deutschen [Bürger und Bürgerinnen](#) haben das gleiche Recht auf ein öffentliches Amt. Egal, welche Hautfarbe sie haben, welche Religion sie haben oder welche Politik sie gut finden.

Grundgesetz

Das Grundgesetz ist das wichtigste Gesetz in der Bundesrepublik Deutschland.

Das Grundgesetz ist die Verfassung in Deutschland. Das Grundgesetz ist die Grundlage für das Zusammenleben aller Menschen in Deutschland.



Illustrator: Andreas Thiel, © bpb

Im Grundgesetz stehen die wichtigsten Regeln darüber,

- wer die Regeln im Staat macht,
- wann die Regeln gültig sind,
- wer die Regeln umsetzt und
- wer kontrolliert, ob sie eingehalten werden,
- wer in Streitfällen entscheidet und
- wer die bestraft, die sich nicht an die Regeln halten.

Im Grundgesetz stehen auch Werte, die in Deutschland wichtig sind.

Das sind zum Beispiel Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde. Sie werden zusammen mit den Grundrechten erklärt.

Das Grundgesetz wurde nach dem 2. Weltkrieg geschrieben. Es gilt seit dem 23. Mai 1949.

Mit dem Grundgesetz haben Menschen nach dem Krieg wichtige Regeln erarbeitet:

- Es sollte Frieden in Deutschland bleiben.
- Nie wieder sollte eine Diktatur über die Menschen entscheiden.

- Die **Demokratie** in Deutschland sollte nicht mehr abgeschafft werden können.
- Alle Menschen in Deutschland sollen durch das Grundgesetz geschützt werden.

Das Grundgesetz ist in kleinere Teile unterteilt. Diese Teile heißen Artikel. Ein Artikel ist ein Abschnitt des Grundgesetzes. Alle Artikel haben Nummern.

In den Artikel 1–19 stehen Grundrechte. Die **Grundrechte** dürfen nicht abgeschafft werden.

Artikel 20 des Grundgesetzes legt fest: **Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Bundestaat, ein demokratischer Staat, ein Rechtsstaat, ein Sozialstaat und eine Republik. Dies darf nicht geändert werden.**

Wenn dies beachtet wird, können Artikel des Grundgesetzes geändert werden. Aber sie können nur mit einer großen **Mehrheit** geändert werden. Es müssen zwei Drittel der Mitglieder im Bundestag und im Bundesrat zustimmen. Das bedeutet, zwei von drei Mitgliedern müssen zustimmen. Eine solche Mehrheit heißt Zweidrittelmehrheit.



Mehr Erklärungen zum Grundgesetz finden Sie in Heften und Webseiten von *einfach* POLITIK:
www.bpb.de/einfach-fuer-alle

Grundrechte

Die Grundrechte sind die wichtigsten Rechte, die Menschen in Deutschland gegenüber dem Staat haben.

Rechte zu haben, ist wichtig. Rechte schützen Menschen vor anderen Menschen oder vor dem Staat.

Alle Menschen in Deutschland haben Rechte gegenüber dem Staat. Jeder, der für den Staat arbeitet, muss die Rechte beachten. Die wichtigsten dieser Rechte heißen Grundrechte. Grundrechte sind Regeln, die der Staat bei allen Gesetzen und allen anderen Regeln beachten muss. Die Grundrechte stehen im Grundgesetz.

Grundrechte schützen das Leben, das Gleichheitsrecht und die Freiheit der Bürger und Bürgerinnen. Der Staat muss sich an die Grundrechte halten. Der Staat ist verpflichtet, die Grundrechte zu schützen.

Grundrechte sind wichtig im Alltag jedes Menschen. Zum Beispiel kann sich eine Schülerin für eine Ausbildung frei entscheiden. Sie kann sagen: Ich möchte Automechanikerin werden. Oder sie kann sagen: Ich möchte Verkäuferin werden.

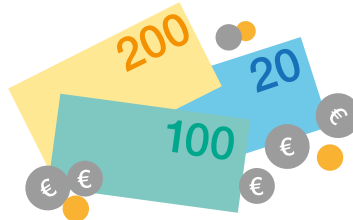
Der Staat darf ihr nicht vorschreiben, welche Ausbildung sie machen soll.

Andere wichtige Grundrechte sind zum Beispiel

- die Menschenwürde,
- das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit,
- Gleichheitsrechte,
- Religionsfreiheit,
- Meinungsfreiheit und
- Pressefreiheit.

Haushaltsplan

Ein Haushaltsplan ist ein Plan. Der Haushaltsplan des Staates legt fest, wie viel Geld der Staat ausgeben darf. Der Haushaltsplan legt auch fest, wofür der Staat das Geld ausgeben darf.



Zum Beispiel macht eine Familie für jede Woche, jeden Monat oder jedes Jahr vielleicht einen Plan. In dem Plan schreiben sie auf, wie viel Geld sie ausgegeben wollen. Sie schauen, wie viel Geld da ist und was sie damit bezahlen wollen.

Ein Plan kann zum Beispiel dabei helfen, den Einkauf von Lebensmitteln zu planen. Die Familie kann vielleicht auch sehen, wie viel Geld für eine Reise da ist.

Auch der [Staat](#) macht einen solchen Plan. Das Parlament beschließt jedes Jahr für das nächste Jahr einen Haushaltsplan.

Im Haushaltsplan ist genau festgelegt,

- wie viel Geld ausgegeben werden darf und
- wofür das Geld ausgegeben werden darf.

Im Haushaltsplan steht auch, woher das Geld kommt, das ausgegeben wird.

An den Haushaltsplan muss sich die Regierung halten. Wenn zum Beispiel ein großes Unglück passiert und die Regierung deshalb mehr Geld ausgeben will, dann darf sie dies nicht einfach tun.

Aber das Parlament darf dann den Haushaltsplan ändern und der Regierung erlauben, mehr Geld auszugeben.

Auch jede [Gemeinde](#), jedes [Land](#), der [Bund](#) und die [EU](#) machen einen Haushaltsplan. Der Plan muss dann von dem [Gemeinderat](#) oder einem anderen [Parlament](#) genehmigt werden. Ist ein Haushaltsplan genehmigt, kann man dazu auch Haushaltsgesetz sagen.

Industrialisierung/industrielle Revolution

Industrialisierung bedeutet: Es ändert sich, wie die Menschen Dinge herstellen und wo sie arbeiten. Viele Dinge werden nicht mehr mit der Hand, sondern mithilfe von Maschinen hergestellt. Viele Menschen arbeiten in Fabriken. Fabriken sind die Gebäude, in denen Maschinen stehen. Mit den Maschinen stellen die Menschen Dinge her.

Vor etwa 250 Jahren kam die Zeit der Industrialisierung in Europa. Es hat sich geändert, wie Menschen Dinge herstellen und wo sie arbeiten. Weil sich dies sehr schnell änderte, spricht man auch von der „industriellen Revolution“. Das erste Land, in dem es eine Industrialisierung gab, war Großbritannien. Später kamen Deutschland, andere Länder in Europa und die USA dazu.

In dieser Zeit haben die Menschen viele Maschinen erfunden. Ein Mann mit dem Namen James Watt entwickelte zum Beispiel die Dampfmaschine. Sie war so etwas wie der erste Motor. Dampfmaschinen haben viele andere Maschinen mit Kraft versorgt. Außerdem wurde Kohle ein wichtiger Rohstoff. Mit Kohle haben die Menschen Wasserdampf erzeugt. Der Wasserdampf hat Maschinen angetrieben. Menschen verbrauchten dadurch viel mehr Energie als früher.

Vor der Industrialisierung haben die Menschen auch Möbel gebaut, Metallwerkzeuge hergestellt oder Kleidung geschneidert. Sie haben dabei aber kaum Maschinen genutzt. Der Mensch verrichtet die meiste Arbeit mit seinen Händen. Deswegen nennt man Menschen, die dies als Beruf machen, Handwerker oder Handwerkerinnen. Man sagt auch: Der Mensch ist in einem Handwerk tätig.

In der Zeit der Industrialisierung entstanden Fabriken mit vielen Maschinen. Fabriken mit Maschinen nennt man auch Industrie. Viele Dinge werden in der Industrie nicht mehr mit der Hand, sondern mithilfe von Maschinen hergestellt.

Ein Beispiel sind Stoffe und Kleider. Maschinen können schneller und mehr als Menschen arbeiten. Eine Maschine kann zum Beispiel mehr Kleider an einem Tag herstellen als eine Näherin. Wenn man mehr Dinge herstellt, kann man auch mehr Dinge verkaufen. Dann können die Unternehmen mehr Geld verdienen.



Deutsches Reich um 1900: Gebrueder Reichstein, Brennabor-Werke, Fahrradwerke Brandenburg

Viele Dinge, die früher Handwerker machten, macht jetzt die Industrie. In der Industrie werden die Dinge mithilfe von Maschinen gemacht. Deshalb nennt man diese Veränderung auch „Industrialisierung“. Die Menschen konnten mit der Hilfe von Maschinen auch Dinge bauen, die es vorher nicht gab. Sie bauten zum Beispiel Dampfschiffe, Eisenbahnen und tödlichere Waffen. Dies war vor allem in den Ländern möglich, die sich zuerst industrialisiert haben.

Mit der Industrialisierung wurde es für Unternehmen sehr wichtig, sich Geld zu leihen. Mit dem Geld konnten sie Fabriken bauen und Maschinen kaufen. Und sie konnten zum Beispiel Eisenbahnlinien und Tunnel bauen. Es verdienen auch die Menschen Geld, die dem Unternehmen Geld geliehen hatten. Das Unternehmen musste Zinsen zahlen. Zinsen sind so etwas wie der Preis für geliehenes Geld. Das Unternehmen musste den Geldgebern also mehr Geld zurückgeben, als es bekommen hatte. Darum mussten die Unternehmen viel Geld verdienen.

Arbeiter und Arbeiterinnen wurden oft sehr schlecht bezahlt. Die Industrialisierung hat also nicht nur gute Seiten. Die schlechte Bezahlung ist ein Nachteil der Industrialisierung. Außerdem entstehen durch Fabriken schädlicher Dampf und Giftstoffe. Sie schädigten in der Zeit der Industrialisierung Menschen und Natur.

Informationsfreiheit

Jeder Mensch darf sich informieren. Jeder Mensch entscheidet dabei selbst, welche Medien er nutzt. Medien sind zum Beispiel Zeitungen und Zeitschriften, das Internet, das Fernsehen und das Radio. Dies nennt man Informationsfreiheit.

In Artikel 5 (1) des [Grundgesetzes](#) steht: „**Jeder hat das Recht [...] sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.**“

Es gibt nicht eine richtige Meinung. Es gibt viele unterschiedliche Meinungen. Man kann über ein Thema diskutieren. Das heißt, dass jeder seine Meinung sagen kann. Dabei lernt man andere Sichtweisen kennen.

Will man sich eine Meinung bilden, braucht man Informationen. Jeder Mensch darf sich informieren. Er kann unterschiedliche Medien nutzen. Er kann zum Beispiel im [Internet](#) surfen. Er kann auch Nachrichten oder Berichte im Fernsehen sehen. Oder er kann Radio hören oder Zeitungen lesen.



In der [Bundesrepublik](#) Deutschland darf jeder Mensch selbst bestimmen, wie er sich informieren möchte. Das ist nicht in allen [Staaten](#) so. In manchen Staaten sind zum Beispiel bestimmte Webseiten verboten. Die [Bürger und Bürgerinnen](#) haben dort keine Informationsfreiheit. Sie können sich nicht frei informieren.

Internet

Das Internet ist ein Netzwerk aus Computern. Die Computer sind verbunden und über die ganze Welt verteilt.

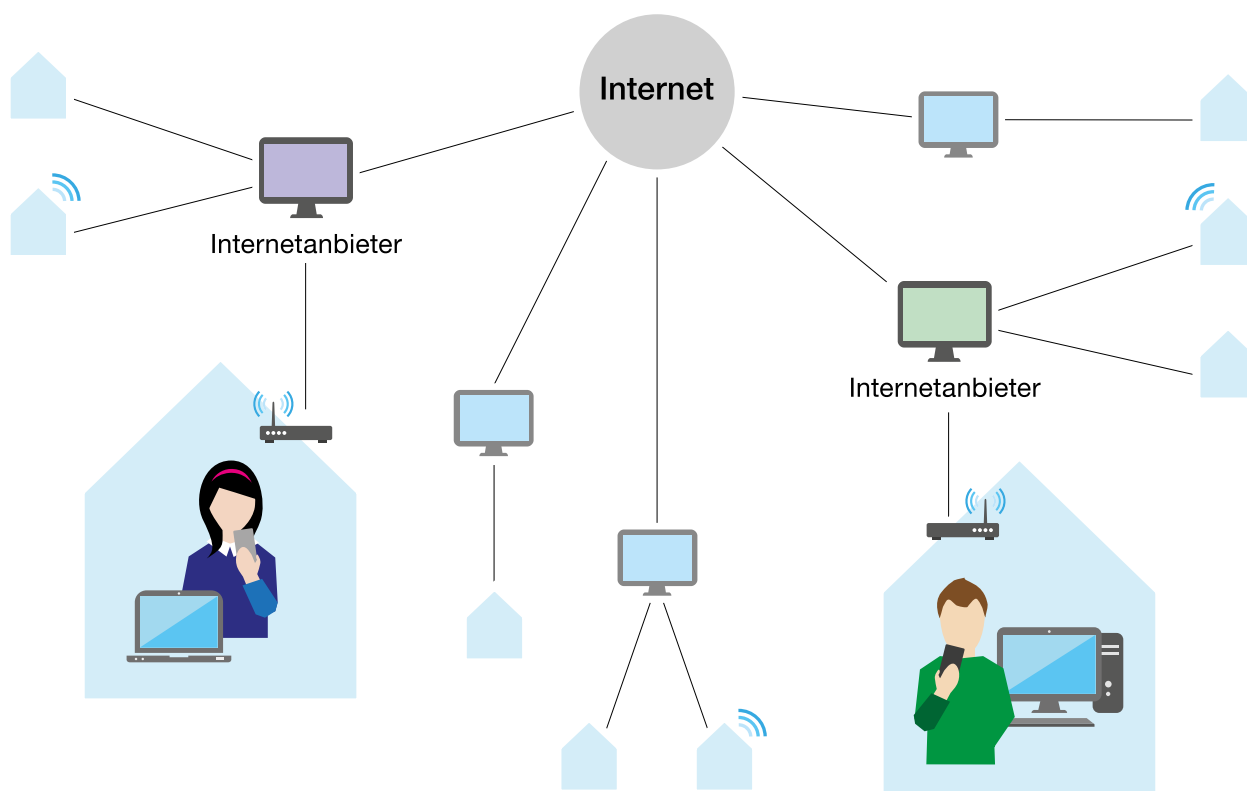
Die meisten Computer sind mit anderen Computern verbunden. Wenn Computer miteinander verbunden sind, heißt das Netzwerk.

Menschen haben die Computer miteinander verbunden, um Informationen auszutauschen. Computer können mit Kabeln miteinander verbunden sein. Computer können auch mit Funkwellen über die Luft miteinander verbunden sein. Das nennt man dann WLAN.

WLAN ist die Abkürzung für „Wireless Local Area Network“. Das ist Englisch und heißt auf Deutsch „drahtloses lokales Netzwerk“.

Es gibt sehr viele kleine Netzwerke in vielen Häusern. Und es gibt viele größere Netzwerke weltweit.

Alle kleinen und großen Netzwerke zusammen bilden ein riesiges Netzwerk. Dieses Netzwerk nennt man das Internet. Über das Internet sind alle Computer in Netzwerken miteinander verbunden.



Judikative

Der Begriff **Judikative** kommt aus der lateinischen Sprache. Er bedeutet „Recht sprechen“. Die **Judikative** entscheidet, was nach dem **Gesetz** richtig ist.

In allen demokratischen Staaten gibt es **Gewaltenteilung**. Das bedeutet, dass die Gewalt in dem Staat aufgeteilt ist. Es bestimmt dann nicht nur ein Mensch oder eine kleine Gruppe von Menschen in dem Staat. Auch die Bundesrepublik Deutschland ist ein Staat mit Gewaltenteilung. Es gibt drei Gewalten. Die **Judikative** ist eine von drei Gewalten.

Die anderen zwei Gewalten sind die **Legislative** und die **Exekutive**.

Zur **Judikative** gehören **Gerichte** und Richter. Es ist wichtig, dass **Gerichte** unabhängig sind. Nur das Gesetz schreibt den Richtern vor, was richtig und was falsch ist. Andere Namen für die **Judikative** sind **Rechtsprechung** oder **rechtsprechende Gewalt**.



Illustrator: Andreas Thiel, © bpb

Kandidat/Kandidatin

Ein Kandidat oder eine Kandidatin ist eine Person, die sich bei einer Wahl bewirbt.

Bei einer Wahl bewerben sich viele Personen für ein Amt oder eine Aufgabe.

Zum Beispiel:

- Bei der Bundestagswahl möchten die Kandidaten einen Sitz im Bundestag bekommen.
- Bei der Wahl zum Bundespräsidenten möchten die Kandidaten Bundespräsident werden.
- Bei der Klassensprecherwahl möchten die Kandidaten Klassensprecher werden.

Ein anderes Wort für ‚sich bewerben‘ ist kandidieren. Deshalb heißen diese Personen auch Kandidaten oder Kandidatinnen.

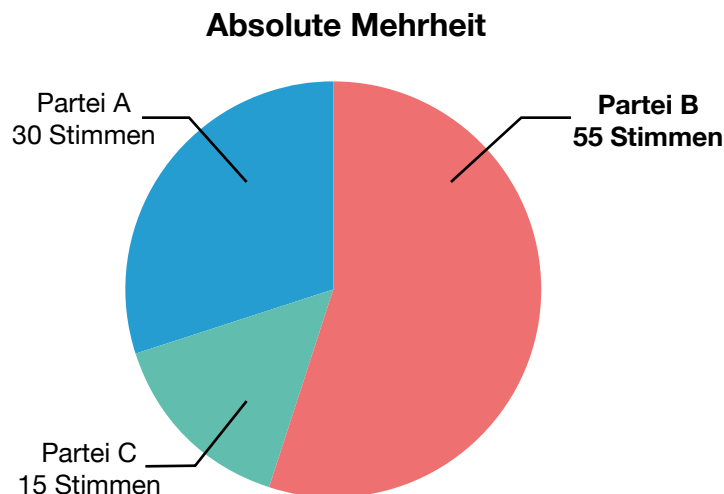
Bei politischen Wahlen gehören Kandidaten und Kandidatinnen oft einer Partei an.



Ein Kandidat an dem Wahlstand der Partei, für der er kandidiert. Er ist in einem Gespräch mit einer Bürgerin.

Kanzlermehrheit

Der Kanzler oder die **Kanzlerin** muss vom **Bundestag** mit einer absoluten **Mehrheit** gewählt werden. Absolute Mehrheit bedeutet, dass mehr als die Hälfte aller **Abgeordneten** im Bundestag die Person wählen muss. Die absolute Mehrheit wird deshalb auch „Kanzlermehrheit“ genannt.



„Kanzlermehrheit“ heißt, dass jemand, der die absolute Mehrheit der Stimmen der Bundestagsabgeordneten bekommen hat. Eine absolute Mehrheit hat jemand, der mehr als die Hälfte aller Stimmen hat. In unserem Beispiel gibt es 100 Stimmen. Die Hälfte von 100 sind 50. Die Partei B hat die absolute Mehrheit, weil sie mehr als 50 Stimmen hat.

Wenn eine Person die absolute Mehrheit hat, ist sie der neue Kanzler oder die neue Kanzlerin. Wenn die Person zu wenige Stimmen bekommt, müssen die Abgeordneten ein zweites Mal wählen. Wenn nach der zweiten **Wahl** keine Person die absolute Mehrheit hat, müssen die Abgeordneten ein drittes Mal wählen. Bei der dritten Wahl gewinnt die Person mit den meisten Stimmen. Dann muss es keine absolute Mehrheit mehr geben.

Klimawandel

Klimawandel ist, wenn sich das Klima auf der Erde verändert. In unserer Zeit wird das Klima durch Abgase der Menschen wärmer. Dies hat weitreichende Folgen. Menschen leiden darunter.

Das Klima hat etwas mit dem Wetter zu tun.

Zum Wetter gehören zum Beispiel:

- Wärme und Kälte,
- Regen, Sonne und Trockenheit,
- Wind und Sturm.

Das Wetter ist jeden Tag anders. Aber trotzdem kann man das Wetter über einen längeren Zeitraum betrachten. Man kann dann sagen, dass es in einer Region eher wärmer ist. Oder man kann sagen, dass in einer Region der Winter besonders kalt ist. Man nennt das Wetter über einen langen Zeitraum Klima.

Das Klima auf der Erde verändert sich. Das Klima wird immer wärmer. Es gibt immer mehr Stürme und Hochwasser. Wenn das Klima sich verändert, heißt das Klimawandel.

Der Grund dafür sind Gase wie zum Beispiel CO₂ oder Methan in der Luft. Diese Gase nennt man Treibhausgase. Das Treibhausgas CO₂ entsteht zum Beispiel, wenn man Holz, Kohle oder Benzin verbrennt. Große Mengen von CO₂ entstehen in Kohlekraftwerken oder in Fabriken. Wir erzeugen CO₂, wenn wir unsere Wohnung heizen. Und wenn wir Auto fahren oder mit dem Flugzeug fliegen. Wenn zum Beispiel Kühe oder Schweine für die Fleischproduktion gehalten werden, entsteht ein anderes Treibhausgas: Es heißt Methan.

Der Klimawandel hat weitreichende Folgen: Das Eis am Nord- und Südpol schmilzt. Deshalb ist mehr Wasser in den Meeren. Weil sich die Temperaturen auf der Welt verändern, gibt es oft besondere Wetter-Ereignisse: Das können lange Dürrezeiten sein oder heftige Stürme und Überschwemmungen. Viele Menschen leiden unter diesen Folgen.

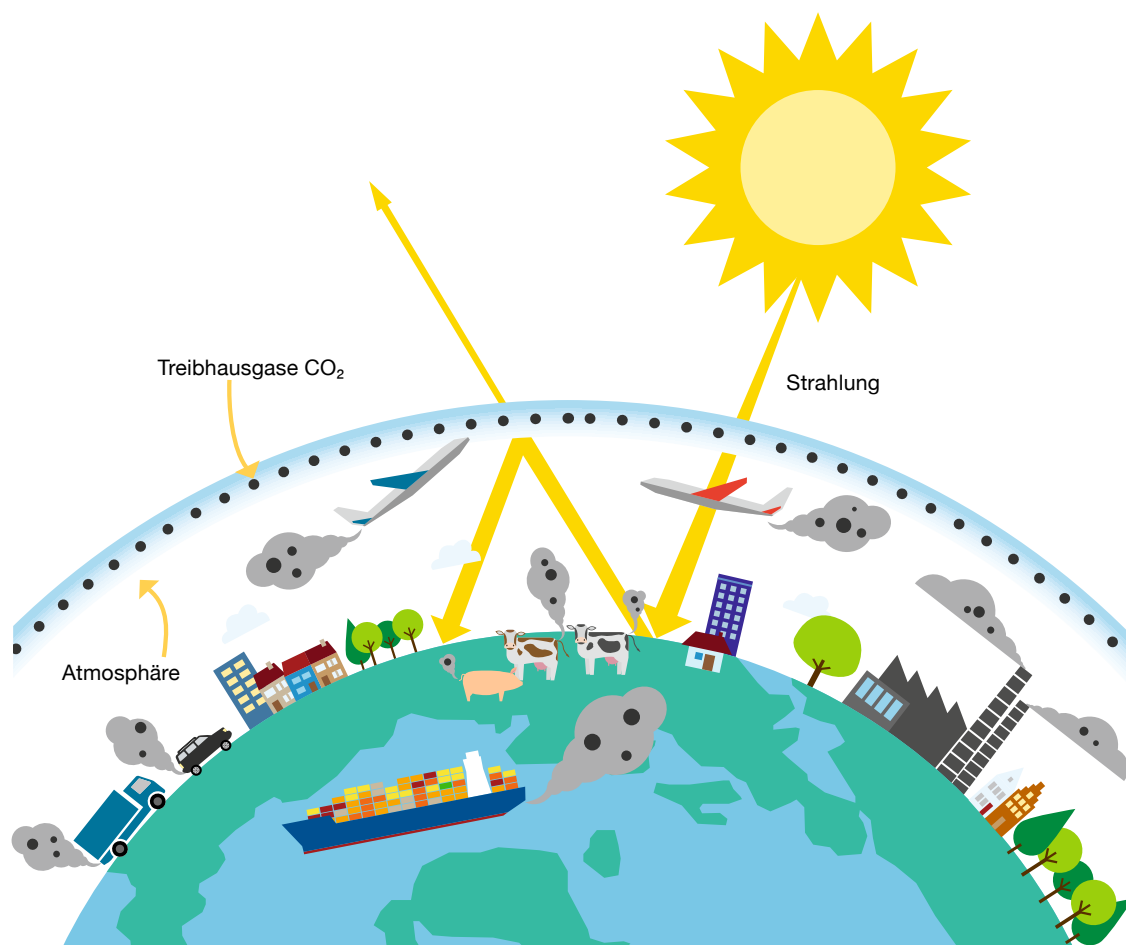
Die Veränderungen kann man überall auf der Welt spüren. Besonders schwerwiegend sind die Folgen in ärmeren Ländern. Dort haben die Menschen oft weniger Möglichkeiten, sich an die Veränderungen anzupassen.

Die Menschheit kann den Klimawandel bremsen. Aber sie kann ihn nicht vollständig aufhalten. Schon jetzt ist es auf der Erde deutlich wärmer geworden. Die Erwärmung wird in jedem Fall noch weitergehen. Denn es dauert, bis sich Veränderungen auswirken. Wenn wir heute Treibhausgase einsparen, wird das erst in etwa zehn Jahren das Klima verbessern.

Damit die Menschen auch in Zukunft noch gut auf der Erde leben können, muss sich viel verändern.

Für den Klimaschutz ist Zusammenarbeit besonders wichtig. Kein Mensch, keine Gruppe und kein Land allein können die weltweiten Herausforderungen bewältigen.

Viele müssen Verantwortung übernehmen, zusammenarbeiten und voneinander lernen.



Koalition

Eine Koalition ist eine Zusammenarbeit von zwei oder mehreren Fraktionen für eine festgelegte Zeit.

Nach einer Parlamentswahl bilden die Abgeordneten im Parlament Fraktionen. Die Abgeordneten einer Fraktion haben gleiche oder ähnliche Ziele. Fraktionen wollen möglichst viele ihrer Ziele erreichen.

Manchmal hat eine Fraktion die absolute Mehrheit im Parlament. Absolute Mehrheit bedeutet: Über die Hälfte aller Abgeordneten gehören zu dieser Fraktion. Eine Fraktion mit absoluter Mehrheit hat auch bei Abstimmungen die Mehrheit.

Sie kann Abstimmungen auch allein gewinnen. Sie kann auch allein die Mehrheit bei der Wahl von wichtigen Ämtern haben.

Manchmal hat keine Fraktion die absolute Mehrheit. Dann sucht sich die Fraktion einen oder mehrere Partner. Man kann auch sagen, dass sie eine Koalition bilden.

Die Koalition hat im Parlament meistens die absolute Mehrheit. Mehr als die Hälfte der Abgeordneten gehört zu der Koalition. Die Koalition kann dann Abstimmungen gewinnen. Die Koalition kann so auch die Mehrheit bei der Wahl von wichtigen Ämtern haben. Zum Beispiel im Bundestag bei der Wahl des Bundeskanzlers oder der Bundeskanzlerin. Oder im Landtag bei der Wahl des Ministerpräsidenten oder der Ministerpräsidentin.

Bevor sich eine Koalition bildet, verhandeln die Parteien miteinander. Das nennt man Koalitionsverhandlungen.

Die Parteien diskutieren:

- Können wir zusammen regieren?
- Welche Ziele verfolgen wir gemeinsam?
- Wer soll wichtige Ämter bekommen?

Nach den Verhandlungen können sich die Parteien für oder gegen eine Koalition entscheiden. Wenn sich mehrere Parteien für eine Koalition entscheiden, schließen sie einen Koalitionsvertrag. Sie regieren dann gemeinsam.

Kommunalwahl

Kommunalwahlen nennt man die Wahlen in einer Gemeinde, einer Stadt, einem Kreis oder einem Bezirk.

Wer von Kommunen spricht meint: Kreise, Städte, Gemeinden und Stadtbezirke. Die Kommunen entscheiden wichtige Dinge selbst. Die Entscheidungen gelten nur für das Gebiet der Kommune.

In den Kommunen entscheiden:

- Räte wie der Gemeinderat, der Stadtrat oder der Kreistag,
- ein Oberbürgermeister oder eine Oberbürgermeisterin, ein Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin, ein Landrat oder eine Landrätin.

Die Wahlen für die Räte und die Wahlen des Bürgermeisters oder der Landrätin heißen Kommunalwahlen. Bei den Kommunalwahlen gelten die Grundregeln der Wahlen in Deutschland. Die Wahlen sind allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim. Mehr Informationen zu diesen Begriffen gibt es hier.

Neben den Grundregeln bestimmt jedes Bundesland selbst, welche Regeln für die Kommunalwahlen gelten. Zum Beispiel beschließt das Land Brandenburg die Regeln für alle Kommunalwahlen in Brandenburg. Es gibt aber trotzdem viele Gemeinsamkeiten.



Wer darf wählen?

- Bei den meisten Kommunalwahlen müssen Wähler und Wählerinnen mindestens 16 Jahre alt sein.
- Sie müssen eine [EU-Staatsbürgerschaft](#) und einen Wohnsitz in der Kommune haben.

Bei dieser Regel gibt es auch Ausnahmen. In manchen Bundesländern ist das Wahlalter 18 Jahre.

Wer wird gewählt:

- Bei Kommunalwahlen müssen [Kandidaten und Kandidatinnen](#) mindestens 18 Jahre alt sein.
- Sie müssen eine EU-Staatsbürgerschaft und einen Wohnsitz in der Kommune haben.

Wie oft finden Kommunalwahlen statt?

- Kommunalwahlen sind alle vier, fünf oder sechs Jahre.

Die Wähler und Wählerinnen können per [Briefwahl](#) oder in einem [Wahllokal](#) wählen.

Kommunen

„Kommunen“ sind Kreise, Städte, Gemeinden und Stadtbezirke.

Die Bundesrepublik Deutschland besteht aus 16 Bundesländern. Jedes Bundesland ist in kleinere Gebiete aufgeteilt. Diese Gebiete sind zum Beispiel Kreise und Städte.

Kreise bestehen aus mehreren Gemeinden. Große Städte haben zum Beispiel Stadtbezirke.

Vielleicht haben Sie schon einmal das Wort „Kommunen“ gehört. Eine Bürgermeisterin sagt zum Beispiel: „Kommunen haben zu wenig Geld.“ Wer von „Kommunen“ spricht, meint: Kreise, Städte, Gemeinden und Stadtbezirke.

Die Politik in Kreisen, Städten, Gemeinden und Stadtbezirken heißt Kommunalpolitik.

Kommunalpolitik regelt zum Beispiel diese Dinge:

- Wo wird eine neue Wohnsiedlung gebaut?
- Soll es mehr Busse, Straßenbahnen oder U-Bahnen geben?
- Wird ein neues Schwimmbad gebaut?

Die Entscheidungen gelten nur für das Gebiet der Kommune. Die Entscheidungen sind vor allem für die Kommune wichtig.

In den Kommunen entscheiden Räte, Bürgermeister und Bürgermeisterinnen oder Landräte. Räte in Kommunen sind zum Beispiel der Gemeinderat, der Stadtrat und der Kreistag.

Konstruktives Misstrauensvotum

Das konstruktive Misstrauensvotum ist eine besondere Abstimmung im **Bundestag**. Mit dieser Abstimmung kann der Bundestag den **Kanzler** oder die **Kanzlerin** entlassen. Der Bundestag kann den Kanzler oder die Kanzlerin nur entlassen, wenn er gleichzeitig einen neuen oder eine neue wählt.

In Deutschland hat der Bundestag den Bundeskanzler erst einmal durch ein konstruktives Misstrauensvotum entlassen.

Nach der Bundestagswahl 1980 haben die **Abgeordneten** aus der **Koalition** SPD und FDP Helmut Schmidt zum Bundeskanzler gewählt. Im Jahr 1982 haben die Abgeordneten den Kanzler Helmut Schmidt entlassen.

Die Abgeordneten aus der **Fraktion** der FDP waren damals mit seinen Entscheidungen nicht mehr zufrieden. Sie wollten mit der Fraktion der CDU und CSU einen anderen Kanzler wählen. So kam es zu einer Abstimmung. Nach dieser Abstimmung war Helmut Kohl Kanzler, nicht mehr Helmut Schmidt.



Regierungswechsel: Bundeskanzler Helmut Kohl, am Rednerpult, löst Helmut Schmidt (li.) ab (01.10.1982).

Körperliche Unversehrtheit

Die körperliche Unversehrtheit ist ein Grundrecht aller Menschen. Jeder Mensch hat das Recht darauf, dass sein Körper und sein Geist vom Staat nicht verletzt, sondern geschützt wird.

In Artikel 2 (2) des [Grundgesetzes](#) steht: „**Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.**“

Der Artikel schützt die körperliche Unversehrtheit eines Menschen. Der Staat muss den Körper, den Geist und das Leben aller Menschen schützen.



Illustrator: Andreas Thiel, © bpb

Der [Staat](#) darf zum Beispiel niemanden foltern. Der Staat darf niemanden durch Folter verletzen oder töten.

Der Staat muss auch aufpassen, dass niemand anderes einen Menschen verletzt oder tötet. Der Staat muss die Gesundheit eines Menschen schützen.

Der Staat muss zum Beispiel dafür sorgen, dass Lebensmittel, die verkauft werden, nicht giftig sind. Dafür gibt es strenge Vorschriften in der [Bundesrepublik](#) Deutschland.

Auch ein Arzt darf keinen Menschen an seinem Körper verletzen, wenn er das nicht will. Jeder Mensch entscheidet selbst, wie er mit seinem Körper umgeht. Zum Beispiel entscheidet er, ob er mit einer Untersuchung einverstanden ist.

Auch dafür gibt es Vorschriften. Man muss zum Beispiel einer Operation schriftlich zustimmen.

Kriegsdienstverweigerung

Kriegsdienstverweigerung bedeutet, dass ein Mensch sich weigern kann, im Krieg zu kämpfen. Der Staat darf niemanden zwingen, im Krieg zu kämpfen.

In Artikel 4 des Grundgesetzes steht: **„(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“**

Es kann sein, dass eine Person sagt: „Ich bin überzeugt, dass es falsch ist, wenn ich im Krieg kämpfe.“ Oder sie sagt: „Meine Religion erlaubt es mir nicht, im Krieg zu kämpfen.“ Eine andere Person sagt vielleicht: „Ich darf keinen Menschen töten, auch dann nicht, wenn ich angegriffen werde.“ Für diese Personen ist es gegen das Gewissen, im Krieg zu kämpfen.

Der Staat darf keinen Menschen zwingen, im Krieg zu kämpfen. Vielleicht muss er dann aber etwas anderes machen, zum Beispiel in einem Krankenhaus helfen.



Manche Menschen verweigern den Kriegsdienst. Man nennt sie Kriegsdienstverweigerer. Als es noch die Wehrpflicht gab, leisteten Kriegsdienstverweigerer keinen Wehrdienst bei der Bundeswehr. Sie leisteten Zivildienst. Manche Menschen leisteten ihren Zivildienst bei einem Fahrdienst für behinderte Menschen.

Landesminister/Landesministerin

Die Landesminister und Landesministerinnen sind Teil der Landesregierung.

Die Minister und Ministerinnen haben verschiedene Aufgaben.

Zum Beispiel:

- Die Finanzministerin verwaltet das Geld und kümmert sich um die Steuern.
- Der Umweltminister ist für den Schutz der Umwelt zuständig.

In jedem Bundesland gibt es einen Ministerpräsidenten oder eine Ministerpräsidentin. Er oder sie kann entscheiden, wie viele Landesminister und Landesministerinnen es geben soll und welche Aufgaben sie haben. Der Ministerpräsident oder die Ministerpräsidentin ernennt die Landesminister.

Jeder Landesminister und jede Landesministerin leitet ein Landesministerium.



In der Kultusministerkonferenz treffen sich alle Ministerinnen und Minister, die für die Schulen zuständig sind. Sie sprechen die Schulpolitik der Bundesländer ab.

Landesministerium

Die Landesministerien gehören zu den Landesregierungen. Jedes Ministerium ist für einen bestimmten Bereich zuständig, zum Beispiel für den Bereich „Verkehr“ oder für den Bereiche „Finanzen“.

Nach einer [Landtagswahl](#) entscheidet der [Ministerpräsident oder die Ministerpräsidentin](#), wie viele und welche Landesministerien es gibt. Ein [Landesminister oder eine Landesministerin](#) leitet ein Landesministerium. Sie treffen die wichtigen Entscheidungen über die Arbeit ihres Landesministeriums.

In den unterschiedlichen Bundesländern gibt es auch unterschiedliche Landesministerien. Zum Beispiel gibt es in jedem Bundesland ein Ministerium, das für die Finanzen zuständig ist. In vielen Bundesländern ist das Ministerium nur für Finanzen zuständig. Manchmal heißt es zum Beispiel aber auch „Ministerium für Finanzen und Europa“. Es ist dann auch noch für Europa zuständig.

Landesregierung

Die Landesregierung ist die Regierung in einem Bundesland.

Dies sind die Aufgaben einer Landesregierung:

- Sie führt die Gesetze aus. Zum Beispiel kann der Landtag beschließen, dass die meisten Schulen den Schüler und Schülerinnen Mittagessen anbieten müssen. Die Landesregierung muss dann dafür sorgen, dass dies so geschieht.
- Sie erklärt den Bürgern und Bürgerinnen die Politik des Bundeslandes.
- Die Landesregierung schickt Vertreter und Vertreterinnen in den Bundesrat.
- Die Landesregierung schlägt dem Landtag auch Gesetze vor. Über Vorschläge der Landesregierung für Gesetze entscheidet dann der Landtag.

Die Landesregierung ist Teil der Exekutive.

Zur Landesregierung gehören:

- Der Ministerpräsident oder die Ministerpräsidentin,
- Landesminister und Landesministerinnen.

In manchen Bundesländern gehören auch Staatssekretäre und Staatsräte zur Landesregierung. Staatssekretäre und Staatsräte sind hohe Beamte und Beamtinnen. Sie unterstützen die Minister und Ministerinnen sowie den Ministerpräsidenten oder die Ministerpräsidentin.

Der Ministerpräsident oder die Ministerpräsidentin leitet die Landesregierung.

Ein anderes Wort für Landesregierung ist Landeskabinett. In Berlin, Bremen und Hamburg heißt die Landesregierung Senat. In Bayern und Sachsen heißt die Landesregierung auch Staatsregierung. In Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg heißt die Landesregierung auch Ministerrat.

Landtag

Der Landtag ist das Parlament in einem Bundesland. Die Bürgerinnen und Bürger in einem Bundesland wählen ihren Landtag

Das Wort Parlament bedeutet „Aussprache“. Die Abgeordneten sagen ihre Meinung zu wichtigen Fragen. Das nennt man Landtagsdebatte. Die Abgeordneten treffen im Landtag wichtige Entscheidungen. Man kann auch sagen, dass der Landtag Beschlüsse fasst.

Das macht der Landtag:

- Der Landtag beschließt neue Gesetze oder ändert Gesetze, die es schon gibt.
- Diese Gesetze gelten für alle Menschen in dem Bundesland.
- Der Landtag entscheidet über den Haushalt des Bundeslandes, also darüber, wie viel Geld für was ausgegeben wird.
- Der Landtag wählt den Ministerpräsidenten oder die Ministerpräsidentin.
- Der Landtag kontrolliert die Landesregierung.

Die Landesregierung muss dem Landtag sagen, was die Landesregierung getan hat und was sie tun will.

Die Bürger und Bürgerinnen des Bundeslandes wählen den Landtag. Die Wahl nennt man Landtagswahl. Die Landtagswahl findet in den meisten Bundesländern alle 5 Jahre statt. Das Bundesland Bremen ist eine Ausnahme. In Bremen wählen die Wähler und Wählerinnen das Parlament alle 4 Jahre neu. In Bremen und Hamburg heißt das Landesparlament ‚Bürgerschaft‘ und nicht Landtag. In Berlin heißt es ‚Abgeordnetenhaus‘.

Landtagswahl

Eine Landtagswahl ist die Wahl des Parlaments in einem Bundesland.

Die Bundesrepublik Deutschland besteht aus 16 Bundesländern. Jedes Bundesland hat eine eigene Regierung und ein Parlament. Das Parlament eines Bundeslandes heißt Landtag. Es gibt drei Ausnahmen. In Bremen und Hamburg heißt das Landesparlament ‚Bürgerschaft‘. In Berlin heißt es ‚Abgeordnetenhaus‘.

Es gibt verschiedene Regeln für eine Landtagswahl. In allen Bundesländern gilt, dass die Wahl allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim ist. Mehr Informationen zu diesen Begriffen gibt es [hier](#).



Wer darf wählen?

In den meisten Bundesländern müssen Wähler und Wählerinnen mindestens 18 Jahre alt sein. Sie müssen die [Staatsbürgerschaft](#) haben und ihren Wohnsitz in dem Bundesland haben. Die Bundesländer Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein sind Ausnahmen. In diesen Bundesländern ist das Wahlalter 16 Jahre.

Wer wird gewählt?

In den meisten Bundesländern müssen [Kandidaten](#) und [Kandidatinnen](#) mindestens 18 Jahre alt sein. Sie müssen die deutsche Staatsbürgerschaft haben und ihren Wohnsitz in dem Bundesland haben. Das Bundesland Hessen ist eine Ausnahme. In Hessen müssen Kandidaten und Kandidatinnen mindestens 21 Jahre alt sein.

Wie viele Stimmen hat jeder Wähler und jede Wählerin?

In den meisten Bundesländern hat jeder Wähler und jede Wählerin zwei Stimmen. Man nennt sie [Erststimme](#) und [Zweitstimme](#).

Die Bundesländer Baden-Württemberg, Saarland, Bremen und Hamburg sind Ausnahmen. In Baden-Württemberg und im Saarland haben die Wähler und Wählerinnen eine Stimme. In Bremen haben die Wähler und Wählerinnen 5 Stimmen. In Hamburg haben die Wähler und Wählerinnen 10 Stimmen.

Wie oft ist die Landtagswahl?

In den meisten Bundesländern ist die Landtagswahl alle 5 Jahre. Das Bundesland Bremen ist eine Ausnahme. In Bremen wählen die Wähler die Bürgerschaft alle 4 Jahre neu.

In allen Bundesländern können die Wähler und Wählerinnen per [Briefwahl](#) oder in einem [Wahllokal](#) wählen.

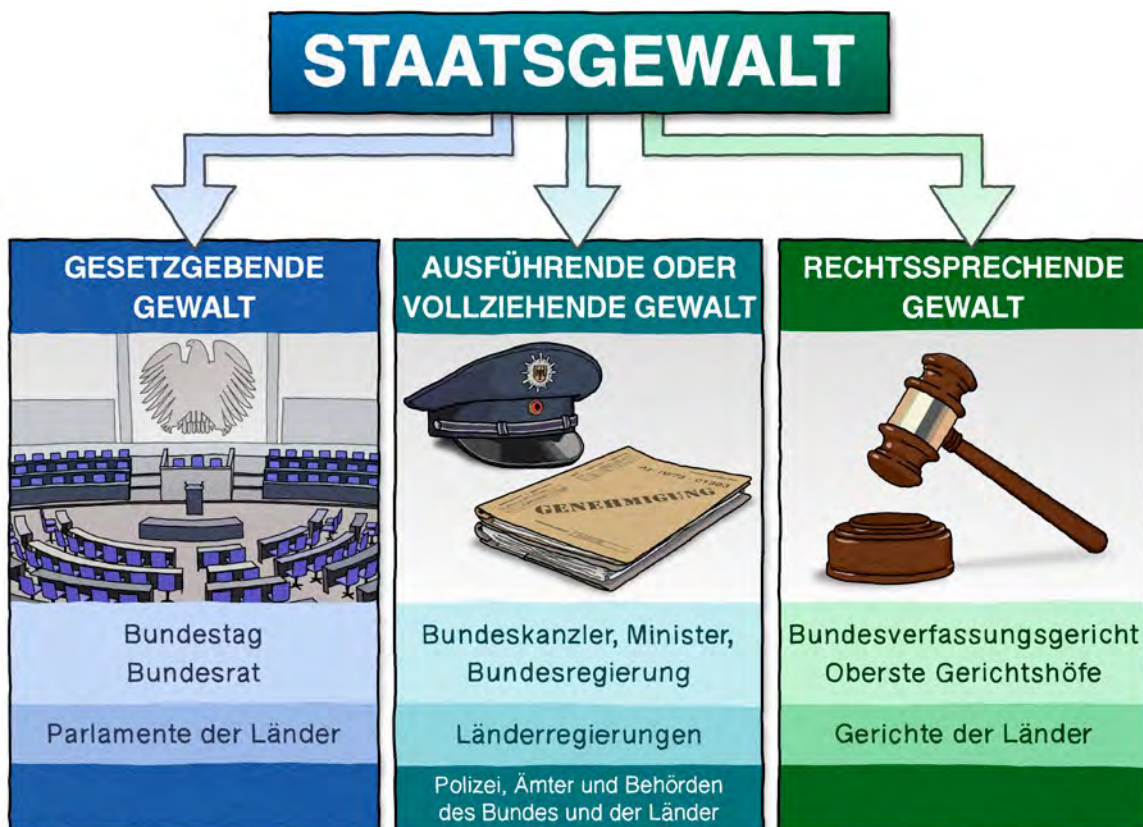
Legislative

Der Begriff **Legislative** kommt aus der lateinischen Sprache. Er ist aus zwei lateinischen Wörtern zusammengesetzt. Diese bedeuten „Gesetz“ und „tragen“. Die **Legislative** macht die Gesetze.

In allen demokratischen Staaten gibt es Gewaltenteilung. Das bedeutet, dass die Gewalt in dem Staat aufgeteilt ist. Es bestimmt dann nicht nur ein Mensch oder eine kleine Gruppe von Menschen in dem Staat. Auch die Bundesrepublik Deutschland ist ein Staat mit Gewaltenteilung. Es gibt drei Gewalten. Die Legislative ist eine von drei Gewalten. Die anderen zwei Gewalten sind die Judikative und die Exekutive.

Zur Legislative gehören die Einrichtungen, die Gesetze machen. Das sind zum Beispiel der Bundestag, der Bundesrat und die Landtage. Gesetze sind Regeln. Nur wenn es Regeln gibt, können darüber Richter entscheiden.

Andere Namen für die Legislative sind **Gesetzgeber** oder **gesetzgebende Gewalt**.



Illustrator: Andreas Thiel, © bpb

Mehrheit

Bei **Wahlen** und **Abstimmungen** bedeutet **Mehrheit**, die meisten Stimmen zu haben.

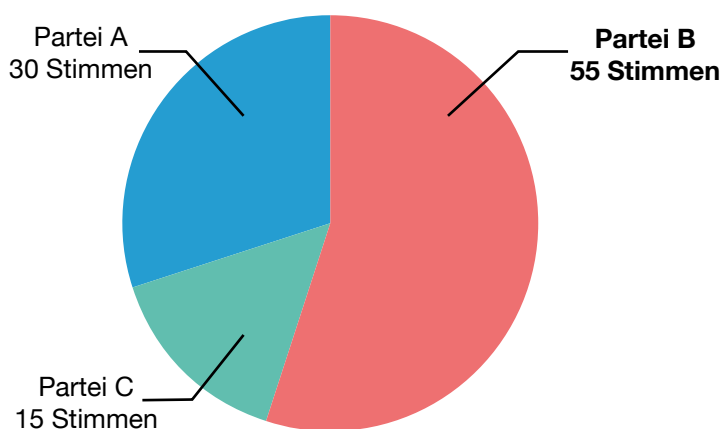
In einer **Demokratie** sind Mehrheiten sehr wichtig. Bei Wahlen und Abstimmungen trifft die Mehrheit Entscheidungen.

Es gibt verschiedene Arten von Wahlen und Abstimmungen: Bei einer Parlamentswahl stimmen die Wähler und Wählerinnen für einen **Kandidaten oder eine Kandidatin** ab. In einem Parlament stimmen die **Abgeordneten** über ein neues **Gesetz** ab. Im **Bundestag** wählen die Abgeordneten **die Bundeskanzlerin**.

Wer die meisten Stimmen hat, gewinnt die Wahl und hat somit die Mehrheit. Es gibt verschiedene Arten von Mehrheiten: Es gibt die absolute Mehrheit. Es gibt die relative Mehrheit. Es gibt die qualifizierte Mehrheit.

Absolute Mehrheit bedeutet:

Man hat mehr als die Hälfte aller Stimmen.



Ein Beispiel:

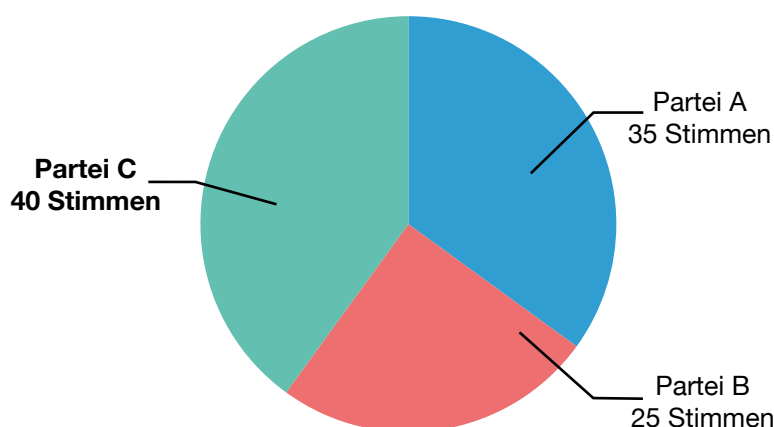
Bei einer Wahl gibt es drei **Parteien**: Es gibt die Partei A, die Partei B und die Partei C. Bei der Wahl dürfen 100 Menschen abstimmen. Man kann auch so sagen: 100 Menschen sind wahlberechtigt.

- Die Partei A erhält 30 Stimmen.
- Die Partei B erhält 55 Stimmen.
- Und die Partei C erhält 15 Stimmen.

Mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten haben für die Partei B gestimmt. Die Partei B hat die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten. Wenn 100 Menschen abstimmen gilt: Immer wenn eine Partei mehr als 50 Stimmen hat, dann hat sie die absolute Mehrheit.

Relative Mehrheit bedeutet:

Man hat die meisten Stimmen, aber nicht mehr als die Hälfte der Stimmen. Man hat also keine absolute Mehrheit.



Ein Beispiel:

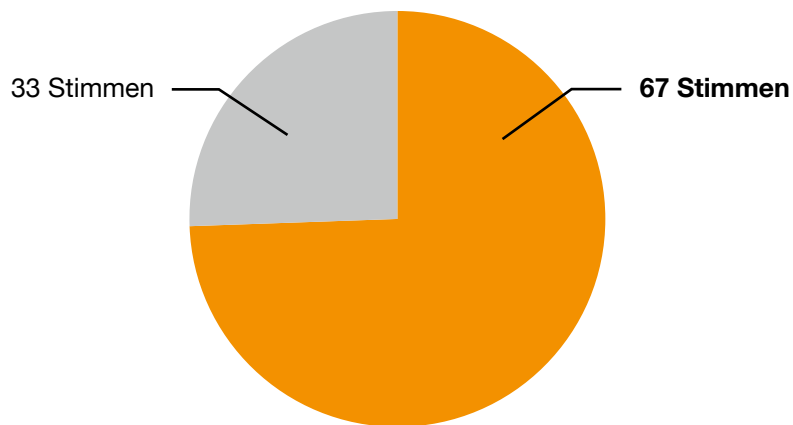
Bei einer Wahl gibt es drei Parteien: Es gibt die Partei A, die Partei B und die Partei C. Es sind 100 Menschen wahlberechtigt.

- Die Partei A erhält 35 Stimmen.
- Die Partei B erhält 25 Stimmen.
- Die Partei C erhält 40 Stimmen.

Keine Partei hat mehr als 50 Stimmen. Es gibt keine absolute Mehrheit. Die Partei C hat die meisten Stimmen. Man kann auch sagen: Die Partei C hat die relative Mehrheit der Stimmen erhalten.

Qualifizierte Mehrheit bedeutet:

Vor der Abstimmung wird festgelegt, wie viele Stimmen gebraucht werden, um zu gewinnen. Es gibt zum Beispiel die Zweidrittelmehrheit. (Das sind bei 100 Wahlberechtigten 67 Stimmen.) Es gibt auch die Dreiviertelmehrheit. (Das sind bei 100 Wahlberechtigten 75 Stimmen.) Manchmal ist es auch eine andere Mehrheit.



Ein Beispiel:

Um das [Grundgesetz](#) zu ändern, braucht der Bundestag eine Zweidrittelmehrheit. Das Grundgesetz ist die [Verfassung](#) von Deutschland. Nur wenn zwei Drittel der Abgeordneten zustimmen, kann das Grundgesetz geändert werden.

Meinungsfreiheit

Jeder kann eine eigene Meinung haben und äußern. Seine Meinung zu sagen ist wichtig für die **Demokratie**. Man kann seine Meinung auch singen, malen oder schreiben.

In Artikel 5 (1) des **Grundgesetzes** steht: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten [...].“

Das heißt, dass jeder Mensch das Recht hat, seine Meinung öffentlich zu sagen.

- Zum Beispiel kann man sagen, was man über Politik denkt. Ein Bürger oder eine Bürgerin können zum Beispiel sagen, dass sie ein Gesetz schlecht finden und ein anderes Gesetz wollen. Eine Bürgerin will zum Beispiel, dass Autos in Städten langsamer fahren, und deshalb das Gesetz ändern. Dies darf sie zum Beispiel im Internet schreiben. Oder sie kann mit anderen ein Plakat schreiben, auf dem steht: In Städten langsamer fahren! Wir wollen ein anderes Gesetz.



- Oder ein Bürger kann im [Internet](#) schreiben: „Der [Bürgermeister](#) will Geld sparen und deshalb mein Lieblingsschwimmbad verkaufen. Das finde ich falsch!“ Wenn viele Menschen gegen den Verkauf sind, kann das etwas verändern: Das Schwimmbad wird vielleicht doch nicht verkauft.
- Man darf auch Politiker kritisieren, zum Beispiel die [Bundeskanzlerin](#) oder einen [Minister](#).
- Oder man schlägt vor, was die Bundeskanzlerin oder der Minister besser machen sollen.

Aber es gibt auch Grenzen der Meinungsfreiheit. Grenzen sind dort, wo die Grundrechte anderer Personen verletzt werden:

Es ist nicht erlaubt

- zum Hass auf andere Menschen aufzurufen,
- anderen Menschen mit Gewalt zu drohen.

Das verbreitet Angst und die Menschen fühlen sich nicht mehr sicher. Hass und Gewalt verletzen die Rechte anderer Menschen.

Auch Beleidigungen sind verboten. Einen Menschen mit einer Behinderung „lahmen Krüppel“ zu nennen, ist eine Beleidigung.

Es ist oft schwer, zu entscheiden:

- Was ist eine erlaubte Meinung?
- Was ist eine Beleidigung?

Menschenrechte

Menschenrechte sind Rechte, die jeder Mensch hat. Es ist egal, aus welchem Staat er kommt. Es ist egal, welche Gesetze in seinem Staat aufgeschrieben wurden.

Manche Rechte gelten nur für die Bürger und Bürgerinnen in einem Staat.

Es gibt auch Rechte, die für alle Menschen gelten. Egal, wo sie leben. Diese Rechte heißen Menschenrechte.

Am 10. Dezember 1948 haben die Vereinten Nationen die Menschenrechte aufgeschrieben. Das Dokument, in dem die Menschenrechte stehen, heißt: „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“.

Beispiele für Menschenrechte sind:

- Jeder hat das Recht, in anderen Ländern Asyl zu suchen.
- Jeder hat das Recht auf Leben und Freiheit.

In Deutschland stehen Menschenrechte auch im Grundgesetz.

Manche Staaten halten sich nicht an die Menschenrechte. In diesen Staaten gibt es oft auch keine unabhängigen Gerichte. Die Menschen können sich also nicht bei einem Gericht über die Verletzung von Menschenrechten beschweren. Viele Menschen finden das nicht gut. Sie fordern, dass die Vereinten Nationen mehr tun, um die Menschenrechte zu schützen.

Das ist schwer, weil jeder Staat seine eigenen Gesetze hat. Die Vereinten Nationen können die Staaten zu nichts zwingen. Sie können sie nur bitten, sich an die Regeln zu halten.

Menschenwürde

Menschenwürde bedeutet, dass jeder Mensch wertvoll ist, weil er ein Mensch ist. Wenn etwas immer einen Wert hat, sagt man: Es hat eine Würde. Jeder Mensch hat eine Würde.

In Artikel 1 (1) des [Grundgesetzes](#) steht: **„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“**

So erklärt der Philosoph Immanuel Kant die Menschenwürde:

Dinge sind wertvoll, wenn wir sie brauchen können. Schuhe sind zum Beispiel wertvoll, wenn sie passen und man gut in ihnen laufen kann. Wenn die Schuhe kaputt sind und niemand mehr in ihnen laufen kann, haben sie keinen Wert mehr.

Bei Menschen ist das anders. Der Mensch hat immer einen Wert. Auch wenn er krank ist. Auch wenn er nicht arbeiten kann. **Wenn etwas immer einen Wert hat, sagt man: Es hat eine Würde. Jeder Mensch ist deshalb wertvoll, weil er ein Mensch ist.**



Illustrator: Andreas Thiel, © bpb

Der Artikel 1 des Grundgesetzes schützt den Menschen in seiner Würde.

In Artikel 1 steht: Die Würde eines Menschen ist unantastbar. Das heißt: Die Würde darf auf keinen Fall verletzt werden.

Menschen sind wertvoll und haben eine Würde,

- egal, welche Religion sie haben,
- egal, aus welchem Land sie kommen,
- egal, ob sie Frauen oder Männer sind oder
- egal, wie alt sie sind.

Die Menschenwürde ist die wichtigste Regel im deutschen Grundgesetz. Niemand darf die Würde eines Menschen verletzen.

Der Staat darf die Menschenwürde nicht verletzen. Der Staat muss Menschen schützen, wenn ihre Menschenwürde verletzt wird.

Das heißt: Kein Mensch hat das Recht, einem anderen Menschen Gewalt anzutun. Zum Beispiel wurden in der Nazi-Zeit behinderte Menschen festgehalten und umgebracht, weil sie eine Behinderung hatten. Das nennt man „**Euthanasie**“-**Morde**. So etwas verbietet die Menschenwürde. Kein Mensch darf gefoltert oder getötet werden. Alle Menschen müssen mit Würde behandelt werden. Kein Mensch, der wirklich Hilfe braucht, darf allein gelassen werden.

Das gilt zum Beispiel auch für alle Menschen, die krank sind. Und für alle Kinder, die ohne Eltern sind.

Auch die Würde von Menschen, die ein Gesetz gebrochen haben, muss beachtet werden. Das hat das Bundesverfassungsgericht bestätigt.

Es hat zum Beispiel entschieden, dass auch Menschen im Gefängnis die Hoffnung haben müssen, dass sie das Gefängnis irgendwann wieder verlassen dürfen. Auch jemand, der einen anderen Menschen ermordet hat. Ein Leben ohne Hoffnung ist nicht menschenwürdig.

Ein Gericht muss deshalb nach 15 Jahren prüfen, ob ein Mensch das Gefängnis wieder verlassen kann.

Minderheitsregierung

Eine Minderheitsregierung ist eine Regierung ohne eine absolute Mehrheit im Parlament.

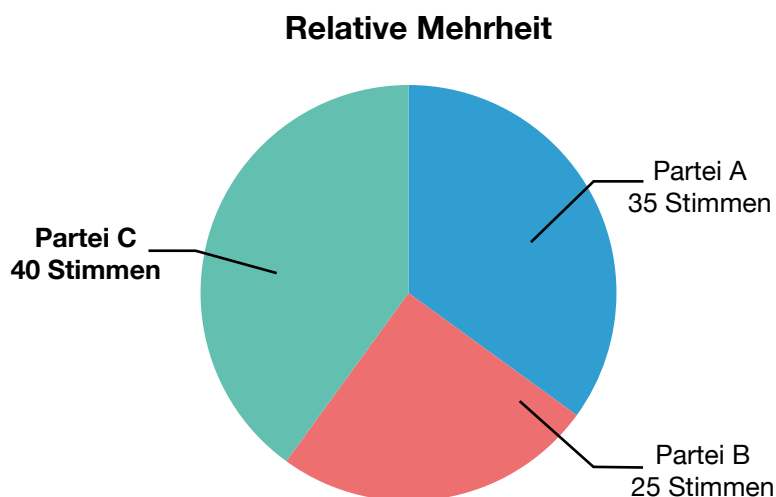
Eine Regierung braucht Unterstützung vom Parlament,

- damit ihre Gesetze beschlossen und
- ihre Pläne verwirklicht werden.

In einer parlamentarischen Demokratie wie Deutschland unterstützt mehr als die Hälfte der Abgeordneten die Regierung. Dafür wird nach einer Wahl oft eine Koalition geschlossen.

Bei Abstimmungen hat die Regierungspartei oder haben die Regierungsparteien dann die absolute Mehrheit. Die Regierungsparteien nennt man auch Koalitionsparteien.

Manchmal hat eine Regierung aber nicht die Unterstützung von mehr als der Hälfte der Abgeordneten. Die Regierungspartei hat oder die Regierungsparteien haben nicht die absolute Mehrheit im Parlament. Das nennt man Minderheitsregierung.



Dann braucht die Regierung Unterstützung von anderen [Parteien](#). Damit es eine absolute Mehrheit gibt, muss die Regierung für jede Entscheidung Unterstützer suchen. Das ist sehr schwer. Es wird deshalb viel diskutiert und Kompromisse werden vereinbart. Manchmal werden auch keine Kompromisse gefunden.

Manche Menschen sagen: Minderheitsregierungen sind schlecht. Die Regierung ist dadurch geschwächt. Radikale Parteien werden gestärkt. Das ist schlecht für die Demokratie.

Andere Menschen sagen: Minderheitsregierungen sind gut. Weil dann mehr Parteien mitbestimmen können. Und die Regierung mehr für ihre Ziele kämpfen muss. Das ist gut für die [Demokratie](#).

Es gibt also Vorteile und Nachteile von einer Minderheitsregierung.

In verschiedenen deutschen [Bundesländern](#) gab es schon Minderheitsregierungen. Die [Bundesregierung](#) war aber noch nie eine Minderheitsregierung. In Skandinavien gibt es häufiger Minderheitsregierungen. Skandinavien sind die Länder: Norwegen, Schweden, Dänemark und Finnland.

Ministerpräsident/Ministerpräsidentin

Der Ministerpräsident oder die Ministerpräsidentin ist der Chef oder die Chefin der Regierung eines Bundeslandes.

Der Ministerpräsident oder die Ministerpräsidentin wird von den Abgeordneten des Landesparlaments gewählt. Die Wahl findet alle 5 Jahre nach den Landtagswahlen statt. Er oder sie lenkt die Politik des Bundeslandes. Er oder sie vertritt das Bundesland nach außen: Er oder sie spricht und verhandelt zum Beispiel mit der Bundeskanzlerin oder einer Vertreterin der Europäischen Union für das Bundesland.

Der Ministerpräsident oder die Ministerpräsidentin entscheidet, wie viele Landesminister und Landesministerinnen es geben soll und welche Aufgaben sie haben. Der Ministerpräsident oder die Ministerpräsidentin vertritt mit anderen Ministern das Bundesland im Bundesrat.

In den Bundesländern Hamburg, Bremen und Berlin nennt man den Regierungschef nicht Ministerpräsident. In Hamburg und Bremen heißt der Chef oder die Chefin der Landesregierung „Erster Bürgermeister“ oder „Erste Bürgermeisterin“. In Berlin nennt man den Chef der Landesregierung „Regierender Bürgermeister“.



Manuela Schwesig (in der Bildmitte) ist Ministerpräsidentin des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern. Frau Schwesig (SPD) unterhält sich hier im Jahre 2021 im Wahlkampf mit Bürger und Bürgerinnen.

Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit bedeutet: Die Menschen der heutigen Zeit sorgen dafür, dass auch die Menschen in der Zukunft noch gute Lebensbedingungen haben. Sie sorgen auch dafür, dass Pflanzen und Tiere, die es heute gibt, auch in der Zukunft noch auf unserer Erde leben können.

Nachhaltig bedeutet, dass etwas eine längere Zeit erhalten bleibt oder wirkt. Die Nachhaltigkeit ist ein wichtiges Prinzip für die Zukunft. Die Menschen in der Zukunft sollen nicht weniger Rohstoffe und Nahrung haben als wir heute. Sie sollen gesund, sicher, frei und mit anderen gemeinsam leben können. Auch die Pflanzen und Tiere, die es heute gibt, sollen in der Zukunft noch auf unsere Erde leben. Darum müssen die Menschen der heutigen Zeit nachhaltig leben.

Drei Beispiele:

Wenn Menschen einen Wald komplett abholzen, dann haben sie später kein Holz mehr. Bei einer nachhaltigen Waldnutzung werden nur so viele Bäume gefällt, wie auch neu gepflanzt werden.

Wenn ein Handy repariert werden kann, muss man es nicht wegwerfen. Dann braucht man kein neues Handy. Die Rohstoffe für ein neues Handy können für die Menschen der Zukunft aufgespart werden.

Wenn neue Häuser gebaut werden, dann werden dadurch manchmal Lebensräume von Tieren und Pflanzen zerstört. Bei einem nachhaltigen Bau von Häusern oder Straßen werden an anderer Stelle für Pflanzen und Tiere neue Lebensmöglichkeiten geschaffen.

NATO

Die NATO ist ein Bündnis von 30 [Staaten](#). Diese 30 Staaten haben sich verabredet, sich bei einem Angriff gemeinsam zu verteidigen.

Das Wort NATO ist eine Abkürzung. Die Abkürzung steht für: North Atlantic Treaty Organisation. Das ist englisch und bedeutet: Nordatlantikpakt-Organisation.

Der Nordatlantik ist das große Meer zwischen Europa und Nordamerika. Organisation ist eine Gemeinschaft, die nach bestimmten Regeln zusammenarbeitet und Aufgaben übernimmt. Ein Pakt ist ein Vertrag oder Abkommen.

Die NATO ist also eine Gemeinschaft von Staaten aus Europa und Nordamerika.

Diese Staaten haben einen Vertrag unterschrieben. In diesem Vertrag steht: Wenn einer der Staaten angegriffen wird, dann helfen alle anderen Staaten bei der Verteidigung. Sie schicken zum Beispiel Soldaten. Die NATO ist also ein Verteidigungsbündnis.

Das Ziel der NATO ist die Sicherheit der Mitgliedstaaten und die Stabilität in der Welt.

In dem NATO-Vertrag steht, dass sich die NATO für Frieden und Freiheit einsetzt. 1949 haben die USA, Kanada und 10 andere Staaten aus Westeuropa die NATO gegründet. Seit 1955 ist die [Bundesrepublik Deutschland](#) Mitglied der NATO.



Nato Flagge

Oberbürgermeister/Oberbürgermeisterin

Oberbürgermeister oder Oberbürgermeisterin ist die Bezeichnung für den [Bürgermeister](#) oder die [Bürgermeisterin](#) in größeren Städten.



In den meisten Städten nennt man die Person, die die Verwaltung einer Stadt oder Gemeinde leitet, Bürgermeister oder Bürgermeisterin. In manchen Städten oder Gemeinden nennt man diese Person auch Oberbürgermeister oder Oberbürgermeisterin. Dies sind meist größere Städte. Ob es einen Oberbürgermeister gibt, hängt von der Größe der Stadt ab, aber auch von ihrer Geschichte und den Regeln des [Bundeslandes](#).

Oberbürgermeister und Oberbürgermeisterinnen haben ähnliche Aufgaben wie Bürgermeister oder Bürgermeisterinnen.

Mehr Informationen dazu findet man in dem Artikel zu [Bürgermeister](#).

Opposition

Die Opposition in einem Parlament ist eine Gruppe von Abgeordneten. Sie gehören nicht zu der Fraktion oder Koalition, die gerade regiert.

In einer parlamentarischen Demokratie wählen Abgeordnete den Chef oder die Chefin der Regierung. Die Abgeordneten aus einer Partei oder die Abgeordneten mit den gleichen Zielen bilden oft eine Fraktion.

Manchmal verabreden sich mehrere Fraktionen miteinander. Sie wollen dann gemeinsam die Regierung wählen und unterstützen. Diese Fraktionen nennt man dann die Koalitionsfraktionen oder kurz die Koalition.

Neben der Koalition gibt es in einem Parlament auch eine Opposition. Das Wort Opposition bedeutet „entgegenstellen“. Die Opposition ist oft anderer Meinung als die Koalition und die Regierung. Sie schaut deshalb oft besonders genau hin, ob die Regierung gut arbeitet. Sie hat die Aufgabe, die Arbeit der Regierung zu kontrollieren.

Die Opposition kann auch zeigen, dass sie andere, bessere Lösungen hat. Sie kann deshalb auch einen Gegenvorschlag für ein Gesetz machen. Eine starke Opposition ist für die Demokratie wichtig.

Die Opposition sagt ihre Meinung im Parlament. So hören die Regierung und die Bürger und Bürgerinnen auch andere Meinungen als die von der Koalition und der Regierung. Der Wähler oder die Wählerin kann dann bei der nächsten Wahl entscheiden, welche Meinung er oder sie besser findet.

Auch außerhalb des Parlaments kann es eine Opposition geben. Man nennt sie auch: außerparlamentarische Opposition. Dies sind zum Beispiel Gegner der Regierung. Oder es sind Gruppen, die der Meinung sind, dass ihre Ideen nicht im Parlament vertreten sind.

Durch Demonstrationen, Petitionen und andere Aktionen können diese Gruppierungen ihre Ideen und Meinungen verbreiten. Dies kann zu der Bildung von neuen Parteien führen. Vielleicht bekommt diese neue Partei bei der nächsten Wahl genug Stimmen, um im Parlament vertreten zu sein.

Parlament

In einem Parlament kommen Vertreter und Vertreterinnen des Volkes zusammen. Sie beraten sich dort und treffen Entscheidungen zu wichtigen Fragen.

In einer Demokratie wie in Deutschland oder den Staaten der Europäischen Union entscheidet das Volk, wer im Staat Wichtiges bestimmen darf. Das Volk sind die Bürgerinnen und Bürger.

Die Bürgerinnen und Bürger in diesen Demokratien wählen Parlamente. Bei den Wahlen entscheiden die Bürgerinnen und Bürger, welche Personen sie im Parlament vertreten sollen. Sie entscheiden, wer einen „Sitz“ im Parlament bekommt. Personen, die einen Sitz im Parlament bekommen haben, nennt man [Abgeordnete](#).

Abgeordnete vertreten die Bürgerinnen und Bürger für eine bestimmte Zeit im Parlament. Meistens sind dies vier oder fünf Jahre. Bei der nächsten Wahl können alle Bürgerinnen und Bürger wieder neu überlegen, wer sie im Parlament vertreten soll.

Das Wort Parlament bedeutet ‚Aussprache‘. In einem Parlament sagen die Abgeordneten ihre Meinung zu wichtigen Fragen und treffen Entscheidungen für die Bevölkerung.

Die Parlamente machen die wichtigsten Regeln: die Gesetze für den Staat. Sie sind die **gesetzgebende Gewalt**. In einer [parlamentarischen Demokratie](#) wählt das Parlament auch den Chef oder die Chefin der Regierung. Das Parlament hat auch die Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren. Deshalb spielt in der parlamentarischen Demokratie auch die [Opposition](#) eine wichtige Rolle.

Es gibt viele verschiedene Parlamente. In Deutschland gibt es zum Beispiel den [Bundestag](#) und die [Landtage](#). Jedes Parlament hat andere Aufgaben. Mehr Informationen zu der Arbeit der verschiedenen Parlamente gibt es in den Lexikonartikeln zu den Parlamenten.

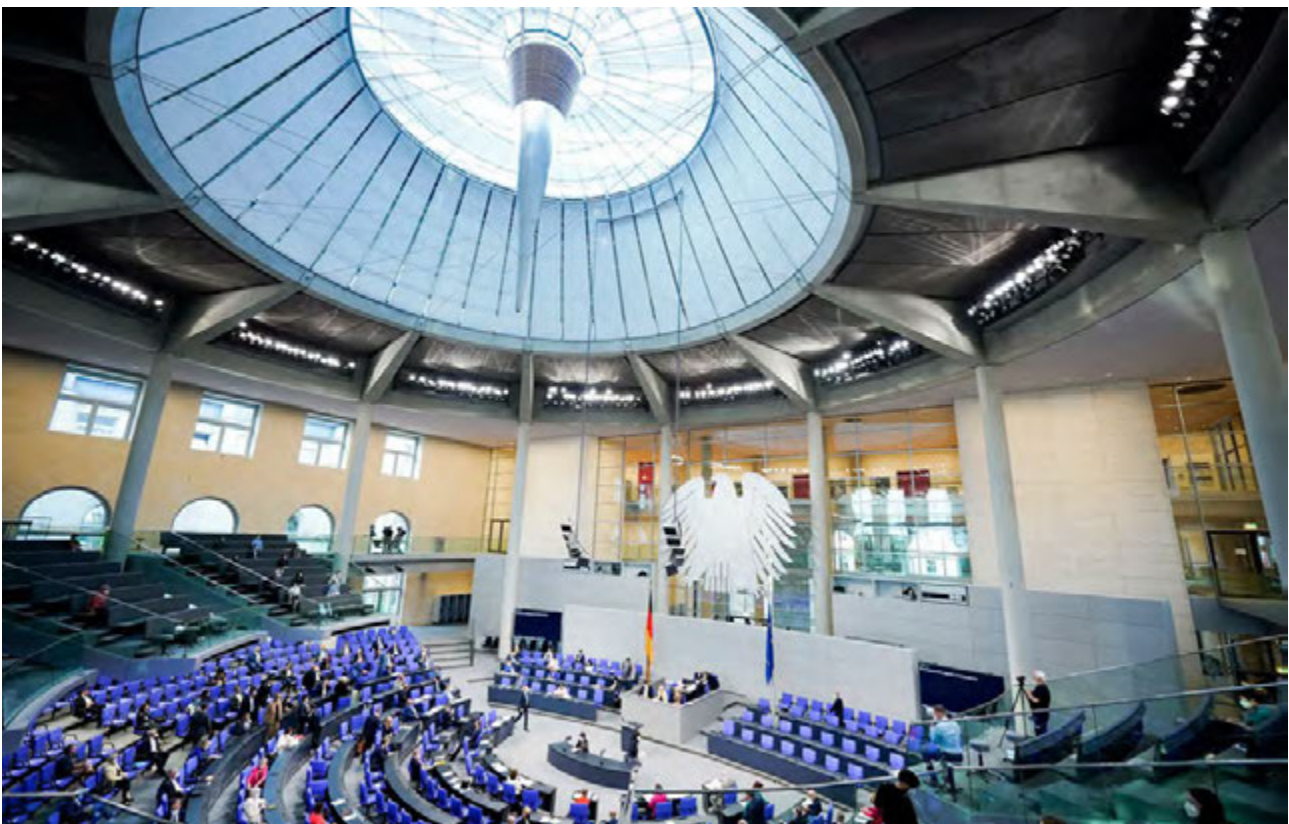
Parlamentarische Demokratie

In der Demokratie haben Parlamente die Aufgabe, über Gesetze zu bestimmen. Eine **Demokratie** heißt „parlamentarische Demokratie“, wenn das **Parlament** auch den Chef oder die Chefin der Regierung wählt und die Regierung kontrolliert.

Häufig sind auch Abgeordnete der **Regierungskoalition** im Parlament Minister oder Ministerinnen in der Regierung. Die Regierung und die Koalition sprechen sich auch häufig über die Politik ab.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Beispiel für eine parlamentarische Demokratie. In der parlamentarischen Demokratie hat das Parlament die Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren. Deshalb spielt in der parlamentarischen Demokratie auch die Opposition eine wichtige Rolle.

Eine andere Art der Demokratie ist die Präsidialdemokratie. In der Präsidialdemokratie wählt das Volk den Chef oder die Chefin der Regierung. Ein Beispiel für eine Präsidialdemokratie sind die USA.



Deutschland ist eine parlamentarische Demokratie. Das Parlament wählt die Bundeskanzlerin und kontrolliert die Regierung.

Partei

Eine Partei ist eine Gruppe von Menschen, die ähnliche politische Interessen haben und sich zusammengeschlossen haben.

Parteien sind in einer [Demokratie](#) wichtig. Menschen in einem [Staat](#) haben verschiedene Interessen und Meinungen. In Parteien tauschen sie sich darüber aus. Und sie entwickeln gemeinsam Ideen.

Eine Demokratie braucht mehrere Parteien, damit viele Ideen entstehen. Sie braucht auch mehrere Parteien, damit möglichst viele Menschen eine Partei finden, die ihre Meinungen und Interessen vertritt.

Jeder kann in eine Partei eintreten und dort mitmachen. Man kann zusammen mehr erreichen, wenn man etwas verändern möchte. So wirken die Menschen bei der Politik in einem Staat mit.

In Artikel 21 (1) steht dazu: **„Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“**

Parteien können sich frei gründen. Wenn Menschen eine Partei gründen wollen, brauchen sie dafür keine Erlaubnis.

Parteien müssen sich an demokratische Grundsätze halten. Die Regeln in einer Demokratie gelten auch in einer Partei. Zum Beispiel haben alle Mitglieder ein gleiches Stimmrecht. Oder ein Vorstand wird gewählt und nicht einfach bestimmt. Die [Mehrheit](#) der Stimmen entscheidet, wer gewählt ist.

Reiche und mächtige Menschen sollen die Parteien nicht heimlich durch Geld beeinflussen. Sie sollen ihnen nicht heimlich viel Geld geben, damit die Parteien machen, was sie wollen. Deshalb steht im [Grundgesetz](#), dass Parteien sagen müssen, woher sie Geld bekommen. Die Parteien müssen auch sagen, wofür sie Geld ausgeben. Das dürfen alle Menschen in Deutschland wissen.

Parteiprogramm

Das Parteiprogramm ist ein Text, in dem die Ziele einer Partei aufgeschrieben wurden.

Wenn sich eine Partei gründet, schreiben die Mitglieder die Ziele der Partei auf. Sie schreiben auf, was die Partei erreichen will. Sie schreiben auf, was der Partei wichtig ist und wofür die Partei steht. So wissen alle Bürger und Bürgerinnen, wofür sich die Partei einsetzt.

Im Parteiprogramm stehen grundsätzliche Ziele. Das heißt, es sind Ziele, die eine Partei über viele Jahre hat. Erst nach langer Zeit wird ein Parteiprogramm neu geschrieben. Parteiprogramme sind nicht speziell für eine Wahl, sondern allgemein.

Vor jeder Wahl schreibt eine Partei ein Wahlprogramm. Darin steht, was der Partei bei dieser Wahl wichtig ist. Darin steht auch, was sie genau machen möchte, damit sie ihre Ziele aus dem Parteiprogramm erreicht.

Zum Beispiel:

Im Parteiprogramm der Partei A steht, dass der Partei der Umweltschutz wichtig ist.

Im Wahlprogramm der Partei A für die Landtagswahl steht, dass sich die Partei für das Abschalten von Kohlekraftwerken einsetzt. Dies möchte die Partei A tun, um ihr Ziel Umweltschutz zu erreichen



Petition/Petitionsrecht

Eine Petition ist eine Beschwerde oder eine Bitte. Alle **Bürger und Bürgerinnen** haben das Recht, sich über die Politik des **Staates** zu beschweren oder den Staat um etwas zu bitten.

In Artikel 17 des **Grundgesetzes** steht das Petitionsrecht:

„Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“

Alle Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, den Staat um etwas zu bitten. Sie haben auch das Recht, sich zu beschweren.

Sie können sich über die Politik des Staates beschweren. Sie wollen dann, dass der Staat etwas macht oder nicht macht. So eine Beschwerde oder Bitte heißt Petition.



Illustrator: Andreas Thiel, © bpb

Für Petitionen gibt es Regeln:

- Man muss Petitionen aufschreiben.
- Man muss erkennen, wer sie geschrieben hat.
- Man schickt die Petition an eine Behörde oder an eine Volksvertretung wie zum Beispiel an den [Bundestag](#).
- Man kann die Petition als Brief oder im [Internet](#) verschicken.
- Schickt man eine Petition an eine Behörde, die nicht zuständig ist, muss die Behörde die Petition an die richtige Stelle weiterleiten.
- Behörden oder zum Beispiel der Bundestag müssen eine Petition annehmen. Sie müssen die Petition zum Beispiel in einer Sitzung bearbeiten.
- Die Bürger und Bürgerinnen, die sich beschwert haben, bekommen das Ergebnis der Sitzung mitgeteilt.
- Die Bürger und Bürgerinnen müssen aber keine Begründung für das Ergebnis bekommen.

Es ist immer möglich, mit staatlichen Stellen über Probleme und Ideen zu reden.

Es ist auch möglich, sich in einem Brief allein zu beschweren oder seine Wünsche zu äußern. Der Staat vertritt das Volk. Deshalb sollten staatliche Stellen und das Volk miteinander sprechen.

Presse

Die Presse sind Zeitungen und Zeitschriften. Der Begriff Presse beschreibt manchmal auch anderen Medien, zum Beispiel das Radio oder das Fernsehen.

In der Presse gibt es Neuigkeiten und Informationen zu wichtigen Themen. Es gibt zum Beispiel Nachrichten aus der Politik. Journalisten und Journalistinnen berichten in Zeitungen, Zeitschriften, Radio, Fernsehen oder Internet über Neuigkeiten. So erfahren die [Bürger und Bürgerinnen](#) davon. Journalisten und Journalistinnen sagen auch ihre Meinung. Sie schreiben zum Beispiel, ob sie einen Vorschlag der Regierung gut oder schlecht finden.

Die Presse ist darum ein wichtiger Teil einer [Demokratie](#). Sie hat einen Einfluss darauf, welche Informationen Bürger und Bürgerinnen bekommen. Durch die Presse erfahren sie, was geschieht. Sie erfahren, was andere Menschen darüber denken. So können sich Bürger und Bürgerinnen eine Meinung bilden. Deswegen nennt man die Presse auch die „vierte Gewalt“ in einer Demokratie. Die anderen Gewalten sind die [Legislative](#), die [Exekutive](#) und die [Judikative](#).

Journalisten und Journalistinnen erfahren von unterschiedlichen Leuten unterschiedliche Dinge. Journalisten und Journalistinnen finden auch unterschiedliche Dinge wichtig. Damit Bürger und Bürgerinnen sich gut eine Meinung bilden können, ist es wichtig, dass es unterschiedliche Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunksender und Internetseiten gibt. Es ist wichtig, dass es dort unterschiedliche Meinungen gibt. Es ist wichtig, dass es die Pressefreiheit gibt.

In Deutschland gilt die [Pressefreiheit](#). Das bedeutet, dass niemand anderes darüber bestimmen darf, was geschrieben wird. Man sagt dazu: Eine [Zensur](#) findet nicht statt.

Pressefreiheit

Das **Grundgesetz** garantiert allen Medien die Freiheit, ihre Meinung zu sagen und über das zu berichten, was sie wollen. Medien sind zum Beispiel Zeitungen und Zeitschriften, das Internet, das Fernsehen und das Radio. Diese Freiheit nennt man Pressefreiheit.

In Artikel 5 (1) des **Grundgesetzes** steht: „**Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.**“

Die Menschen, die Medien machen, entscheiden selbst, über welche Themen sie berichten. Sie entscheiden auch darüber, wie sie etwas aufschreiben, sagen oder filmen. Die Medien dürfen über alles berichten.

Die **Presse** sind eigentlich nur Zeitungen und Zeitschriften. Die Pressefreiheit garantiert aber trotzdem die **Freiheit aller Medien**. Niemand anderes darf darüber bestimmen oder kontrollieren, was die Medien berichten. Man sagt dazu auch, dass eine Zensur nicht stattfindet.

Zensur bedeutet: Der Staat kontrolliert,

- was die Medien berichten,
- welche Worte die Medien benutzen,
- welche Bilder die Medien zeigen.



Illustrator: Andreas Thiel, © bpb

Gefällt dem Staat etwas nicht, verbietet der Staat das.

In Deutschland gibt es keine Zensur. Das bedeutet zum Beispiel:

- Niemand, der Bücher, Zeitungen, Radio- oder Fernsehsendungen macht oder etwas im Internet schreibt, muss den Staat vorher um Erlaubnis fragen.
- Er darf auch nicht bestraft werden, weil die Regierung eine andere Meinung hat.

Allerdings müssen sich auch die Medien an Gesetze halten. Die Medien dürfen zum Beispiel nicht Meldungen verbreiten, von denen sie wissen, dass es Lügen sind. Man kann auch sagen: Die Medien dürfen keine **falschen Tatsachen behaupten**.

Die Medien dürfen nicht schreiben oder sagen: Ein Politiker hat mit Alkohol am Steuer einen Unfall gehabt, wenn das gar nicht stimmt.

Wenn so ein Unfall aber tatsächlich passiert ist, darf die Presse darüber berichten.

Jeder der Nachrichten liest, muss selbst aufpassen. Es gibt auch erfundene Nachrichten. Ein anderes Wort dafür ist [Fake News](#). Deswegen gilt, dass man die Nachrichten immer prüfen sollte. Tipps dazu gibt es hier auf der Seite [einfach POLITIK aktuell: Fake News](#).

Rassismus

Rassismus ist eine Art von Diskriminierung. Durch Rassismus werden Menschen zum Beispiel wegen ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer Haare, ihres Namens oder ihrer Sprache diskriminiert, ausgegrenzt und abgewertet. Rassismus ist die Erfindung, dass es bei Menschen unterschiedliche „Rassen“ gibt. Und Rassismus ist die Erfindung, dass diesen „Rassen“ eine Ordnung oder eine Reihenfolge haben. Rassismus diskriminiert Menschen.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bestätigen heute: Die Erfindung der „Rassen“ ist falsch. Es gibt bei Menschen keine „Rassen“. Weil die Erfindung falsch ist, steht das Wort „Rasse“ in Anführungszeichen. Ein rassistischer Gedanke ist zum Beispiel: Weiße Menschen sind besser als schwarze Menschen.

Wer rassistisch denkt, beachtet nicht die Persönlichkeit des einzelnen Menschen. Man denkt: Er oder sie hat eine dunkle Haut, eine bestimmte Sprache oder eine bestimmte Herkunft. Dann ist er oder sie auch weniger wert oder in der Reihenfolge weiter hinten.

Durch Rassismus werden bestimmte Menschen abgewertet, ausgegrenzt, verletzt und benachteiligt. Es gibt unterschiedliche Gründe dafür, dass ein Mensch Erfahrungen mit Rassismus macht.

Menschen machen zum Beispiel wegen ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer Haare, ihres Namens oder ihrer Sprache Erfahrungen mit Rassismus.

Wenn wir Rassismus bekämpfen wollen, müssen wir über Rassismus reden. Wenn wir über Rassismus sprechen, brauchen wir Begriffe dafür.

Manche Menschen sagen: Wörter, die für Menschen mit einer bestimmten Herkunft, mit einer bestimmten Haut oder einer bestimmten Sprache genutzt werden, sind oft rassistisch.

Dann fragen andere Menschen: Welchen Begriff darf ich nun nutzen?

Zwei Antworten stellt das Lexikon hier vor:

Manche Menschen sagen: People of Color ist ein guter Begriff für Menschen, die Erfahrung mit Rassismus machen. Diese Menschen haben sich den Begriff selbst ausgesucht.

Andere sagen: Schwarz oder *Schwarz* ist ein guter Begriff. Das groß geschriebene S oder die schräge Schreibung bedeutet: Es ist nicht die Farbe Schwarz gemeint. Es kommt nicht auf die Hautfarbe an, sondern auf die Erfahrung mit Rassismus.

Andere Menschen haben andere Meinungen oder finden andere Begriffe gut. Manche Menschen sagen auch: Mir gefällt der Begriff People of Color nicht, weil ich nicht gut Englisch kann. Andere Menschen denken vielleicht, dass die Suche nach neuen Begriffen nicht gegen Rassismus hilft.

Manche Menschen sagen: Wir brauchen auch einen Begriff für Menschen, die keine Erfahrungen mit Rassismus haben. Es ist wichtig, auch darüber zu sprechen. Ein Vorschlag dazu ist: Weiß oder *Weiß*.

*Weiß*e Menschen sind Menschen, die keine eigenen Erfahrungen mit Rassismus haben. Bei *weißen* Menschen redet man meistens gar nicht darüber, dass sie *weiß* sind. Ihre Hautfarbe, ihre Herkunft und ihre Sicht auf die Welt werden schnell als selbstverständlich angesehen. Und sie werden nicht wegen ihrer Hautfarbe oder Herkunft diskriminiert. Sie bekommen zum Beispiel leichter einen Arbeitsplatz als People of Color.

Im Grundgesetz steht in Artikel 3:

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Mit Anschauung ist die eigene Meinung oder Einstellung gemeint.

Das Grundgesetz soll Menschen vor Rassismus schützen. Menschen machen in Deutschland trotzdem Erfahrungen mit Rassismus.

Sie berichten zum Beispiel: Kontrolleure im Zug denken manchmal, dass People of Color kein Ticket gekauft haben. Manche Musiktex te sind rassistisch. Manche Namen für Lebensmittel sind rassistisch. Zum Beispiel der alte Name für Schokokuss. In Büchern und Filmen kommen Schwarze Menschen oft nur als Kriminelle, Geflüchtete, Dienstboten oder arme Menschen vor.

Was kann man gegen Rassismus tun?

Rassismus hat nicht nur etwas mit Gewalt und Beschimpfungen zu tun. Rassismus kommt nicht nur bei Nazis und schlechten Menschen vor. Rassismus geschieht oft unabsichtlich und passiert immer wieder in unserem Alltag. Wenn ein Mensch sagt: „Es gibt keinen Rassismus“ oder „Ich bin auf keinen Fall rassistisch“, dann hat er Rassismus nicht erkannt und kann nichts verändern. Um etwas gegen Rassismus zu tun, kann jeder und jede bei sich selbst anfangen.

- Jeder Mensch kann sich zum Beispiel die folgenden Fragen stellen: Wann habe ich selbst schon mal etwas Rassistisches gesagt oder getan?
- Wie würde ich mich fühlen, wenn man mich immer und immer wieder fragen würde, wo ich herkomme? Wie würde ich mich fühlen, wenn jemand mich aufgrund meines Aussehens beleidigen würde?
- Wie würde ich mich fühlen, wenn viele Menschen ungefragt meine Haare anfassen?
- Wie reagiere ich selbst, wenn jemand in meiner Umgebung einen rassistischen Witz oder eine rassistische Aussage macht?



Rat der Europäischen Union

Im Rat der Europäischen Union treffen sich die Minister und Ministerinnen aller Staaten der Europäischen Union.

Die Abkürzung für Europäische Union ist EU. Bei diesen Treffen wird zum Beispiel über Gesetze der EU oder über Geld entschieden.

In der EU gibt es zwei Räte mit einem sehr ähnlichen Namen. Die beiden Räte heißen: Der Europäische Rat und Rat der Europäischen Union. In den beiden Räten sind die Vertreter und Vertreterinnen der Regierungen der EU-Staaten.

Im Europäischen Rat treffen sich die Männer und Frauen, die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten sind.

Im Rat der Europäischen Union treffen sich die Minister und Ministerinnen der EU-Staaten. Er wird deshalb auch **Ministerrat** genannt. Im Ministerrat treffen sich immer die Minister und Ministerinnen aus den EU-Staaten zu einem bestimmten Thema.

Zum Beispiel treffen sich die Innenminister und Innenministerinnen zu dem Thema „innere Sicherheit“. Die Innenminister sind für die öffentliche Ordnung und die innere Sicherheit verantwortlich.

Die „innere Sicherheit“ meint die Sicherheit der Bürger und Bürgerinnen. Sie suchen zum Beispiel Lösungen für den Kampf gegen Verbrechen.

Oder es treffen sich die Minister und Ministerinnen für Landwirtschaft aller Staaten. Oder die Minister und Ministerinnen, die für die Umwelt zuständig sind.

Dafür ist der Ministerrat zuständig:

- über Gesetze in der EU zu entscheiden. Die Gesetze in der EU heißen Richtlinien und Verordnungen,
- darüber mitzuentcheiden, wofür die EU Geld ausgibt.

Das Europäische Parlament entscheidet dabei auch mit.

Rechtsstaat

Ein Rechtsstaat ist ein **Staat**, in dem sich alle an die **Gesetze** und **Grundrechte** halten müssen. Auch der Staat selbst.

Die **Regierung** und alle Behörden müssen sich in einem Rechtsstaat an die Gesetze halten. Auch die Richter sind an die Gesetze gebunden. Alle Organe des Staates müssen sich an die Grundrechte halten.

Deutschland ist ein Rechtsstaat.

Im Artikel 20, Absatz 3 des **Grundgesetzes** steht: „**Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an das Gesetz und Recht gebunden.**“

In einem Rechtsstaat können sich die **Bürgerinnen und Bürger** darauf verlassen, dass die Gesetze für alle gelten. Auch zum Beispiel für die Polizei und die Ämter des **Staates**.

In einem Rechtsstaat gibt es **unabhängige Gerichte**. In den Gerichten entscheiden Richterinnen und Richter. Ein Richter ist unabhängig: Niemand darf dem Richter vorschreiben, welche Entscheidung er treffen soll. Er trifft seine Entscheidung unabhängig.

Der Richter muss sich bei seiner Entscheidung aber an das Gesetz halten. Das Urteil muss das Gesetz beachten.

Nehmen wir zum Beispiel an: Herr Schmidt ist vom Urteil betroffen. Herr Schmidt ist mit dem Urteil nicht einverstanden. Dann kann er Rechtsmittel einlegen. Das heißt: Herr Schmidt kann überprüfen lassen, ob das Urteil das Gesetz beachtet.

Personen, die von einem Urteil betroffen sind, können es überprüfen lassen. Ein Verurteilter kann zum Beispiel sagen: Das Urteil ist nicht nach dem Gesetz. Ich lege Rechtsmittel ein.

Das Gegenteil von einem Rechtsstaat ist zum Beispiel eine **Diktatur**. Diktatoren halten sich nicht an die Grundrechte.

Regierung

Die Regierung sind die Personen, die zusammen Chefs und Chefinnen der Exekutive sind. Sie leiten und lenken meist die Politik in einem Staat oder in einem Land.

In Deutschland sind die Regierungen des Bundes und der Länder Teil der Exekutive. Man nennt die „Exekutive“ auch „ausführende Gewalt“. Die Exekutive soll die Gesetze ausführen und umsetzen.

Die Regierung ist Chefin der Exekutive. Die Regierung sorgt dafür, dass Ämter und Polizei die Gesetze umsetzen. Die Regierung darf aber auch Vorschläge für neue Gesetze machen.

Zur Regierung gehören der Regierungschef oder die Regierungschefin. Die Bundeskanzlerin und ein Ministerpräsident sind zum Beispiel Chefin oder Chef einer Regierung.

Zur Regierung gehören auch Fachminister und Fachministerinnen. Sie sind verantwortlich für verschiedene Aufgabenbereiche wie zum Beispiel: Finanzen, Landwirtschaft oder Bildung.

Den Regierungschef oder die Regierungschefin und die Minister und Ministerinnen nennt man auch „das Kabinett“. Das Kabinett trifft sich regelmäßig und spricht über die Politik des Staates oder des Landes, den oder das es regiert.

Es gibt Regierungen auf verschiedenen Ebenen in Deutschland: Die Bundesregierung leitet die Politik in Deutschland. Die Landesregierung leitet die Politik in einem Bundesland.

Religionsfreiheit

Religionsfreiheit bedeutet, dass jede Religion und jede Weltanschauung erlaubt ist. Alle können frei entscheiden, woran sie glauben oder nicht glauben.

In Artikel 4 des [Grundgesetzes](#) steht:

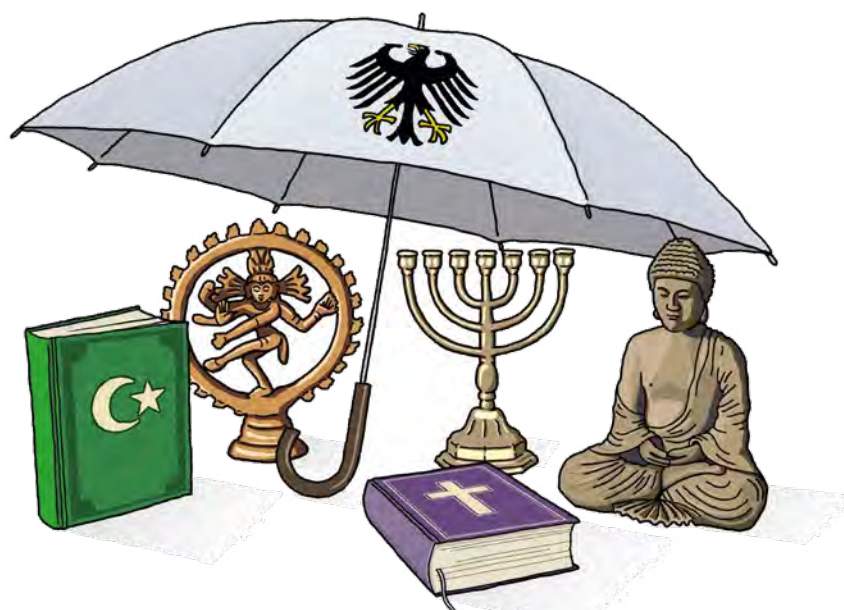
**„(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.“**

Der Artikel 4 schützt die Freiheit, an das zu glauben, was man möchte. Jeder Mensch hat das Recht, seine Religion oder seine Weltanschauung selbst zu wählen.

Zum Beispiel darf der Staat nicht sagen:

- Wir sind ein christlicher Staat.
Nur christliche Kirchen dürfen gebaut werden.
- Wir sind ein islamischer Staat.
Nur Moscheen dürfen gebaut werden

Niemand darf gezwungen werden, an eine bestimmte Religion zu glauben. Das gilt auch für die eigenen Kinder. Ab 14 Jahren darf jeder selbst entscheiden, was er oder sie glauben möchte. Egal, was die Eltern dazu sagen.



Illustrator: Andreas Thiel, © bpb

Republik

Die Republik ist eine Staatsform. Das Wort Republik kommt aus der lateinischen Sprache. Es bedeutet ‚Gemeinwesen‘.

Eine Republik ist das Gegenteil einer Monarchie. Republik und Monarchie sind verschiedene Staatsformen. Es gibt unterschiedliche Regeln, wie das Staatsoberhaupt bestimmt wird. In einer Monarchie wird das Staatsoberhaupt durch die Erbfolge bestimmt. Zum Beispiel wird in vielen Monarchien das älteste Kind der nächste König oder die nächste Königin. In einer Republik entscheidet das Volk oder eine kleine Gruppe, wer das Staatsoberhaupt ist. Das Staatsoberhaupt wird nicht durch die Erbfolge bestimmt.

Neben Staatsformen gibt es auch Regierungsformen. Beispiele für Regierungsformen sind die [Demokratie](#) oder die [Diktatur](#). Es gibt Republiken mit der Regierungsform Demokratie. Man sagt auch demokratische Republik.

Ein Beispiel ist die [Bundesrepublik](#) Deutschland. Das Volk wählt Vertreter und Vertreterinnen. Diese Vertreter und Vertreterinnen bilden oder wählen eine [Regierung](#). Die Vertreter und Vertreterinnen machen auch die [Gesetze](#). Das Volk hat alle Entscheidungsgewalt.

Es gibt auch Republiken mit der Regierungsform Diktatur. Ein Beispiel ist die [DDR](#). DDR steht für Deutsche Demokratische Republik. Die DDR war keine Demokratie. Die DDR war eine Diktatur.

Sexismus

Sexismus ist eine Art von Diskriminierung. Sexismus bedeutet die Benachteiligung, Abwertung, Verletzung und Unterdrückung einer Person oder einer Gruppe aufgrund des Geschlechts. Sexismus ist auch die Vorstellung, dass Geschlechter eine Ordnung oder Reihenfolge haben. Zum Beispiel die Vorstellung, dass Männer mehr wert sind als Frauen.

Wer sexistisch denkt, beachtet nicht die Persönlichkeit des einzelnen Menschen. Wer sexistisch denkt, denkt zum Beispiel:

- Sie ist eine Frau, dann muss sie auf eine bestimmte Art aussehen oder sich verhalten.
- Sie ist eine Frau, dann hat sie bestimmte Aufgaben.
- Er ist ein Mann, dann muss er etwas besonders gut können.

Wer sexistisch denkt, denkt nicht darüber nach, ob eine Person wirklich bestimmte Dinge gut kann oder gern machen möchte.

Im Grundgesetz steht in Artikel 3: **„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“**

Mit Anschauung ist die eigene Meinung oder Einstellung gemeint.

Das Grundgesetz soll die Menschen in Deutschland vor Diskriminierung aufgrund des Geschlechts schützen. Trotzdem sind Menschen in ihrem Alltag von Sexismus betroffen. Das hat etwas mit alten Vorstellungen über Männer und Frauen in unseren Köpfen zu tun.

Frauen hatten in Deutschland lange weniger Rechte als Männer. Erst 1899 hat Johanna Kappes als erste Frau in Deutschland Abitur gemacht und später Medizin studiert. Frauen dürfen in Deutschland zum Beispiel erst seit 1919 wählen und gewählt werden. Heute haben Frauen und Männer gleiche Rechte.

Aber die alten Vorstellungen merkt man noch heute. Das zeigt sich daran, dass häufig Frauen und Männer auch heute noch unterschiedlich leben und arbeiten: Frauen kümmern sich zum Beispiel öfter um Kinder und alte Men-

schen als Männer. Die meisten Männer haben heute eine Arbeit, mit der sie Geld verdienen. Auch viele Frauen arbeiten heute für Geld oder leiten Firmen. Trotzdem verdienen Männer oft mehr Geld als Frauen. Und sie sind öfter in Vorständen von Firmen.

Männer und Frauen sind zum Beispiel Abgeordnete in einem Parlament oder haben andere Ämter in der Öffentlichkeit. In den meisten Parlamenten sind aber mehr Männer als Frauen. Männer haben also mehr Einfluss in der Öffentlichkeit und werden stärker gehört.

Es gibt auch bestimmte Erwartungen, wie sich Männer und Frauen verhalten sollen. Zum Beispiel in der Familie, im Haushalt oder in der Sexualität. Das alles beeinflusst unser Denken. Es führt dazu, dass Frauen und Männer unterschiedliche Rollen haben. Das können Sie [hier](#) nachlesen.

Solche Erwartungen und Rollen können der Grund für Sexismus im Alltag sein. Alle Menschen können in ihrem Alltag Sexismus erfahren. Besonders betroffen von Sexismus sind zum Beispiel Frauen und [trans Menschen](#).

Beispiele für Sexismus im Alltag sind:

- Wörter, die meistens mit dem weiblichen Körper oder der weiblichen Sexualität zu tun haben, werden als Schimpfwörter genutzt. Das ist diskriminierend.
- Auch Wörter, die mit Homosexualität zu tun haben, können Schimpfwörter sein. Auch das ist diskriminierend.
- Abwertende Sprüche oder Sprüche, die mit Sexualität zu tun haben können sexistisch sein. Das passiert zum Beispiel Kellnerinnen bei der Arbeit in einer Gaststätte oder Sekretärinnen im Büro.
- Werbung kann sexistisch sein, wenn darin zum Beispiel eine nackte Frau mit einem Fußboden, einem Auto oder einem Sofa verglichen wird. Die Person der Frau wird dann zu einer Sache. Die Werbung ist auch deshalb sexistisch, weil zum Beispiel ein Fußboden, ein Auto oder ein Sofa nichts mit Nacktheit und Sexualität zu tun haben.
- Werbung kann auch sexistisch sein, wenn zum Beispiel erzählt wird, dass Männer zu dumm sind, um sich gut um Kinder oder den Haushalt zu kümmern.
- Bei Schauspielerinnen, Politikerinnen und Sportlerinnen wird oft das Aussehen kommentiert. Vielleicht fragt auch jemand nach einem Inter-

view mit einer Wissenschaftlerin im Fernsehen, wer ihre Kinder betreut. Solche Fragen zeigen unsere Erwartungen an Frauen. Sie zeigen, dass wir vielleicht erwarten, dass sich eine Frau um Kinder kümmern muss oder dass ihr Aussehen wichtig ist.

- Menschen werden beschimpft oder beleidigt, weil sie trans sind.
- Wenn Jungen die Farbe rosa, Glitzer oder Verkleidungen mit Spitzen mögen, werden sie oft ausgelacht oder andere Menschen haben Angst, dass sie vielleicht schwul sein könnten. Wenn Mädchen kein rosa mögen oder mit Piraten und Spielzeugwaffen spielen, sprechen andere Menschen auch öfter darüber als bei Jungen.

Solche Erfahrungen mit Sexismus werten ab und können traurig machen.

Sie nehmen Menschen auch Chancen im Leben und sind ungerecht. Menschen werden dann vielleicht unsicher oder sagen seltener ihre Meinung. Oder sie machen bestimmte Dinge nicht mehr, obwohl sie diese Dinge eigentlich gerne tun. Aber: Immer mehr Menschen wird Sexismus im Alltag bewusst.

Viele Menschen setzen sich dafür ein, dass alle Geschlechter gleich sind. Sie wollen Sexismus bekämpfen. Auch in der Politik wird immer wieder über Gesetze diskutiert, in denen es zum Beispiel darum geht, dass Frauen in den Vorständen großer Firmen sein müssen. Die Beispiele zeigen aber auch, dass der Kampf gegen Sexismus immer noch wichtig ist.

Wer selbst etwas gegen Sexismus tun will, kann sich die folgenden Fragen stellen:

- Wann habe ich selbst schon mal etwas Sexistisches gedacht, gesagt oder getan?
- Welche Schimpfwörter benutze ich?
- Mache ich vielleicht Dinge, die mir keinen Spaß machen nur deshalb, weil ich ein Mann oder eine Frau bin?
- Wie sind in meiner Partnerschaft die Rollen verteilt? Machen wir vielleicht bestimmte Dinge, weil wir eine Frau oder ein Mann sind? Haben wir überhaupt schon einmal darüber gesprochen, warum wer bestimmte Aufgaben übernimmt?
- Wie reagiere ich, wenn ein Junge Verkleidung mit Glitzer und Spitzen mag? Wie reagiere ich, wenn ein Mädchen mit Spielzeugwaffen spielt?

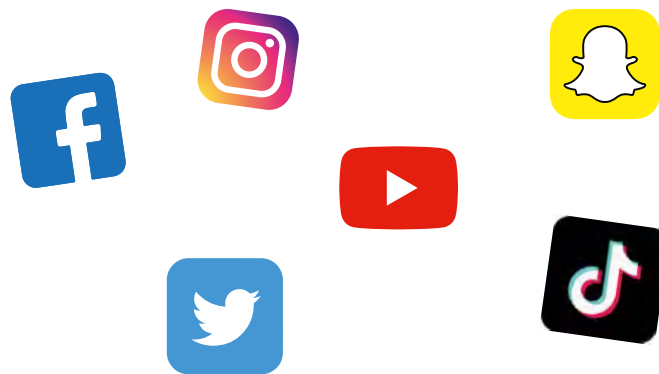
Soziale Netzwerke

Im **Internet** gibt es **Dienste, um miteinander in Kontakt zu sein.**
Diese Dienste heißen soziale Netzwerke.

In sozialen Netzwerken können sich Leute treffen und austauschen. Sie treffen sich dabei im Internet. Dabei ist es egal, ob die Personen sich in der Wirklichkeit kennen oder nicht.

Beispiele für unterschiedliche soziale Netzwerke sind:

- Facebook,
- Instagram,
- Twitter,
- YouTube,
- Snapchat,
- TikTok.



In sozialen Netzwerken gibt es viele Funktionen. Nicht alle sozialen Netzwerke haben genau die gleichen Funktionen.

Dies sind Beispiele für Funktionen in sozialen Netzwerken:

- Man kann seine Meinung schreiben.
- Man kann Bilder vom Urlaub hochladen.
- Man kann Videos hochladen oder ansehen.
- Man kann kurze Nachrichten schreiben oder auf interessante Webseiten hinweisen.
- Man kann Dinge bewerten.
- Man kann Gruppen gründen und sich über Termine austauschen.
- Man kann sehen, was andere Menschen gut finden und sich anschauen.

Soziale Netzwerke können Spaß machen, aber auch Nachteile haben. Zum Beispiel: Alles, was einmal ins Internet gestellt wurde, bleibt dort. Deshalb gibt es den Spruch: „Das Internet vergisst nie.“

Manche Menschen glauben, sie können in sozialen Netzwerken auch böse oder falsche Sachen über andere Menschen sagen. Vielleicht glauben sie

dies, weil die anderen Menschen weit weg erscheinen. Sie beleidigen oder bedrohen dann andere Menschen.

Aber auch im Internet ist es verboten, andere Menschen zu beleidigen oder zu bedrohen. In sozialen Netzwerken gelten die gleichen Regeln wie überall auch.

Sozialstaat

In einem Sozialstaat hilft der **Staat** den Menschen, die nicht für sich selbst sorgen können. Er unterstützt auch die, die Nachteile haben oder nicht so gut für sich sorgen können. Der Staat macht Sozialpolitik.

Die [Bundesrepublik Deutschland](#) ist ein sozialer Staat. ‚Sozial‘ bedeutet ‚hilfsbereit‘ oder ‚gemeinnützig‘. Der Staat sorgt für die soziale Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger. Und der Staat kümmert sich um die soziale Gerechtigkeit.

Soziale Sicherheit

Die meisten erwachsenen Menschen in Deutschland können für sich selbst sorgen.

- Sie verdienen ihr eigenes Geld.
- Sie bestimmen selbst, wie sie leben wollen.
- Sie sorgen für ihre eigenen Kinder.

Wenn Menschen für sich selbst sorgen können, dann sollen sie das auch tun.

Manche Menschen schaffen das aber nicht, weil sie alt, arbeitslos, behindert oder krank sind. Es kann auch noch andere Gründe geben. Der Staat hilft diesen Menschen zum Beispiel durch die Sozialhilfe.

Zu einem Sozialstaat gehört zum Beispiel auch: der Schutz von Menschen bei ihrer Arbeit. Der Staat stellt deshalb Regeln auf, damit weniger Unfälle am Arbeitsplatz passieren.

Wer keine Arbeit hat, kann Arbeitslosengeld vom Staat bekommen. Der Staat kann auch dabei helfen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Das passiert durch die Arbeitsagentur und die Jobcenter. Sie bieten zum Beispiel Weiterbildungskurse an. Oder sie unterstützen Menschen bei der Suche nach einem Arbeitsplatz.

Soziale Gerechtigkeit

Reiche Menschen haben mehr Möglichkeiten als arme Menschen. Ein reicher Mensch kann zum Beispiel viele Wohnungen besitzen, während ein armer Mensch eine Wohnung sucht, die nicht so viel Miete kostet.

Die Möglichkeiten der Menschen sind nicht immer gleich. Wenn die Ungleichheit sehr groß wird, empfinden viele Menschen das als ungerecht. Es gibt verschiedene Gesetze, um solche Ungleichheiten zu verringern. Zum Beispiel schützen Gesetze Mieter gegenüber ihrem Vermieter. Die Steuergesetze sorgen dafür, dass die Unterschiede beim Einkommen nicht zu groß werden. Menschen, die mehr Geld verdienen, müssen auch mehr Steuern zahlen.

Mit den Steuergeldern fördert der Staat auch zum Beispiel den Bau von Wohnungen, die weniger kosten.

Auch in der Ausbildungsförderung zeigt sich der Sozialstaat in Deutschland. Die Hochschulen bekommen vom Staat Geld.

Deswegen müssen Studierende nur wenig Studiengebühren bezahlen. Studierende, die wenig Geld haben, können auch finanziell vom Staat unterstützt werden. Sie können BAföG beantragen. BAföG ist eine Abkürzung und steht für Bundesausbildungsförderungsgesetz.

In dem Gesetz steht, dass Studierende einerseits Zuschüsse vom Staat bekommen und sich andererseits auch Geld vom Staat leihen können. So können auch Menschen studieren, die nicht viel Geld haben.

BAföG unterstützt nicht nur Studierende. Auch Schülerinnen und Schüler ab der 10. Klasse können BAföG beantragen.

Diese Beispiele zeigen, dass Deutschland ein Sozialstaat ist. In vielen verschiedenen Bereichen hilft der Staat den Menschen, die nicht oder nicht so gut für sich selbst sorgen können. Dies nennt man auch Sozialpolitik.

Staat

Ein Staat ist eine Gemeinschaft von Menschen. Die Menschen, die zu der Gemeinschaft gehören, heißen Bürger und Bürgerinnen. Zu einem Staat gehören auch Staatsgrenzen und Regeln.

Die Staatsgrenzen legen das Gebiet des Staates fest.



Staatsgrenzen des Staates
Bundesrepublik Deutschland.



Das Grundgesetz, die wichtigste Regel
der Bundesrepublik Deutschland.

Die wichtigsten Regeln in einem Staat sind die Gesetze. Die Gesetze und andere Regeln gelten auf dem Gebiet des Staates.

Der Staat kann Entscheidungen frei treffen. Man kann auch sagen: Der Staat ist souverän. Manchmal verzichtet der Staat auf sein Recht, allein zu entscheiden. Wenn ein Staat nicht allein entscheidet, hat das wichtige Gründe: Zum Beispiel, weil es Vorteile hat und der Staat es deshalb so bestimmt hat. Ein Staat kann es zum Beispiel deshalb so bestimmen, weil es dem Frieden dient.

Der Staat Deutschland hat beschlossen, dass Entscheidung zu bestimmten Fragen gemeinsam in der Europäischen Union getroffen werden.

Wenn man einen Staat meint, sagt man auch oft „Land“. Das darf man aber nicht mit einem Bundesland verwechseln.

Staatsbürger/ Staatsbürgerschaft

Staatsbürger sind Menschen, die zur Gemeinschaft eines Staates gehören. Deutsche Bürger und Bürgerinnen sind die Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland. Es sind Menschen, die eine deutsche Staatsbürgerschaft haben. Sie haben dann auch den deutschen Personalausweis.



Dies ist ein Beispiel für eine Personalausweis der Bundesrepublik Deutschland. Wer einen solchen Personalausweis hat, ist deutscher Staatsbürger oder Staatsbürgerin.

Es gibt viele verschiedene Möglichkeiten, die deutsche Staatsbürgerschaft zu bekommen. Fragen dabei sind: Welche Staatsbürgerschaft haben die Eltern? Oder wo wurde man geboren?

Hier werden nur zwei Möglichkeiten aufgezählt:

- Wenn ein Baby einen deutschen Vater und eine deutsche Mutter hat und in Deutschland geboren wird: Dann hat das Baby von Geburt an die deutsche Staatsbürgerschaft.
- Wenn ein Mensch keine deutsche Mutter oder keinen deutschen Vater hat und nicht in Deutschland aufgewachsen ist: Dann kann man auch später die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen. Das heißt dann Einbürgerung. Für eine Einbürgerung muss eine Person einen Antrag stellen.

Regeln für die Einbürgerung sind zum Beispiel: Die Person lebt seit acht Jahren in Deutschland. Die Person hat keine Straftat begangen.

Für die deutsche Staatsbürgerschaft ist es nicht wichtig, welche Sprache eine Person als Kind gelernt hat. Oder welche Religion eine Person hat.

Staatsgrenze

Eine Staatsgrenze legt das Gebiet des Staates fest. Sie ist eine Linie zwischen zwei Staaten.

Diese Linie ist zum Beispiel auf einer Landkarte sichtbar. In der Wirklichkeit kann man die Staatsgrenze aber oft nicht sehen. Staatsgrenzen gibt es an Land, auf dem Meer oder in einem Fluss oder See. An der Staatsgrenze endet das Gebiet eines Staates. Wenn man über die Staatsgrenze geht oder fährt, dann kommt man in einen anderen Staat. Im Meer ist dies manchmal anders.

Regeln eines Staates gelten nur innerhalb der Staatsgrenzen.

Ein Mensch, der von einem Staat in einen anderen Staat reist, muss die Staatsgrenze überqueren. Manchmal ist es nur erlaubt, die Grenze an besonderen Stellen zu überqueren. Diese Stellen heißen Grenzübergänge. In den meisten Staaten der Welt muss man an Grenzübergängen den Ausweis oder Pass zeigen, wenn man die Grenze überqueren will. Einige Staatsgrenzen sind auch durch Zäune oder Mauern gesichert. So kann niemand heimlich in den anderen Staat.

In der Europäischen Union sind viele Grenzen offen. Man kann ganz einfach in einen anderen Staat der Europäischen Union fahren. Meistens gibt es dort keine Kontrolle an der Grenze. Man braucht an der Grenze keinen Pass zu zeigen. Aus besonderen Gründen kann für eine bestimmte Zeit an der Grenze wieder kontrolliert werden.

Deutschland hat gemeinsame Staatsgrenzen mit 9 anderen Staaten.

Diese Staaten sind:

- Dänemark
- Polen,
- Tschechien,
- Österreich,
- Schweiz,
- Frankreich,
- Luxemburg,
- Belgien,
- Niederlande.

Stadtrat / Gemeinderat

Der Stadtrat oder der Gemeinderat ist die Versammlung der gewählten Vertreter einer Stadt oder Gemeinde.

Im Grundgesetz steht: Das Volk muss in Städten und Gemeinden eine Vertretung wählen können.

In den meisten Städten und Gemeinden können alle Bürger und Bürgerinnen über Fragen, bei denen es viel Streit gibt, entscheiden. Dazu gibt es in den Bundesländern unterschiedliche Regeln. Aber nicht jedes Mal können alle Bürger und Bürgerinnen gefragt werden. Deswegen wählen sie Vertreter und Vertreterinnen. Die Vertreter und Vertreterinnen bilden den Rat.



Wenn sich eine Kommune „Stadt“ nennen darf, dann heißt der Rat meistens „Stadtrat“. Wenn sich eine Kommune „Gemeinde“ nennt, dann heißt der Rat meistens „Gemeinderat“.

Aber es gibt für diese Räte noch andere Namen. Beispiele hierfür sind: Stadtverordnetenversammlung, Stadtvertretung, Gemeindevertretung.

Der Stadtrat oder der Gemeinderat stimmt zum Beispiel ab, wie das Geld der Stadt genutzt werden soll. Er entscheidet zum Beispiel folgende Fragen: Soll eine neue Straße gebaut werden? Oder soll ein Bürgerzentrum gebaut werden?

Die Mitglieder des Stadtrates oder des Gemeinderates haben eigentlich eine andere Arbeit. Sie machen die Arbeit im Stadtrat zusätzlich.

Man sagt auch: Sie üben die Arbeit für die Gemeinde ehrenamtlich aus.

Der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin leitet den Stadt- oder Gemeinderat.

Trans oder transgender

Die Begriffe trans oder transgender haben etwas mit [Geschlecht](#) zu tun. Manche Menschen sagen: Bei mir wurde bei der Geburt das falsche Geschlecht in der Geburtsurkunde eingetragen. Das nennt man trans oder transgender.

Trans Menschen sagen: Ich merke, dass ich ein Mädchen oder eine Frau bin, auch wenn ich Hoden und Penis habe. Und darum bin ich ein Mädchen oder eine Frau. Oder: Ich merke, dass ich ein Junge oder ein Mann bin, auch wenn ich eine Gebärmutter, eine Scheide und eine Vulva habe. Darum bin ich ein Junge oder ein Mann.

Der Begriff transgender soll auch darauf aufmerksam machen: Das bei der Geburt festgelegte Geschlecht ist nicht immer das passende. Es gibt noch viele andere Formen, sich mit seinem Geschlecht anders als die meisten Menschen zu fühlen.

Manche trans Menschen sagen, dass sie trans sind. Dann wissen auch andere Menschen davon. Manche trans Menschen erzählen niemandem davon. Dann weiß auch niemand, dass sie trans sind. Niemand kann m Aussehen beurteilen, ob ein Mensch trans ist oder nicht.

Trans Menschen werden oft [diskriminiert](#) oder sind von [Sexismus](#) betroffen. Außerdem denken viele Menschen immer noch, dass Transsein eine Krankheit ist und geheilt werden muss. Deswegen sprechen viele Menschen nicht darüber, dass sie trans sind. Sie haben Sorge, dass andere Menschen schlecht reagieren. Oder sie haben Sorge, dass andere ihnen ihr Geschlecht nicht glauben. Trans Menschen werden auch oft bedroht und beschimpft oder sie erleben körperliche Gewalt. Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen geben trans Menschen öfter als anderen Menschen keine Arbeit oder zahlen ihnen weniger Geld. Trans Menschen sind auch häufiger arm als andere Menschen.

Manche trans Menschen verstecken sich aber nicht mehr. Sie sagen, sie sind glücklich, wenn sie offen ihr Geschlecht leben können. Immer mehr Menschen fangen an, darüber zu sprechen, wie sie sich mit ihrem Körper und ihrem Geschlecht fühlen. Sie kämpfen um ihre Anerkennung. Ein wichtiger Erfolg dieser Bewegung ist: Die Weltgesundheitsorganisation stuft ab 2022 transgender nicht mehr als Krankheit ein.

Treibhausgase/Treibhauseffekt

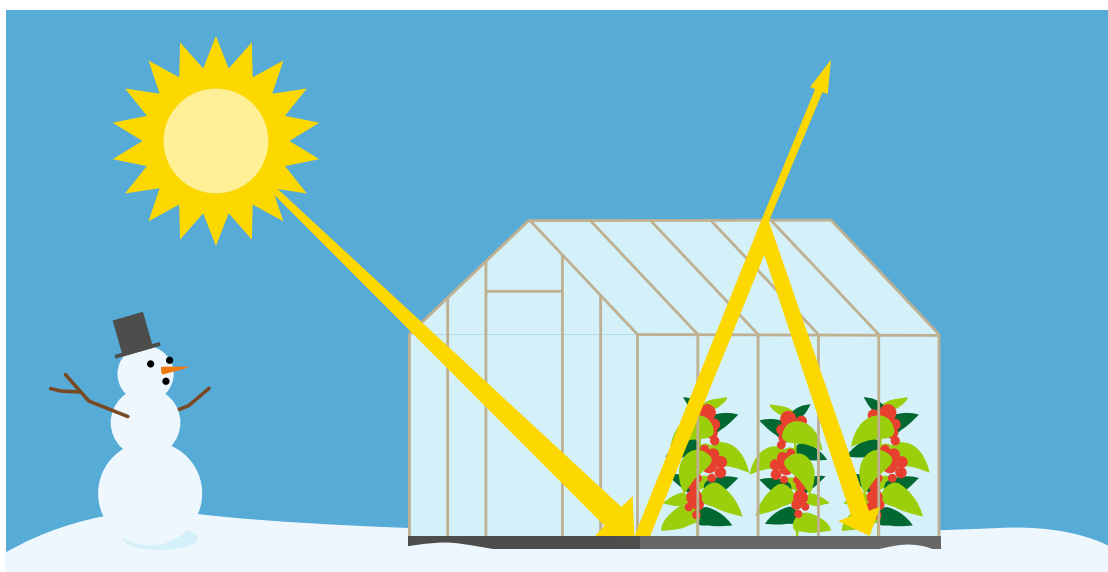
Die Treibhausgase sind die Gase in der Luft, die der Grund für den Klimawandel sind. Die Erde speichert mehr Sonnenwärme, wenn sich zu viele dieser Gase in der Atmosphäre sammeln. Das nennt man den Treibhauseffekt.

Die Erde wird seit einigen Jahrzehnten spürbar wärmer. Diese Erwärmung nennt man [Klimawandel](#). Der Grund dafür sind Gase wie zum Beispiel CO₂ oder Methan in der Luft. Diese Gase nennt man Treibhausgase.

Das Treibhausgas CO₂ entsteht zum Beispiel beim Verbrennen von Holz, Kohle oder Benzin. Große Mengen von CO₂ entstehen in Kohlekraftwerken oder in Fabriken. CO₂ entsteht auch, wenn wir unsere Wohnung heizen. Und wenn wir Auto fahren oder mit dem Flugzeug fliegen.

Das Treibhausgas Methan entsteht vor allem in der Landwirtschaft bei der Fleischproduktion. Es entsteht bei der Verdauung im Magen und im Darm der Tiere und dann, wenn sich der Mist zersetzt.

Bäume und Meere können Teile der Treibhausgase aufnehmen. Wir produzieren jedoch viel mehr Treibhausgase, als Bäume und Meere aufnehmen können. Diese Gase sammeln sich in der Atmosphäre – also in der Luft rund um die Erde. Wegen der Gase in der Luft speichert die Erde mehr Sonnenwärme. Das funktioniert so ähnlich wie bei einem Treibhaus oder Gewächshaus im Garten. Man nennt es deshalb auch den Treibhauseffekt.



Im Garten ist es so: Ein Treibhaus aus Glas sammelt die Sonnenwärme. Die Sonnenstrahlen können in das Treibhaus hinein, aber nicht alle kommen wieder heraus. Das Glas wirft die Sonnenstrahlen zurück in Richtung Boden und behält die Wärme so drinnen in dem Haus aus Glas. Deshalb wird es in dem Treibhaus wärmer als draußen. Gärtner und Gärtnerinnen freuen sich darüber: So wachsen zum Beispiel die Tomaten besser.

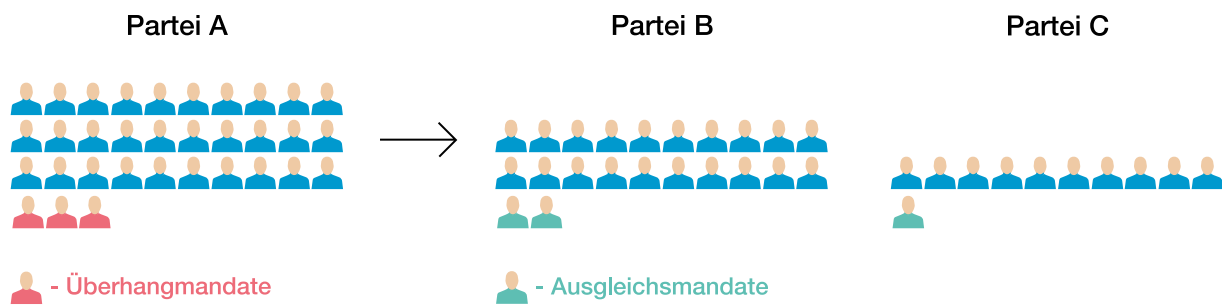
So ähnlich ist es auf der Erde: Die Sonne scheint und warme Sonnenstrahlen erreichen die Erde. Die Erde wird etwas aufgewärmt. Dann strahlt die Wärme zurück ins Weltall. Und die Treibhausgase fangen die Sonnenstrahlen ein. Die Treibhausgase werfen die Wärme der Sonnenstrahlen wieder zurück zur Erde.

Treibhausgase in einer bestimmten Menge sind gut für uns Menschen. Die natürlichen Treibhausgase machen die Erdoberfläche angenehm warm. Wenn es gar keine Treibhausgase gäbe, würden die Sonnenstrahlen komplett in den Weltraum zurückgeworfen. Auf der Oberfläche der Erde wären es dann eiskalt: Es wäre minus 18 Grad Celsius. Zu viele Treibhausgase sind aber schädlich. Zu viele Treibhausgase machen die Erdoberfläche immer wärmer. Deshalb wird es auf der Erde so heiß, dass es schädlich ist.

Überhangmandat

Wenn mehr **Abgeordnete** durch die **Erststimme** in ein **Parlament** gewählt werden, als die **Partei** laut **Zweitstimme** Sitze hat, dann sagt man: **Die Partei hat Überhangmandate.**

Bei einem Wahlsystem mit Erststimme und Zweitstimme passiert manchmal Folgendes: 33 Abgeordnete einer Partei werden durch die Erststimme in das Parlament gewählt. Nach der Ausrechnung der Zweitstimme bekommt die Partei aber eigentlich nur 30 Sitze im Parlament. Das sind 3 Sitze weniger, als die Partei nach der Erststimme bekommen müsste.



Diese 3 zusätzlich gewählten Abgeordneten dürfen aber trotzdem in das Parlament. Es kommen dann drei Abgeordnete mehr in das Parlament als eigentlich geplant. Deswegen sagen Menschen: Die Partei hat drei **Überhangmandate**.

Wenn eine Partei mehrere Überhangmandate bekommt, dann dürfen auch die anderen Parteien mehr Abgeordnete in das Parlament schicken. Das nennt man **Ausgleichsmandate**.

Es wird berechnet, wie viele Abgeordnete die anderen Parteien zusätzlich in das Parlament schicken dürfen. So werden Vorteile durch die Überhangmandate ausgeglichen.

UN-Behindertenrechtskonvention

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist eine Vereinbarung zwischen vielen Staaten. In der Vereinbarung stehen Rechte für Menschen mit Behinderung.

Es gibt Rechte, die jeder Mensch hat. Diese Rechte heißen Menschenrechte. Die Vereinten Nationen (UN) haben die Menschenrechte in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ aufgeschrieben.

Bei manchen Gruppen von Menschen ist aber die Gefahr groß, dass Menschenrechte nicht beachtet werden, zum Beispiel bei Kindern, Flüchtlingen oder behinderten Menschen. Für diese Gruppen haben die Vereinten Nationen die Menschenrechte noch einmal besonders erklärt.

Die Kinderrechtskonvention erklärt zum Beispiel die Rechte von Kindern. Die Genfer Flüchtlingskonvention erklärt zum Beispiel die Rechte für Flüchtlinge. Es gibt noch andere solche Vereinbarungen.

Am 13. Dezember 2006 haben die Vereinten Nationen aufgeschrieben, welche Rechte behinderte Menschen haben. Die Vereinbarung heißt Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Kürzer kann man auch UN-Behindertenrechtskonvention sagen.

In Artikel 9 der UN-Behindertenrechtskonvention geht es zum Beispiel um Barrierefreiheit. Gebäude, Straßen oder Busse und Bahnen sollen für behinderte Menschen zugänglich sein. Das gilt zum Beispiel für Schulen und Krankenhäuser. Auch das Internet, Radio oder Mobiltelefone sollen barrierefrei sein.

Es gibt auch Artikel über Gesundheit, Bildung und Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben. Ein Beispiel für die Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben ist die Teilhabe an Wahlen. Menschen mit Behinderung dürfen auch Organisationen gründen, die sie in ihrer Stadt oder ihrem Land vertreten.



Eine deutsche Übersetzung der UN-Behindertenrechtskonvention haben die Länder Deutschland, Österreich, Schweiz und Lichtenstein gemeinsam erstellt. Das Heft kann man auf der Internetseite des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen herunterladen: Die Internetadresse ist behindertenbeauftragter.de. Dort gibt es auch eine Übersetzung in leichter Sprache.

Sehr viele Staaten auf der ganzen Welt haben die UN-Behindertenrechtskonvention unterschrieben. Auch Deutschland hat unterschrieben.

Die Staaten sagen mit der Unterschrift,

- dass sie sich an die Vereinbarung halten werden und
- dass sie die Rechte von behinderten Menschen achten werden.

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist kein Gesetz. Behinderte Menschen können in Deutschland nur die Rechte einklagen, die in den deutschen Gesetzen stehen.

Deutschland hat sich aber verpflichtet, Gesetze so zu ändern, dass sie zur UN-Behindertenrechtskonvention passen. Die Vereinten Nationen achten darauf, ob die Staaten sich an die UN-Behindertenrechtskonvention halten. Dazu schreiben die Staaten regelmäßig einen Bericht für die Vereinten Nationen.

Vereinte Nationen

Die Vereinten Nationen bestehen aus fast allen **Staaten** der Erde. Ziel der Vereinten Nationen ist es, **Frieden auf der Welt zu schaffen und Probleme gemeinsam zu lösen.**

Die Vereinten Nationen (**UN**) wurden 1945 gegründet. Das war kurz nach dem 2. Weltkrieg. Die Staaten wollten zusammenarbeiten, damit es nicht noch einen Weltkrieg gibt.

Seit 2013 gehören 193 Staaten zu den Vereinten Nationen. Das sind fast alle Staaten der Welt.



Kennzeichen der Vereinte Nationen

Die Vereinten Nationen beraten sich in wichtigen Angelegenheiten, die alle etwas angehen. Dazu gehören zum Beispiel die **Menschenrechte**. Die Vereinten Nationen haben 1948 die Erklärung der Menschenrechte beschlossen.

Mindestens einmal im Jahr treffen sich Vertreter und Vertreterinnen aus allen Staaten. Dieses Treffen heißt **Generalversammlung**. Dort wählen die Vertreter der Staaten zum Beispiel Mitglieder für andere Positionen. Sie wählen zum Beispiel den Generalsekretär der Vereinten Nationen. Der Generalsekretär ist der höchste Vertreter der Vereinten Nationen. Oder sie beschließen darüber, was die Staaten tun sollen. Diese Beschlüsse heißen **Resolutionen**. Die Staaten sollen sich an die Resolutionen halten. Aber sie müssen sich nicht daran halten.

Die Vereinten Nationen können auch beschließen, dass alle Staaten miteinander einen Vertrag abschließen sollen. Diese Verträge sind zu einem bestimmten Thema und heißen **Konventionen**. Beispiele für solche Konventionen sind die UN-Behindertenrechtskonvention und die Genfer Flüchtlingskonvention. Aber nicht immer unterschreiben alle Staaten eine Konvention. Wer die Konvention unterschreibt, der muss sich daran halten. Aber das machen nicht immer alle Staaten.

Die wichtigste Einrichtung der Vereinten Nationen ist der Sicherheitsrat. Er besteht aus Vertretern und Vertreterinnen von 15 Staaten. Immer dabei sind: China, Russland, die USA, Großbritannien und Frankreich. Man nennt sie deshalb auch ständige Mitglieder. Die anderen 10 Plätze besetzen immer andere Staaten für jeweils 2 Jahre

Der Sicherheitsrat bestimmt über den Einsatz von Militär, also Soldaten und Soldatinnen. Die Vereinten Nationen haben keine eigene Armee. Die Mitgliedsstaaten schicken ihre Soldaten und Soldatinnen zu solchen Einsätzen der UN.

Wenn eines der fünf ständigen Mitglieder gegen einen Beschluss ist, kann der Sicherheitsrat nichts beschließen. Man nennt das **Vetorecht**.

Zu den Vereinten Nationen gehören auch viele andere Organisationen. Zum Beispiel: UNICEF. UNICEF setzt sich für Kinder auf der ganzen Welt ein.

Andere Namen für die Vereinten Nationen sind UN (United Nations) oder UNO (United Nations Organisation).

Verfassung

In einer Verfassung stehen die wichtigsten Regeln für das Zusammenleben in einem Staat. Die Verfassung ist das wichtigste Gesetz über Aufgaben und Regeln in einem Staat.

Ein Staat ist eine Gemeinschaft von Menschen. Die Menschen, die zu der Gemeinschaft gehören, heißen Bürgerinnen und Bürger. Jede Gemeinschaft muss klären, wer in der Gemeinschaft welche Aufgaben hat und wer was machen darf.

Die Verfassung beschreibt,

- wer welche Aufgaben im Staat hat und
- wer was im Staat machen darf.

In einer Verfassung kann auch stehen,

- was der Staat und Menschen, die für den Staat arbeiten, nicht machen dürfen und
- welche wichtigen Rechte die Menschen gegenüber dem Staat haben. Diese wichtigen Rechte nennt man Grundrechte.

Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland heißt Grundgesetz (GG).

Das Grundgesetz ist in kleinere Teile unterteilt. Diese Teile heißen Artikel. Ein Artikel ist ein Abschnitt des Grundgesetzes. Alle Artikel haben Nummern. Insgesamt gibt es 146 Artikel im Grundgesetz. In den ersten Artikeln des Grundgesetzes stehen Grundrechte.

Es sind die Artikel 1 bis 19 im Grundgesetz.

Landesverfassungen

Auch jedes Bundesland in Deutschland hat eine eigene Verfassung. Die Verfassungen der Länder heißen Landesverfassungen. Die Landesverfassungen müssen die Regeln aus dem Grundgesetz beachten. In den Bundesländern dürfen zum Beispiel keine Könige oder Fürsten herrschen. Das Grundgesetz sagt auch, dass Deutschland eine Demokratie, ein Sozialstaat und ein Rechtsstaat sein muss. Das müssen auch die Landesverfassungen beachten. Die Bundesländer müssen also auch die Regeln beachten, die für einen Sozialstaat, einen Rechtsstaat und eine Demokratie gelten.

Verfassungsorgane

Verfassungsorgane sind die obersten Einrichtungen des **Staates**.

Was die Verfassungsorgane der **Bundesrepublik Deutschland** machen sollen und machen dürfen, beschreibt das **Grundgesetz**.

Diese 5 obersten Verfassungsorgane muss der deutsche Staat immer haben:

- der **Bundestag**,
- der **Bundesrat**,
- der **Bundespräsident**,
- die **Bundesregierung**,
- das **Bundesverfassungsgericht**.

Organ meint so etwas wie eine Einrichtung. Der Mensch hat auch Organe, zum Beispiel das Herz oder den Magen. Genau wie diese Organe im Körper müssen die fünf Verfassungsorgane in Deutschland zusammenarbeiten.

Die fünf Verfassungsorgane heißen auch „ständige Verfassungsorgane“, weil es sie immer geben muss.

Es gibt auch Verfassungsorgane, die es nicht immer geben muss.

Ein Beispiel ist die **Bundesversammlung**. Die Bundesversammlung gibt es nur, wenn der Bundespräsident gewählt werden soll.

Die ständigen Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland



Bundestag

Bundesrat

Bundespräsident

Bundesregierung

Bundesverfassungsgericht

Versammlungsfreiheit

In Deutschland haben alle **Bürger und Bürgerinnen** das Recht, sich zu versammeln. Aber es gibt Regeln, an die sie sich dabei halten müssen.

Im **Grundgesetz** steht in Artikel 8:

„(1) **Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.**

(2) **Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch ein **Gesetz** oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.“**

Menschen können sich aus verschiedenen Gründen treffen. Sie können sich zum Beispiel in einem Verein oder mit ihren Freunden treffen.

Ein Treffen heißt dann Versammlung,

- wenn die Menschen zusammen ihre Meinung äußern wollen oder
- wenn sich die Menschen gemeinsam eine Meinung bilden wollen.

Ein Konzert oder ein Fußballspiel ist keine Versammlung. Dort sind die Menschen nur Zuschauer. Auch ein Volksfest ist keine Versammlung.



Illustrator: Andreas Thiel, © bpb

Es gibt zwei verschiedene Arten der Versammlung:

- Man trifft sich unter freiem Himmel, zum Beispiel auf der Straße, einem Marktplatz oder in einem Park.
- Man trifft sich in einem Haus.

Eine Versammlung, auf der eine Gruppe von Menschen ihre Meinung öffentlich äußert, heißt Demonstration.

Egal, wo man sich trifft, wichtig ist: Versammlungen sollen friedlich sein. Das bedeutet, dass sie ohne Gewalt ablaufen sollen. Auf eine Demonstration darf niemand Waffen mitnehmen. Wer etwas zu sagen hat, braucht keine Waffen.

Bei einer Versammlung unter freiem Himmel kann der Staat verlangen, dass sie angemeldet wird. Weil es sonst Probleme mit dem Verkehr oder der Sicherheit geben kann.

Vom Staat wird manchmal vorgeschrieben, was die Menschen bei der Versammlung beachten müssen. Zum Beispiel sagt die Polizei, wo genau die Menschen demonstrieren dürfen. Sie will damit zum Beispiel verhindern, dass es Gewalt gibt.

Wenn das nicht beachtet wird, kann die Polizei die Versammlung verbieten. Die Veranstalter der Demonstration können das Gericht anrufen. Das Gericht entscheidet dann, ob das Verbot der Polizei nach dem Gesetz richtig war.

Verschwörungstheorien

Verschwörung bedeutet, dass Menschen sich im Geheimen zusammentun. Diese Menschen nennt man Verschwörer. Sie wollen ein gemeinsames Ziel erreichen. Das Ziel schadet aber oft anderen Menschen. Deshalb halten die Verschwörer es geheim. Eine Verschwörungstheorie ist eine Vermutung über eine solche Verschwörung.

In einer Verschwörungstheorie gibt es Vermutungen und Überlegungen, wie etwas passiert sein könnte. Es sind Vermutungen darüber, was eine Gruppe von Verschwörern im Geheimen gemacht oder geplant haben könnte.

Die Menschen, die an eine Verschwörungstheorie glauben, nennt man auch Verschwörungstheoretiker oder Verschwörungstheoretikerinnen.



Auf dem Bild demonstrieren Menschen gegen die Corona-Beschränkungen in Stuttgart. „Meine Kinder sind 2+3 Jahre. Gib Gates keine Chance“ steht auf dem Schild eines Teilnehmers geschrieben.

Zur ersten Mondlandung gibt es zum Beispiel eine bekannte Verschwörungstheorie, die besagt: Die erste Landung auf dem Mond hat nicht stattgefunden. Die Filmaufnahmen der Mondlandung wurden in einem Filmstudio gemacht. Das ist aber falsch. Es gibt Satellitenbilder, auf denen die Landeplätze der Astronauten zu sehen sind. Man kann auch Materialien sehen, die bei der Landung zurückgelassen wurden.

Eine Verschwörungstheorie vermischt Realität und erfundene Fakten. Im [Internet](#) können sich solche Theorien schnell verbreiten. Oft ist es dann schwer zu wissen: Was stimmt wirklich? Was wurde erfunden? Mehr zu diesem Thema finden Sie auch in dem Artikel „[Fake News](#)“.

Wie kann man Verschwörungstheorien erkennen?

Verschwörungstheoretiker und Verschwörungstheoretikerinnen fragen: Wem hat etwas genutzt? Wenn sie jemanden gefunden haben, glauben sie, dass derjenige schuld ist.

Verschwörungstheoretiker und Verschwörungstheoretikerinnen denken häufig: Diejenigen, die von einer Krise Vorteile haben, müssen die Schuld an der Krise haben. Sie sagen: Diese Menschen sind böse und wollen anderen schaden.

In der Realität kann man aber oft nicht klar zwischen Gut und Böse unterscheiden.

Viele Dinge haben zugleich gute und schlechte Seiten. Eine Entscheidung kann einigen Menschen nutzen und anderen Menschen schaden. Verschwörungstheoretiker und Verschwörungstheoretikerinnen beachten das häufig nicht.

Sie unterscheiden einfach nur zwischen Gut und Böse.

Verschwörungstheoretiker und Verschwörungstheoretikerinnen sagen:

- Es gibt Verschwörer und Verschwörerinnen, die böse sind.
- Es gibt Opfer, die gut sind.

Verschwörungstheorien vereinfachen also schwierige Fragen.

Die meisten Verschwörungstheorien haben diese drei Kennzeichen:

1. Nichts geschieht durch Zufall, alles wurde geplant.

Eine Gruppe von Verschwörern handelt im Geheimen.

2. Nichts ist so, wie es scheint.

Man erkennt erst, was wirklich vor sich geht, wenn man die geheime Gruppe erkennt. Diese Gruppe hat alles geplant. Wenn Probleme auftauchen und Fragen gestellt werden, antworten Verschwörungstheoretiker und Verschwörungstheoretikerinnen ähnlich. Sie sagen, dass ein geheimer Plan der Verschwörer dahintersteckt.

3. Alles ist miteinander verbunden.

Institutionen und Personen arbeiten zusammen, von denen man das nie gedacht hätte.

Manche Verschwörungstheorien sind ungefährlich:

Wer nicht an die Mondlandung glaubt, gefährdet nicht seine Umgebung.

Andere Verschwörungstheorien können Angst machen.

Zum Beispiel machen sie Angst vor der vermuteten Gruppe von Verschwörern oder dem Untergang der Welt. Diese Verschwörungstheorien schaden dann den Menschen, die an sie glauben.

Manche Verschwörungstheorien sind für viele Menschen gefährlich.

Zum Beispiel sind einige Menschen gegen das Impfen. Verschwörungstheoretiker und Verschwörungstheoretikerinnen verbreiten zum Beispiel die falsche Theorie, dass Impfen Autismus auslöst. Wenn Menschen an diese Theorie glauben, lassen sie vielleicht ihre Kinder nicht mehr impfen. Dann können sich gefährliche Krankheiten schneller verbreiten.

Menschen glauben schneller an Verschwörungstheorien, wenn sie schlecht mit Unsicherheit umgehen können. Die Theorien geben ihnen dann Sicherheit.

Besonders in Krisenzeiten gibt es viele Verschwörungstheorien. Deshalb gibt es zum Beispiel auch viele Verschwörungstheorien rund um die Corona-Krise. Mehr Informationen dazu gibt es in dem Artikel [„Das Coronavirus und Verschwörungstheorien“](#).

Wahlen

In Wahlen entscheidet das Volk, wer in einer Gemeinschaft Wichtiges bestimmen darf. Eine Gemeinschaft kann zum Beispiel ein [Staat](#), ein [Land](#), eine [Gemeinde](#), eine Klasse oder ein Verein sein.

Im [Grundgesetz](#) steht:

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen [...] ausgeübt.“

Wählen ist ein [Grundrecht](#) für [Bürger und Bürgerinnen](#). Das Recht, zu wählen, gehört zu den wichtigsten Rechten, die Bürger und Bürgerinnen in Deutschland haben.

Jeder kann durch Wahlen in der Politik mitbestimmen. Wahlen sind ein wichtiger Teil von Demokratie. Denn es zeigt: Das Volk bestimmt mit.

Die Bürger und Bürgerinnen in Deutschland können zum Beispiel an der Wahl zum [Bundestag](#) teilnehmen. Sie können auch an anderen Wahlen im [Bundesland](#) oder in der [Kommune](#) teilnehmen. Für die [Demokratie](#) ist wichtig, dass viele dies tun.

In Deutschland gibt es wichtige Regeln für Wahlen im [Bund](#), im [Bundesland](#) oder in der [Kommune](#).



Im Grundgesetz steht:

„Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt.“

Diese Regeln müssen eingehalten werden.

Eine Wahl ist **allgemein**:

Bei der [Bundestagswahl](#) heißt das: Alle Deutschen dürfen wählen. Egal, wie viel Geld sie verdienen oder welche Religion sie haben. Man darf erst mit 18 Jahren wählen. Bei manchen Wahlen darf man schon ab 16 Jahren wählen.

Eine Wahl ist **unmittelbar**:

Die Bürger wählen die Abgeordneten direkt. So, wie eine Klasse direkt einen Klassensprecher wählt. Eine andere Art, zu wählen, ist die indirekte Wahl. Zum Beispiel die Wahl der Schülerversretung einer ganzen Schule. Hier wählen die Schüler einer Klasse zuerst den Klassensprecher. Diese Klassensprecher wählen dann die Schülerversretung der ganzen Schule. Die Schüler haben die Schülerversretung indirekt gewählt. Trotzdem vertritt die Schülerversretung alle Schüler.

Eine Wahl ist **frei**:

Alle Personen dürfen wählen, wenn sie wollen. Es darf keinen Druck und keine Verbote geben. Es bedeutet auch, dass man nicht wählen muss.

Eine Wahl ist **gleich**:

Alle Stimmen sind gleich wichtig. Keine Stimme zählt mehr oder weniger.

Eine Wahl ist **geheim**:

Niemand darf zuschauen, wen man wählt, oder überprüfen, wen man gewählt hat. Deshalb gibt es Wahlkabinen. In eine Wahlkabine muss man allein hineingehen. Wenn man wegen einer Behinderung Hilfe beim Wählen braucht, darf man jemanden mitnehmen.

Bürger und Bürgerinnen können in Deutschland an Wahlen auf verschiedenen Ebenen teilnehmen. Neben den demokratischen Grundregeln gibt es verschiedene Regeln für die verschiedenen Wahlen:

Mehr zur Europawahl lesen Sie [hier](#).

Mehr zur Bundestagswahl lesen Sie [hier](#).

Mehr zu Landtagswahlen lesen Sie [hier](#).

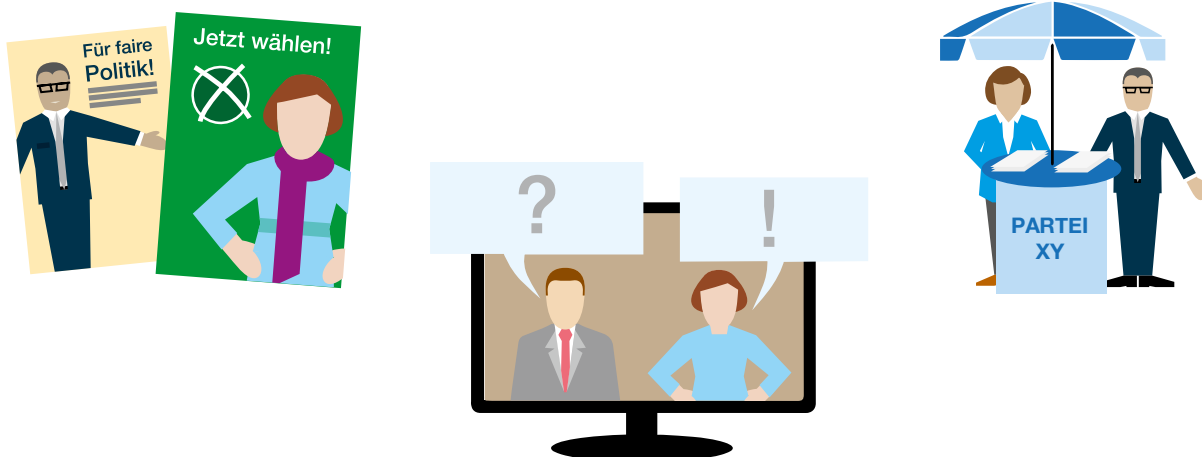
Mehr zu Kommunalwahlen lesen Sie [hier](#).

Wahlkampf

Ein Wahlkampf hat das Ziel, dass möglichst viele Menschen von den Zielen der Partei oder der Person, die kandidiert, erfahren sollen. Nur dann kann die Partei oder die Person viele Stimmen bekommen.

Bei großen politischen Wahlen wie zum Beispiel der Bundestagswahl gibt es Werbespots im Fernsehen, im Radio und im Internet für die Parteien. Und die Parteien hängen Plakate an den Straßen auf. Gleichzeitig reisen Politiker und Politikerinnen durch das Land und halten Wahlkampfreden.

Es gibt auch Wahlstände, zum Beispiel vor Supermärkten, an denen man mit Mitgliedern von den Parteien oder mit Kandidaten und -innen sprechen kann.



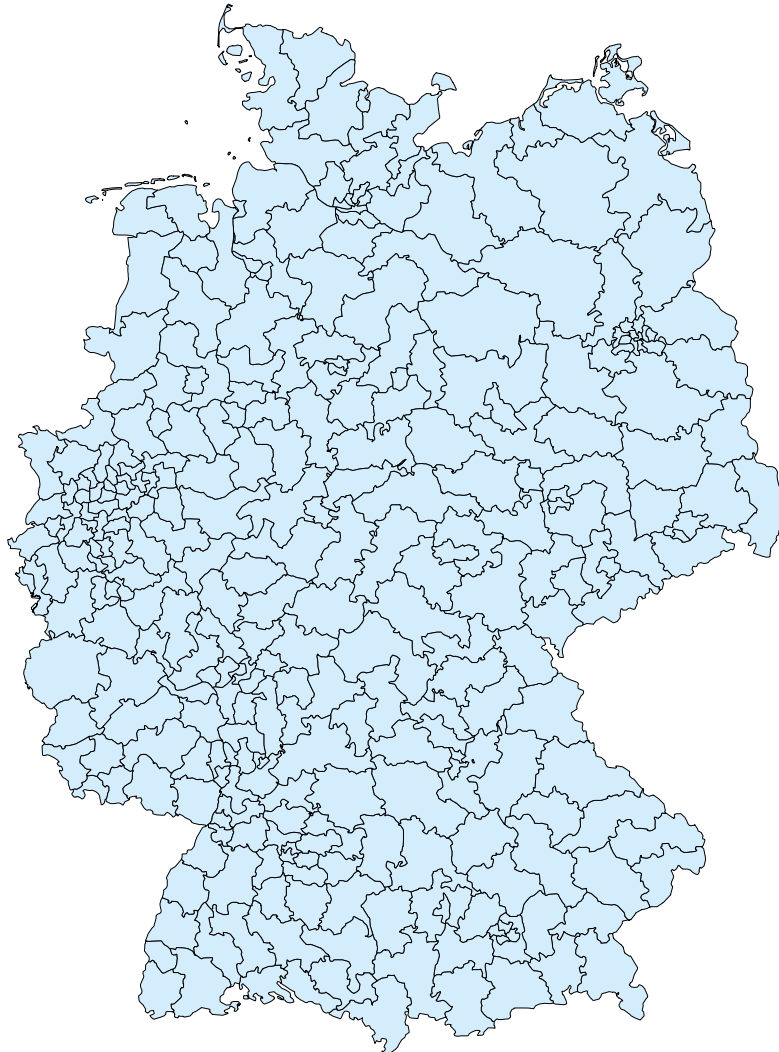
Parteien machen Wahlkampf, zum Beispiel mit Plakaten, bei Gesprächen von Politikern und Politikerinnen im Fernsehen oder am Wahlstand.

Und es gibt Nachrichten über Facebook, Twitter und andere soziale Netzwerke von Politikern und Politikerinnen oder Parteien.

Aber auch bei Wahlen zum Klassensprecher kann es einen Wahlkampf geben. Zum Beispiel können jeder Kandidat und jede Kandidatin eine Rede halten. In der Rede können er oder sie sagen, wie er oder sie sich für die Klasse einsetzen möchten.

Wahlkreis

Ein Wahlkreis ist ein Gebiet, in dem die Bürger und Bürgerinnen einen Abgeordneten oder eine Abgeordnete wählen. Der Abgeordnete oder die Abgeordnete vertritt das Gebiet in einem Parlament oder zum Beispiel in einem Stadtrat.



Karte von Deutschland. In die Karte sind alle 299 Wahlkreise eingezeichnet (Stand 2021).

Für [Wahlen](#) wird [Deutschland](#) oder zum Beispiel ein [Bundesland](#) in Wahlkreise aufgeteilt.

In jedem Wahlkreis leben ungefähr gleich viele Einwohner. Aus jedem Wahlkreis wird mindestens ein [Kandidat](#) oder eine [Kandidatin](#) in das [Parlament](#)

gewählt. Dadurch ist jede Region im Parlament vertreten. Dieser Kandidat oder diese Kandidatin wird direkt gewählt. Man nennt sie darum auch [Direktkandidat oder Direktkandidatin](#).

Ein Beispiel: Für die [Bundestagswahl](#) ist Deutschland im Jahr 2021 in 299 Wahlkreise aufgeteilt. Bei der Bundestagswahl können die Wähler und Wählerinnen mit der [Erststimme](#) eine Person wählen, die ihren Wohnort im [Bundestag](#) vertreten soll.

Die Person mit den meisten Stimmen in einem Wahlkreis kommt in den Bundestag. Man nennt sie Wahlkreisabgeordneter oder Wahlkreisabgeordnete. Dadurch ist jede Region Deutschlands im Bundestag vertreten.

Manchmal werden die Grenzen der Wahlkreise verändert. Zum Beispiel: In einem Wahlkreis gibt es ein neues Wohngebiet. In dem Wahlkreis wohnen dann mehr Menschen als in anderen Wahlkreisen. Die Grenzen der Wahlkreise müssen verändert werden. Damit in jedem Wahlkreis ungefähr gleich viele Menschen leben.

Wahllokal

In einem Wahllokal kann man wählen.

Bei Wahlen entscheidet das Volk, wer in einer Gemeinschaft Wichtiges bestimmen darf. Es gibt verschiedene Arten von Wahlen. Zum Beispiel: Europawahl, Bundestagswahl, Landtagswahl, Kommunalwahl.

Zum Wählen geht man in ein Wahllokal. Das Wahllokal kann in einer Schule sein oder in einem Rathaus. Es kann auch in einem anderen öffentlichen Gebäude sein. Die Adresse steht auf der Wahlbenachrichtigung. Die Wahlbenachrichtigung bekommen alle Personen, die bei der Wahl wählen dürfen. Diese Personen nennt man auch Wahlberechtigte.

Es gibt oft mehrere Wahllokale in einer Stadt: Damit niemand einen weiten Weg zu einem Wahllokal hat. Damit niemand lange warten muss, um zu wählen.



Am Tag der Wahl gehen Wähler und Wählerinnen in ihr Wahllokal. Sie nehmen ihren Personalausweis oder Reisepass mit und möglichst auch ihre Wahlbenachrichtigung. Wenn sie ihre Wahlbenachrichtigung verloren haben, dürfen Wahlberechtigte auch wählen. Sie brauchen dann ihren Personalausweis oder Reisepass.

Im Wahllokal sitzen Wahlhelfer und Wahlhelferinnen. Die Wahlhelfer kontrollieren den Personalausweis oder Reisepass und die Wahlbenachrichtigung.

Ein Wahlhelfer oder eine Wahlhelferin gibt dem Wähler oder der Wählerin den Stimmzettel. Mit dem Stimmzettel geht der Wähler in die Wahlkabine. Dort macht er seine Kreuze. Dann faltet er den Stimmzettel. Der Stimmzettel wird so gefaltet, dass keiner sehen kann, was die Person gewählt hat.

Dann kommt der Stimmzettel in die Wahlurne. Die Wahlurne ist eine Kiste, in die alle Stimmzettel kommen. Die Wahlurne sieht so ähnlich aus wie ein Briefkasten.

Wahlprogramm

Parteien schreiben vor Wahlen ein Wahlprogramm. In Deutschland gibt es verschiedene Wahlen: Europawahlen, Bundestagswahlen, Landtagswahlen und Kommunalwahlen. Im Wahlprogramm steht, was einer Partei wichtig ist. Darin steht auch, was eine Partei machen möchte, um Probleme zu lösen und um etwas zu verbessern.

Im Wahlprogramm schreiben die Parteien auf, welche Ideen sie für das Zusammenleben in Deutschland haben:

- Wie kann es für alle möglichst gerecht sein?
- Wie können möglichst viele Menschen erfolgreich sein?
- Wie können alle Menschen in Deutschland mehr zusammenhalten?



Die Parteien schreiben auch auf, wofür sie mehr Geld ausgeben wollen. Dabei ist die Frage wichtig, wie das bezahlt werden kann. Soll der Staat sich Geld leihen oder die Steuern erhöhen?

Auch über die Klimaerwärmung schreiben Parteien etwas in ihr Programm:

- Bis wann soll Deutschland weniger oder keine Gase in die Luft abgeben, die das Klima schädigen?

- Wie können alle weiter gut leben?
- Wie soll erreicht werden, dass Menschen hier und in anderen Ländern nicht zu sehr durch ein wärmeres Klima leiden müssen.

Zu diesen Fragen können Sie Antworten in Parteiprogrammen finden.

Viele Parteien schreiben das Wahlprogramm auch in leichter Sprache oder einfacher Sprache. Sie können das Wahlprogramm lesen. Aber Sie müssen nicht das Wahlprogramm lesen, damit Sie wählen gehen können!

Es gibt noch andere Möglichkeiten zu erfahren, was in den Wahlprogrammen steht:

- Im Fernsehen, im Radio und im Internet gibt es **Berichte** über die Parteien.
- Politiker und Politikerinnen reisen durch das Land und halten **Reden**.
- Es gibt **Wahlstände**, zum Beispiel vor Supermärkten. An den Wahlständen können Sie mit Personen aus den Parteien sprechen.
- Die Parteien verteilen **Handzettel** oder kleine Hefte. Darin steht etwas über die Partei und ihre Ziele.

Zensur

Zensur bedeutet, dass der Staat Medien kontrolliert. Der Staat verbietet Meldungen und Berichte, die ihm nicht gefallen.

Wenn es Zensur gibt, kontrolliert der Staat, was die Medien berichten.

Er kontrolliert,

- welche Worte die Medien benutzen und
- welche Bilder die Medien zeigen.

Wenn dem Staat etwas nicht gefällt, verbietet der Staat das.

In Deutschland gibt es keine Zensur. Das steht in Artikel 5 (1) des deutschen Grundgesetzes: „**Eine Zensur findet nicht statt.**“

Niemand muss den Staat vorher um Erlaubnis fragen, wenn er

- Bücher,
- Zeitungen,
- Radio- oder Fernsehsendungen macht oder
- etwas im Internet schreibt.

Niemand darf bestraft werden, weil die Regierung eine andere Meinung hat.

Allerdings müssen sich auch die Medien an Gesetze halten. Die Medien dürfen zum Beispiel nicht Lügen verbreiten und so jemanden schaden. Man kann auch sagen: Die Medien dürfen keine falschen Tatsachen behaupten. Die Medien dürfen nicht schreiben oder sagen: Ein Politiker hat mit Alkohol am Steuer einen Unfall gehabt, wenn das nicht stimmt. Wenn dieser Unfall aber tatsächlich passiert ist, darf die Presse darüber berichten.

Zweitstimme

Die Zweitstimme ist eine Stimme bei einer Wahl. Mit der Zweitstimme entscheiden die Bürger und Bürgerinnen, wie viele Sitze eine Partei im Parlament bekommt.

Es gibt verschiedene Regeln für die Organisation von Wahlen. Bei vielen politischen Wahlen in Deutschland werden ähnliche Regeln benutzt. Zum Beispiel bei der Bundestagswahl oder bei den Landtagswahlen in vielen Bundesländern. Bei diesen Wahlen haben die Wähler und Wählerinnen eine Erststimme und eine Zweitstimme.

Es gibt aber auch andere Regeln für Wahlen: Im Bundesland Saarland oder bei der Europawahl haben die Wähler und Wählerinnen nur eine Stimme. Sie können trotzdem gleich viel mitentscheiden.

Mit ihrer Zweitstimme entscheiden die Wähler oder Wählerinnen, wie viele Abgeordnete von einer Partei im Parlament sind. Man kann es auch so sagen: Die Wähler oder Wählerinnen entscheiden, wie viele Sitze eine Partei im Parlament hat.

Sie entscheiden also mit der Zweitstimme, welche Partei mehr Gewicht im Parlament bekommt.

Ein Beispiel:

Doppelt so viele Menschen haben die Partei X gewählt wie die Partei Y. Dann bekommt auch die Partei X doppelt so viele Sitze im Parlament wie die Partei Y. Die Partei X hat also mehr Gewicht im Parlament als die Partei Y.

Mit der Zweitstimme wählen die Bürger und Bürgerinnen keine einzelne Person, sondern die Liste einer Partei.

Das bedeutet:

Vor der Wahl machen Parteien eine Liste. Auf der Liste stehen Personen. Die Personen wollen Abgeordnete im Parlament werden. Die Personen können Mitglied einer Partei sein. Es sind aber auch Personen auf der Liste, die keine Parteimitglieder sind.

Die Reihenfolge der Liste ist wichtig: Der erste Kandidat oder die erste Kandidatin auf der Liste hat bessere Chancen, in das Parlament zu kommen,

als der oder die zweite. Der zweite Kandidat oder die zweite Kandidatin hat bessere Chancen als der oder die dritte. Und so weiter. Es gibt viele Gründe, warum Wähler oder Wählerinnen mit der Zweitstimme die Liste einer Partei wählen.


Gründe können zum Beispiel sein, dass der Wähler denkt:

- Die Partei hat gute Ideen.
- Die Kandidaten auf der Liste sind gut.


Mehr Informationen zur Erststimme gibt es [hier](#).

Stimmzettel
für die Wahl zum Deutschen Bundestag im Wahlkreis 16 Greifswald – Demmin – Ostvorpommern
am 26. September 2021

Sie haben 2 Stimmen



hier 1 Stimme
für die Wahl
eines/einer Wahlkreis-
abgeordneten



hier 1 Stimme
für die Wahl
einer Landesliste (Partei)
- maßgebende Stimme für die Verteilung der
Sitze insgesamt auf die einzelnen Parteien -

Erststimme

1	Musterfrau, Julia PARTEI A	<input type="radio"/>
2	Jedermann, Jürgen PARTEI B	<input type="radio"/>
3	Mustermann, Manuel PARTEI C	<input type="radio"/>
4	Soundso, Sabine PARTEI D	<input type="radio"/>
5	Musterherr, Manfred PARTEI E	<input type="radio"/>
8	Jederfrau, Jennifer	<input type="radio"/>
9	Musterdame, Marie	<input type="radio"/>

Zweitstimme

<input type="radio"/>	PARTEI A	1
<input type="radio"/>	PARTEI B	2
<input type="radio"/>	PARTEI C	3
<input type="radio"/>	PARTEI D	4
<input type="radio"/>	PARTEI E	5
<input type="radio"/>	PARTEI F	6
<input type="radio"/>	PARTEI G	7

Wer hat dieses Lexikon gemacht?

Herausgeberin

Bundeszentrale für politische Bildung / bpb
Adenauerallee 86
53113 Bonn
edu@bpb.de

Projektkoordination

Wolfram Hilpert

Konzeption und Redaktion

Wolfram Hilpert (verantwortlich)
Tabea Schüller-Ruhl
Dorothee Meyer

Text

Lexikontexte wurden von der Redaktion aus *einfach POLITIK*: Hefte sowie aus anderen auf www.bpb.de/einfachpolitik veröffentlichten Texten entnommen. Die Autorinnen und Autoren sind jeweils an diesen Stellen genannt (vgl. auch www.bpb.de/einfachpolitik/247462).

Des Weiteren wurden Texte von dem Redaktionsteam für das Online Lexikon erstellt.

Illustrationen und Layout

Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
www.leitwerk.com

Fotonachweise

S. 1 (c) amana images inc. / Alamy Stock Foto / clover / a.collectionRF // S. 27 (c) picture alliance / ZUMAPRESS.com | Connie Zhou // S. 39 (c) picture alliance / Winfried Rothermel | Winfried Rothermel // S. 42 (c) picture alliance / Daniel Kalker | Daniel Kalker // S. 52 (c) picture alliance / dpa | Uli Deck // S. 62 (c) picture-alliance / dpa | dpa // S. 65 (c) picture-alliance / dpa | Tass // S. 92 (c) AddF Kassel; ST-40-1 // S. 95 (c) picture alliance / dpa | Bernd von Jutrczenka // S. 99 (c) picture alliance / dpa | Oliver Dietze // S. 113

(c) picture alliance / ZUMAPRESS.com | Sachelle Babbar // S. 121 (c) ullstein bild – Waldemar Titzenthaler // S. 133 (c) picture-alliance / dpa | Martin Athenstädt // S. 135 (c) picture alliance / ZB | Michael Reichel // S. 136 (c) picture alliance / dpa | Silas Stein // S. 153 (c) picture alliance / dpa / dpa-Zentralbild | Bernd Wüstneck // S. 159 (c) picture alliance / Flashpic | Jens Krick // S. 183 (c) picture alliance / dpa | dpa // S. 191 (c) Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen // S. 198 (c) picture alliance / dpa | Christoph Schmidt

Lizenz

Dieses Werk steht unter der **Lizenz CC BY-SA 4.0**. Den rechtsverbindlichen Lizenzvertrag finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>. Sie dürfen die Inhalte bearbeiten und die bearbeitete Fassung für Lehrzwecke nutzen.

Voraussetzungen für die Weitergabe der bearbeiteten Fassung an Dritte sind die Nennung des Werktitels mit Link, der Autoren und der bpb als Herausgeberin, ein Hinweis auf etwaige Bearbeitungen sowie die Weitergabe unter derselben Lizenz. **Das Recht auf Weitergabe gilt nicht für Inhalte, die auf dieser Seite (Fotonachweis) oder an anderer Stelle des Werkes mit Copyright-Angabe versehen sind.**

Die Attribution soll wie folgt lauten:
einfach POLITIK: Lexikon (PDF) | 1. Auflage, Autor/in: siehe www.bpb.de/einfachpolitik/247462, Herausgeberin: Bundeszentrale für politische Bildung / bpb (12/2021), Lizenz: CC BY-SA 4.0

einfach POLITIK: Lexikon (PDF)
1. Auflage (12/2021)

Wo findet man weitere *einfach POLITIK*: Angebote?

einfach POLITIK: Lexikon

online: www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-in-einfacher-sprache/

einfach POLITIK: Hefte in einfacher Sprache

www.bpb.de/shop/einfach-politik

Alle *einfach POLITIK*: Angebote zum Lesen und Hören finden Sie auf:

www.bpb.de/einfachpolitik